



Politische Berichte

Nummer 13 / 13. Jahrgang

19. Juni 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

NATO-Außenminister: Beschluss über Militäreinsätze auf dem Balkan und anderswo

Es sieht nun so aus, daß den westlichen Imperialisten mit der Durchsetzung des UNO-Embargobeschlusses gegen Serbien und Montenegro ein wichtiger Schritt gegen die Konsolidierung eines neuen jugoslawischen Staates gelungen ist.

Es war kein Zufall, daß der UNO-Sicherheitsrat das Embargo just zu dem Zeitpunkt beschloß, als in Serbien und Montenegro die Wahlen zu einem neuen jugoslawischen Parlament stattfanden.

Die Gründung des neuen Jugoslawiens, schon vor Monaten durch Volksabstimmungen in Montenegro und Serbien von großen Mehrheiten beschlossen, lag quer zu der imperialistischen Konzeption eines in vielen Kleinstaaten zergliedernden Balkan. Fadenscheinig ist daher die Erklärung, daß durch ein UNO-Embargo dem vielfältigen Morden und Brennen umhermarodierender Söldnerhaufen ein Ende gesetzt werden solle. Dieser Zustand der Selbstzerstörung dauert nun schon seit zwei Jahren mit wechselnder Intensität an und hatte bisher zu keinen größeren auswärtigen Infiltrationen geführt, die das Ziel verfolgt hätten, dem ein Ende zu bereiten. Im Gegenteil. Vielfältig waren in den letzten Monaten die Beweise, daß — sei es durch illegale oder legale Waffenlieferungen oder durch propagandistische Unterstützung — vor allem von ungarischer und österreichischer Seite und nicht zuletzt von Seiten der BRD der Konflikt zwischen den streitenden Reichen auf dem Balkan immer wieder auf Neue angeheizt wurde.

Ziel dieser Manöver ist es, einen Herd ständigen Streits und Zerwürfnisses zwischen den Balkanstaaten zu erzeugen, die aber aufgrund ihrer zergliederten Struktur unfähig sind, selbständige ökonomische und soziale Einheiten zu bilden, und deswegen — entweder zwecks Aufrechterhaltung der eigenen Staatlichkeit oder weil im Krieg mit einem Nachbarstaat — ständig gezwungen sind, sich in die Obhut eines größeren Staates zu begeben. Der Versuch von Montenegro und Serbien, durch die Bildung einer größeren Staatlichkeit diesem Dilemma zu entgehen, mußte daher auf den schärfsten Widerstand der Imperialisten stoßen. Sie handelten daher schnell. Auffällig geschwind war der Sicherheitsrat auf den Embargo-Kurs eingeschwenkt. Selbst Rußland und China, die bisher quer zu solchen Anträgen standen, verhinderten die Mehrheitsbildung gegen Jugoslawien nicht.

UN-Embargo soll Serbien in die Knie zwingen

Es wurde im Verlauf der UNO-Debatte deutlich, daß es den Großmächten darauf ankommt, an Serbien eine Variation des Irak-Kriegs zu wiederholen. Kurz nachdem der Sanktionsbeschluss gegen Jugoslawien durch war, häuften sich die Aussagen und Beschlüsse verschiedener Politiker, daß dies nur ein erster Schritt sei, militärische Aktionen aber nicht ausgeschlossen seien. Es war auch hier wieder die deutsche Seite, die versuchte, die Richtung zu weisen. Für die BRD ist die Jugoslawienkrise in vergleichbarer Weise von Bedeutung wie seinerzeit die Kuwait-Krise für die USA.

Die USA mußten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion jeden Aufbruch gegen die „neue Weltordnung“ niederringen und dabei gleichzeitig die Verbündeten in ihre Schranken weisen, um weiterhin die Rolle als führende Weltmacht zu spielen. Für den BRD-Imperialismus stellt sich heute die Lage ähnlich dar. Will er seine Position als führende Macht in Europa erreichen, vor allem auch seine dominierende Position gegenüber den Staaten Osteuropas behalten, muß er Serbien in die Knie zwingen. Dies gelingt aber nur, wenn die BRD in den entscheidenden europäischen Gremien die widerstreitenden europäischen Staaten unter ihre Fittiche bekommt. Scheitert das Unternehmen, wird der BRD-Imperialismus in Zukunft schwerlich in der Lage sein, die weitere

Entwicklung Europas zu bestimmen. Nachdem in den vergangenen Monaten schon häufiger der BRD-Kurs gegenüber Jugoslawiens auf erheblichen Widerstand der anderen europäischen Mächte gestoßen war, forderte die rechte Presse eine Umorientierung der deutschen Außenpolitik. Die Welt hinterfragte im September '91 die Perspektiven einer Währungs- und Politischen Union in Europa und nannte die europäische Einigung eine antiquierte Utopie. Deutschland müsse sich stärker nach den USA und Japan ausrichten und unabhängig von einer inneren Einigung Europas in Osteuropa betätigen. Solche Überlegungen dienen natürlich auch dazu, sich die europäischen Konkurrenten gefügiger zu machen: Gerade Frankreich fürchtet nichts mehr, als daß sich die BRD aus der Kontrolle der Europäischen Mächte entfernt. Es ist daher auch vermehrt bereit, Konzessionen zu machen, um die deutsche Bourgeoisie unter Kontrolle halten zu können. Ein solches Einlenken gab es bei der Zustimmung zum UNO-Beschluss, aber auch bei der letzten Tagung der NATO-Außenminister. Diese beschlossen, daß NATO-Einheiten unter Kontrolle der KSZE oder der UNO in Europa eingesetzt werden können. Die Welt vom 6. 6. 92 faßte die Konsequenz dieses Beschlusses prägnant zusammen: „Gegen viele Bedenken setzte sich damit die Ein-

sicht durch, daß man die Erhaltung des Friedens und der Stabilität auf dem Balkan und im Kaukasus, ja in Europa insgesamt nicht indischen UN-Generälen und Soldaten aus der Dritten Welt und neutralen Staaten überlassen kann.“ Nach der Durchsetzung dieses Beschlusses forderten Außenminister Kinkel und der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Schäuble sogleich eine Militärintervention auf dem Balkan. Auch das Europaparlament fordert nun in einer Resolution den Einsatz von Flotteneinheiten in den umkämpften Küstenregionen von Kroatien.

Solche Drohgebärden haben in Serbien Wirkung. Der Präsident von Montenegro forderte indirekt den Rücktritt Milosevic. Führende Intellektuelle, die bisher die Regierung stützten, ziehen auf diesem Kurs mit. Milosevic selbst hat schon seinen Rücktritt angeboten. Der Direktor des „Instituts für internationale Politik und Wirtschaft“ in Belgrad hat auch schon die Lösung für die Balkankrise: „Der Balkan benötigt einen Integrationsfaktor, der Spannungen mildert und Konflikte vermeidet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dieser Faktor auf dem Balkan die Präsenz der Nordatlantischen Allianz, der NATO.“ (Serbien 5/92). Mit solchen Kräften operieren die westlichen Großmächte sicher lieber, als mit dem Chamäleon Milosevic. — (hav)

Wichtigstes Ziel: Einzug in den Bundestag

Am 15. und 16. Juni fand in Deggendorf der Bundesparteitag der „Republikaner“ statt. Mit über 90 % der Stimmen wurde Schönhuber wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt, Stellvertreter ist der baden-württembergische Fraktionsführer Rolf Schlierer. Als wichtigstes Ziel kündigte Schönhuber den Einzug der „Republikaner“ in den nächsten Bundestag an, auch für die Kommunalwahlen in Hessen und die Landtagswahlen in Bayern 1994 kündigte er zweistellige Ergebnisse an. Statt einem Bündnis mit der DVU peilte er in seiner Rede Salonfähigkeit für ein Bündnis mit der Union an. Ein Schwerpunkt soll auf der Jugendarbeit liegen. Demnächst soll eine Jugendorganisation der „Republikaner“ nach Wandervogelideal gegründet werden: „Wandert“, rief Schönhuber, „singt, zieht hinaus.“ Der „Schulterschluss“ könne später kommen. — (u.b.)

BRD-Waffenhilfe für Finnland

Nachdem der deutsche Faschismus im zweiten Weltkrieg im Bündnis mit Finnland den Krieg gegen die Sowjetunion geführt hatte, war Waffenhilfe der BRD an die finnische Republik jahrzehntlang geächtet. Das ist vorbei. Am 12. Juni besuchte Verteidigungsminister Rühe als erster Verteidigungsminister seit Bestehen der BRD Finnland. Er vereinbarte umfangreiche Waffenlieferungen. So erhält Finnland von der BRD 90 T-72 Panzer, sein Arsenal an Panzern dieser modernsten Bauart wird damit verdoppelt. Hinzu kommen 300 Artilleriegeschütze, beides zusammen zum „Symbolpreis“ von 60 Millionen DM. Schon im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung an Finnland 50000 Tonnen Munition, 10000 Handfeuerwaffen und Maschinengewehre sowie 300 Flak-Geschütze geliefert. Alte „Waffenbrüderschaft“ lebt wieder auf. — (rül)

Demonstration gegen Asyltagung

Am 25./26. Juni findet in Düsseldorf ein bundesweiter Erfahrungsaustausch der Leiter/innen von Ausländerbehörden statt. An der Tagung, die der Einführung des neuen Asylverfahrensgesetzes dienen wird, nehmen auch Vertreter/innen des Bundes- und der Länderinnenminister, des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amts, des Bundesverwaltungsamts und der Regierungspräsidenten teil. Eine Aktionseinheit ruft für Donnerstag, den 25. 6., zu einer Demonstration gegen die Tagung auf. Auf dem Düsseldorfer Marktplatz soll um 17 Uhr eine Kundgebung stattfinden. Weitere Informationen sind zu bekommen über: ID Asyl, Worringer Str. 70, 4 Düsseldorf, Tel. 0211/352061. — (rül)

50 Jahre Lidice: Bis heute nicht entschädigt!

Mit einer Gedenkveranstaltung hat die Regierung und die Bevölkerung der CSFR am 10. Juni des 50. Jahrestags des Massakers von Lidice durch die deutschen Faschisten 1942 gedacht. Nach dem erfolgreichen Attentat tschechoslowakischer Widerstandsgruppen auf den Prager NS-Statthalter, den Himmler-Stellvertreter Heydrich, hatte die SS als „Vergeltung“ Tausende von Tschechen umgebracht, u.a. alle männlichen Bewohner des Dorfes Lidice. Auf der Gedenkveranstaltung sprach u.a. der tschechische KP-Chef Svoboda, Staatspräsident Havel und der Warschauer Bürgermeister als Präsident eines Bundes von 127 Gemeinden in Europa, in denen deutsche Faschisten ähnliche Massaker wie in Lidice verübt haben. Aus Bonn war kein einziger Regierungsvertreter da, lediglich der deutsche Botschafter in Prag legte einen Kranz nieder. Die Angehörigen der Ermordeten und die wenigen Überlebenden (die Frauen von Lidice wurden ins KZ Ravensbrück verschleppt) haben bis heute aus der BRD für dieses furchtbare Verbrechen keinerlei Entschädigung bekommen. — (rül)

USA: Gegen Niedriglöhne

Mehrere hundert US-Gewerkschafter protestierten Ende Mai in Wisconsin gegen die Kapitalexportpolitik der US-Konzerne. Entlang der Grenze USA-Mexiko etwa haben US-Konzerne tausende von US-Lohnabhängigen auf der US-Seite der Grenze entlassen und beuten auf der mexikanischen Seite Arbeiter für 4 Dollar am Tag aus. Eine „US-mexikanische Arbeiterkoalition“ protestierte in Wisconsin dagegen. — (rül, Bild: AFL/CIO-News)



Widerstand gegen EG-Großraum Die Volksabstimmung in Dänemark stört die Pläne von Maastricht

Die Mehrheit gegen die Verträge von Maastricht bei der Volksabstimmung in Dänemark hat die EG-Pläne der Regierungschefs und der Konzerne in der EG mehr gestört, als sie in ihren Reaktionen erkennen ließen. Denn juristisch benötigt das Abkommen von Maastricht die Zustimmung aller EG-Staaten.

Die Bundesregierung spürt, daß sich das dänische Votum auch gegen das immer kriegerische Auftrumpfen der BRD in der EG richtet. Sie will deshalb mit einer „Beschleunigung der politischen Integration“ — sprich: dem weiteren Ausbau von politischen Zwangsmitteln in der EG — reagieren. Kohl gab die Parole aus: „Wir wollen das Tempo nicht drosseln, sondern wir wollen es forcieren.“ Und: „Ich sehe keine Chance, daß wir über den Vertrag jetzt neu nachverhandeln; denn — ich will es einmal salopp ausdrücken —, wenn sie den Sack aufmachen, haben sie kaum eine Chance, ihn in absehbarer Zeit wieder zuzubinden...“

Das Handelsblatt beschreibt die näch-

sten Schritte, über die jetzt auf dem kommenden EG-Gipfel Ende Juni in Lissabon beraten werden soll, so: „Eine Währungsunion ist eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft... Klarheit über die politische Verfassung Europas muß... vor einer EG-Erweiterung geschaffen werden. Auch deshalb sollte die Konferenz (über die Verfassung einer europäischen „politischen Union“, Einfügung d. Red.) spätestens 1994 stattfinden.“ (5./6. 6.) Mit anderen Worten: Die EG braucht einen zusätzlichen Vertrag über eine „politische Union“. Dieser soll den EG-Organen einen Rechtsrahmen schaffen, mit dem sie Polizei- und Militärgewalt auch gegen inneren Widerstand einsetzen können, um Opposition gegen ihre Politik niederzuhalten. Dieses Projekt, seit mindestens zehn Jahren in unterschiedlichen Entwürfen für eine „europäische Verfassung“ schon mehrfach vorgetragen, (ein Entwurf für eine „Verfassung der Europäischen Union“ liegt zudem im Europaparlament bereits vor) soll

nun beschleunigt werden. Die Formel wäre: Ergänzung der Maastrichter Verträge durch einen Vertrag und Zeitplan für die „Politische Union“, womöglich noch geschmückt mit der Lockung „mehr Rechte für das Europaparlament“. Das Handelsblatt beschreibt das Ziel dieser „politischen Union“ so: „Ein in konzentrischen Kreisen organisiertes Europa unterschiedlicher Integrationstiefe entspricht der bisherigen Entwicklungsgeschichte der EG. Es ist ein Zukunftsmodell, mit dem Großbritannien wie Dänemark der EG verbunden bleiben.“ (a.a.O.) Das Modell eines in „konzentrischen Kreisen“ organisierten Großraums EG knüpft an zutiefst reaktionäre Kolonialreiche an, bei denen das „Zentrum“ die „Randzonen“ ausplündert und unterdrückt und ihnen eine dementsprechend hierarchische „Arbeitsteilung“ aufzwingt. Aus einem solchen EG-Großraum mit „Zentrum“ Berlin soll es kein Austrittsrecht mehr geben — siehe die „nicht mehr kündbare“ Währungsunion. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Gegen Lohnfortzahlung

Am vergangenen Donnerstag traf sich erneut die Arbeitsgruppe der Regierung, die über die Einführung einer Pflegeversicherung beraten soll. Letzter Stand: Die Kosten der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen von den Kapitalisten weg und den Krankenkassen aufgeladen werden. Erste Berechnungen ergaben eine „Netto-Entlastung“ der Kapitalisten von gut 25 Milliarden DM und einen Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge um 4 Prozentpunkte, für die Lohnabhängigen also eine Lohnsenkung um 2 Prozent.

25 000 „Ost-Versetzungen“

25 000 westdeutsche Beschäftigte in öffentlichen Diensten sind derzeit im Anschlußgebiet auf „Osteinsatz“. Das teilte der Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Bohl, am 10. Juni mit. Fast zwei Drittel der Kolonialbeamten sind aus dem Bundesdienst, 8375 aus den West-Ländern und über 2000 aus West-Kommunen. Außerdem gewähre der Bund den Ost-Ländern und -Kommunen Personalkostenzuschüsse von 120 Mio. DM im Jahr und bilde 10 000 Jugendliche aus den neuen Bundesländern in Bundesverwaltungen aus. Von „Selbstverwaltung“ bleibt da nichts. Im Gegenteil: So wissen die neuen Beamten im Osten von Anfang an, wo ihr Geldgeber und Herr sitzt, nach dem sie sich zu richten haben.

Ost-Mieten steigen weiter

Allein zum Jahreswechsel 1992/1993 werden die Mietkosten in den Anschluß-Ländern im Osten um 20 bis 30 Prozent steigen. Das räumt inzwischen auch Bundeswohnungsministerin Schwätzer ein. In einem Interview mit dem SFB bestritt sie Meldungen, die Mieten würden im nächsten Jahr verdoppelt werden. Mieten und Nebenkosten zusammen würden zum Jahreswechsel „nur“ um „durchschnittlich 20 bis 30 Prozent“ steigen, lautete ihr Dementi. Der Mieterbund erwartet einen Anstieg der Ost-Mieten um etwa 2 DM je Quadratmeter. Dem Verband der Grundstücks- und Hauseigner ist diese Anhebung noch immer zu wenig.

S-218-Gesetzesvorlage

Der Gesetzentwurf von Abgeordneten aus CDU, FDP, SPD und Bündnis 90 zur Neufassung des Strafgesetzbuchparagrafen 218 liegt jetzt vor (Bundesgesetzblatt 12/2605 - neu). Der neue § 218 beschreibt in den Punkten (1) bis (4) weiter die Strafen, die auf Abtreibung stehen (bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe). Ausgenommen sind Schwangerschaftsabbrüche, die mit Einwilligung des Arztes in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft vorgenommen werden. Die Schwangere muß vorher schriftlich nachweisen, daß sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat „beraten“ lassen. Zuständig für die Beratungsstellen sind die Länder. Die Län-

der sind zudem verpflichtet, ein „ausreichendes und flächendeckendes Angebot“ von Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch sicherzustellen.

Gegen Maastricht

Etwa 60 Professoren, darunter Prof. Giersch, einer der Propagandisten der arbeiterfeindlichen „Angebotstheorie“, und der frühere SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller, haben die Beschlüsse des EG-Gipfels in Maastricht kritisiert. Die Kriterien für die Währungsunion seien „zu weich“, die Gefahr sei groß, daß die Kriterien „Preisstabilität“ und „Haushaltsausgleich“ „verwässert werden“, die EG-Zentralbank müsse auch die Wechselkurse des ECU gegen Drittwährungen festlegen können usw. Die Kritiker wünschen, daß das Paket von Maastricht noch härter gegen die Lohnabhängigen in der EG, gegen deren Ansprüche an öffentliche Leistungen und für ausreichenden Lohn ausgerichtet wird. Auch wenn die Regierung die Kritiker zurückgewiesen hat: Die Richtung der Kritik kann ihr nur recht sein.

Gegen Nachbarschaftsvertrag

Unter heterischen und großdeutsch-völkischen Transparenten und Fahnen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ hat der bayerische Ministerpräsident Streibl angekündigt, Bayern werde den „Nachbarschaftsvertrag“ der BRD mit der CSFR bei der Abstimmung im Bundesrat am 26. Juni ablehnen. Der Vertrag habe zu viele „Rechtspositionen“ (damit sind die anmaßenden Forderungen der „Sudetendeutschen“ nach Rückgabe ihrer Vermögens in der CSFR gemeint) offengelassen. Selbst die FDP reagierte auf Streibls Ankündigung scharf. Sie sei eine „vierfache Kriegserklärung“ gegen die Bundesregierung, gegen die CSFR, gegen die CSU-Gruppe in Bonn und die Sudetendeutschen.

Für Großinvestoren

Mit einem neuen Gesetz zur Förderung von Großinvestoren will die neue Justizministerin Neuheuser-Schnarrenberger den „Investitionstau“ im Anschlußgebiet beseitigen helfen. So sollen die Kommunen in den Ost-Ländern auch entgegen Rückgabeanträgen große Gebiete für Investitionen „freigeben“ können. Statt Einzelentscheidungen über jede einzelne Rückgabeklage sollen bei Großinvestitionen alle Klagen zu einem Verfahren zusammengezogen und gemeinsam entschieden werden können. Die CDU begrüßte das Vorhaben. Von den 2,5 Millionen Rückgabeklagen seien erst 4,4 Prozent entschieden, das sei „wahnsinnig wenig“.

Was kommt demnächst?

Am 19. Juni beginnt in Bonn die Frühjahrstagung der WEU. Am 20. Juni bereiten die EG-Außenminister in Luxemburg das kommende EG-Gipfeltreffen in Lissabon Ende Juni vor. Am 26. Juni tagt der Bundesrat, u.a. über den Nachbarschaftsvertrag BRD-CSFR. Ende Juni ist EG-Gipfel in Lissabon, in Bonn wird der Haushalt 1993 vorgelegt, will sich die Koalition über die Pflegeversicherung geeinigt haben und ist Abstimmung über die Neufassung des § 218.

Seehofers Kürzungen und warum er über Widerstand hinweggehen kann

Kaum war Seehofer als neuer Gesundheitsminister angetreten, zog er das Kürzungsprogramm aus der Schublade, behauptet, die Kürzungen um 11 Mrd. DM seien „sozial ausgewogen“, so daß sich die SPD dem nicht verweigern und der Widerstand ihm nicht die parlamentarische Absegnung vermasseln könne. Die erforderlichen Beitragserhöhungen der Krankenkassen seien so zu vermeiden. Durch die Blümche Gesundheitsreform waren die Beitragssätze von durchschnittlich 12,9 % auf 12,2 % abgesenkt und danach wieder auf 12,5 % angehoben worden. Eine weitere Beitragserhöhung sei „Gift für unsere Volkswirtschaft“, die „alle Anstrengungen auf den Aufbau der neuen Länder und die europäische Integration“ richten müsse. Unverhohlen wendet sich Seehofer gegen die Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, die durch ein „neues Gleichgewicht zwischen sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Eigenverantwortung“ zu ersetzen sei.

Die gegenwärtig beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen:

1. Stationäre Versorgung:

Rund ein Drittel der Ausgaben ist für die Krankenhausversorgung, dort seien Einschränkungen am dringendsten.

— Zum 1.1.93 wird das Selbstkostendeckungsprinzip aufgehoben. Wenn höhere Kosten entstehen als vereinbart in Abhängigkeit von der Erhöhung der Beitragseinnahmen, verschulden die Krankenhäuser, müssen rationalisieren oder schließen oder sehen, wo sie Kredite hernehmen. (Einsparung rund 2,5 Mrd. DM auf Kosten der Patienten).

— Ab 1995 werden leistungsorientierte und pauschalierte Pflegesätze gezahlt statt der tagesgleichen wie bisher.

— Ab 1.1.93 soll in der Krankenpflege der neue Bettenschlüssel gelten, weitere 13 000 Krankenschwestern und Krankenpfleger könnten zusätzlich eingestellt werden, wenn sie unter solchen Bedingungen überhaupt gefunden und bezahlt werden können. (Mehrausgaben 1993 210 Mio. DM)

— Die tägliche Zuzahlung wird zum 1.1.93 auf 11 DM für die gesamte Dauer des Krankenhausaufenthaltes (bisher 10 Tage) erhöht, Einsparung 1,1 Mrd. DM auf Kosten der Patienten.

— Bei privatärztlicher Tätigkeit sollen die Krankenhäuser für die Inanspruchnahme von Personal und Sachmitteln eine höhere Vergütung erhalten. 0,84 Mrd. zahlen die Chefärzte.

2. kassenärztliche und kassenzahnärztliche Versorgung:

— Die niedergelassenen Ärzte seien die Kostentreiber, also Zulassungsbeschränkung.

— Da Zahnersatz weitgehend vermeidbar sei, wird der Kassenzuschuß auf 60 % der Billigaufführung beschränkt. Einsparung etwa 0,65 Mrd. DM auf Kosten der Patienten.

— Die Zahnärzte erhalten 20 % weniger Vergütung für Zahnersatz und 10 % kürzt die Kasse bei zahntechnischen Leistungen, um Anreiz für Zahnerhaltung zu schaffen. Einsparung von 0,86 Mrd. DM durch Leistungskürzung für die Patienten, vor allem jene mit schlechten Zähnen.

— Die Gesamtvergütung für Kassenärzte und Kassenzahnärzte wird 1993 bis 1995 maximal um den Zuwachs der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen erhöht, egal wieviel Arbeit anfällt. Einsparungen um 1,15 Mrd. DM zumindest teilweise durch Leistungskürzung für die Patienten.

— Weitere Leistungseinschränkungen werden durch stärkere Kontrolle der ärztlichen Tätigkeit durchgesetzt.

3. Kürzung bei Arznei/Heilmitteln:

— Den Kassenärzten wird ab 1993 ein Budget auf der Basis von 1991 vorgelegt. Wenn sie mehr Medikamente, Massagen oder Heilmittel verordnen, „verringert sich die Vergütung des einzelnen Arztes“. Einsparungen 0,76 Mrd. DM auf Kosten der Patienten.

— Der Pharmaindustrie wird angeblich ein Solidarbeitrag von 1,5 Mrd. DM abverlangt. Der Herstellerabgabepreis für Arzneimittel ohne Festbetrag wird am 1.1.93 auf gesetzlicher Grundlage um 5 % (bezogen auf Mai 92) abgesenkt und bis zum 31.12.94 festgeschrieben.

Aber: Erstens hat die Pharmaindustrie die Preise gerade für die Nicht-Festbetragsmittel deutlich erhöht. Zweitens liegen die Medikamentenpreise in der BRD mindestens um 10 % über dem EG-Durchschnitt, so daß sie sowieso eine Absenkung im Zuge der EG-Harmonisierung eingeplant hatten. Drittens ist eine solche gesetzliche Preissenkung ein gutes Mittel für die großen Pharmakonzerne, die kleineren und mittleren Betriebe aus dem Feld zu schlagen.

Das hat in der ehemaligen DDR gut geklappt mit dem dortigen „Solidarbeitrag“. Die fünf führenden Pharmahersteller in der BRD (Thomae, gehört zu Boehringer Ingelheim, Hoffmann La Roche, Beiersdorf, Sandoz, Bayer) halten nur etwa 14 % Marktanteil, in der Schweiz bereits 24 %.

— Die Zuzahlung der Patienten soll fast ebensoviel — 1,3 Mrd. DM — betragen. Für alle Medikamente werden 10 % des Preises, höchstens 10 DM und mindestens 3 DM verlangt.

Die SPD fordert weniger Selbstbeteiligung, mehr Einschränkung bei Ärzten und in Krankenhäusern, was keine Alternative ist. Die Ärzte wehren sich gegen die wahnwitzigen staatlichen Kontrollen. Die Gewerkschaften sind für Beitragssatzstabilität, für Selbstbeteiligung als Weg zur Selbstverantwortung und für Kürzung der Einkommen der niedergelassenen Ärzte.

Lob kommt von den Kapitalistenverbänden und auch speziell von der Pharmaindustrie. Der Geschäftsführer von

Boehringer Ingelheim befürchtet keine Absatzeinbußen durch die hohe Selbstbeteiligung bei Medikamenten, weil etwa die Hälfte der Bevölkerung die Sozialklausel in Anspruch nehmen könne, d.h. arm ist. Zuzahlung kann nicht zugemutet werden im Härtefall, d.h. bei monatlichen Bruttoeinnahmen für Alleinlebende unter 1 400 DM in den alten und unter 840 DM in den neuen Bundesländern, für weitere Familienangehörige wird erst um 15 % dann um 10 % aufgestockt.

Obwohl von den Kürzungen offensichtlich fast nur die Kranken betroffen sind, kann Seehofer nicht zu Unrecht behaupten, daß sich in die Ablehnung von vielen Seiten eine stille Sympathie mische. Warum sollen die Beiträge steigen, wo trotz hoher Kosten die Versicherten mit der gesundheitlichen Versorgung nicht zufrieden sind?

Wenn sich kein großer Widerstand gegen die Zerstörung des bestehenden Krankenversicherungssystems zeigt, heißt das noch lange nicht, daß sich in Fragen der Gesundheitsversorgung nichts tut.

Viele Patienten mit chronischen Krankheiten haben sich in Selbsthilfegruppen organisiert, um sich fachkundig zu machen und Erfahrungen auszutauschen. Wer immer Bauch- oder Rückenschmerzen hat und nicht ewig irgendwelche Tabletten schlucken will, die nur kurz betäuben, das Übel aber nicht grundlegend behandeln, geht von einem Arzt zum andern und kümmert sich schließlich selber darum. Es gibt inzwischen eine reichhaltige „Laien“-Literatur zu allen Gesundheitsfragen. Betriebsräte befassen sich zunehmend mit Gesundheitsproblemen, bei krankheitsbedingten Kündigungen, arbeitsbedingten Erkrankungen, Suchterkrankungen z.B. Verschiedene sog. betriebliche Gesundheitszirkel entstehen.

Diese Initiativen sind ganz vielfältig, weil die Interessen der Beteiligten so verschieden sind, und sie sind inzwischen flächendeckend, nicht mehr nur in den Städten.

Die Kranken haben Recht, wenn sie individuelle Berücksichtigung sowie eigene Entscheidung über ihre Behandlung verlangen, über die Nebenwirkungen der Medikamente unterrichtet werden wollen, um selber zu prüfen, ob sie diese in Kauf nehmen und nicht mehr alles mit sich machen lassen, was die Pharma-Monopole — zum Beispiel für die Behandlung der HIV-Positiven, aber auch für Grippe, Rheuma usw. — und in Übereinstimmung mit ihnen die Regierung und damit die Krankenkassen gut finden und dann auch erstatten.

Die Kapitalisten sind jetzt nicht der Forderung nach Erhöhung der Beiträge ausgesetzt, weil die Rechnung anders aufgemacht wird, zumindest bei den Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit und den Löhnen. — (sul)



Bundesarbeitsminister Blüm hat sich mit einem „Sparvorschlag“ in die von Waigel ausgelöste Debatte um Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit eingeschaltet. Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, ostdeutsche Arbeitslose in einen großangelegten Arbeitsdienst einzuspannen, vor allem zur „Sanierung der Umwelt“. Blüms moderne „Moorsoldaten“ sollen statt ABM nur noch Arbeitslosengeld beziehen, berechnet auf 80 % ihres früheren Lohns. Mit diesem Hungerlohn bezahlt, sollen sie z.B. in früheren Braunkohlengruben gefährliche „Altlasten beseitigen“ helfen. Die Treuhand prüft bereits, ob sie an solchen Zwangsarbeitsprogrammen, die sich immer mehr einer modernen Neuaufgabe der faschistischen Zwangsarbeitsprogramme nähern, mitwirken kann.

Demonstration für die Freiheit und das Leben der politischen Gefangenen

Wir gehen auf die Straße, weil wir eine politische Lösung für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand erreichen wollen. Dabei gilt unsere Sorge — und daher auch diese Demonstration — zu allererst den haftunfähigen Gefangenen.

Bei Ali Jansen, der wegen schwerer Asthmaanfalle haftunfähig ist, wurde die Entlassung zum 2/3-Termin vom OLG Frankfurt im April abgelehnt.

Bei Isabel Jacob, deren Krankheit (Morbus Basedow) aufgrund der Haftbedingungen sich weiter verschlimmert hat, wurde durch ihren Anwalt ein Haftstrafantrag gestellt, zu dem es jedoch noch keine Reaktion von Seiten der Justiz gibt.

Bei Bernd Röbner, bei dem seit Anfang 1991 ein Gnadengesuch seiner Mutter läuft, ist eine Entscheidung durch den Bundespräsidenten noch immer nicht abzusehen. Die Verantwortlichen verstecken sich hinter dem Gutachten des reaktionären Gutachters Saß, der Bernd in seinem letzten Gutachten für zu krank für eine Entlassung erklärte. Es ist offensichtlich: Die Verantwortlichen, allen voran die Bundesanwaltschaft, wollen Bernd Röbner inzwischen vor allem

deshalb nicht entlassen, weil sie Angst davor haben, daß die Folgen der Haftbedingungen an ihm in der Öffentlichkeit in ihrer ganzen Schärfe deutlich erkennbar werden. Deshalb überlegen sie, ihn zu psychiatrisieren, das heißt, ihn in eine geschlossene psychiatrische Anstalt zu stecken. Die weitere Entwicklung, die Frage seiner Freilassung, ist im Augenblick (Anfang Juni 92) völlig offen.

Klar ist aber auch, andere Gefangene werden Anträge auf Entlassung nur stellen, wenn klar ist, daß Bernd rauskommt.

An der Frage der sofortigen und bedingungslosen Entlassung der haftunfähigen Gefangenen wird sich beweisen, wie ernst es den politisch Verantwortlichen damit ist, wenn sie von „Versöhnung“ sprechen. Die Entlassung der Haftunfähigen kann dabei nur der erste Schritt sein.

Tatsache ist, wenn wir jetzt auf die Straße gehen, intervenieren wir in eine Situation, die nicht wir, sondern die andere Seite geschaffen hat. Das heißt für uns zuallererst, daß WIR uns einmischen müssen, damit unser Traum — die

Freiheit aller politischen Gefangenen — Wirklichkeit wird. Durch die letzten 25 Jahre zieht sich wie ein roter Faden der Versuch, in diesem Land eine revolutionäre Bewegung aufzubauen. Auch wenn wir heute feststellen müssen, daß vieles, was wir erreichen wollten, nicht erreicht ist, werden wir diese Geschichte nicht auf den Müllhaufen werfen. Im Gegenteil: Wir wollen aus ihr lernen; und so soll sie zu unserem Handwerkszeug für die Zukunft werden.

Sowohl aus der konkreten Situation der haftunfähigen Gefangenen, die unbedingt möglichst schnell entlassen werden müssen, als auch aus der aktuell politisch offenen Situation müssen alle, die eine politische Lösung für das Leben und die Freiheit der Gefangenen wollen, jetzt aktiv werden ...

Klar ist auch, daß wir weiter um jede und jeden einzelne/n Gefangenen kämpfen müssen — ihnen und auch uns wird nichts geschenkt werden!

— (Erklärung der Vorbereitungsgruppe der Demonstration am 20.6.1992 in Bonn, 7. Juni 1992) (aus Platzrunden hier nur gekürzt dokumentiert, d. Red.)

Eine soziale und ökologische Marktwirtschaft ist laut Koalitionsvereinbarung das Ziel von CDU und SPD in Baden-Württemberg. Außerdem, so behaupten die neuen Koalitionspartner, „fühlen“ sie sich „in besonderem Maße der Stärkung föderaler Strukturen und der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung verpflichtet“. Welche Bedeutung solche Floskeln für die CDU haben, ist bekannt: Sozial und ökologisch geht es nur solange zu, wie es die Interessen der großen Konzerne zulassen. Sozial heißt nach Unionsmaßstäben deshalb, daß der relative Wohlstand des Drittels, das was vom Florieren „der Wirtschaft“ hat, durch eine wachsende Zahl von Armen erkaufte wird, die die Konzernwirtschaft im „Musterlande“ produziert.

Bleibt also die Frage, ob sich daran durch die SPD-Regierungsbeteiligung etwas zum Besseren ändern kann. Immerhin war SPD-Spitzenkandidat Spöri im Wahlkampf mit dem Slogan hausieren gegangen, er verstehe „mehr von der Wirtschaft“ als CDU-Teufel. Wer im Koalitionspapier Anhaltspunkte für eine alternative Wirtschaftspolitik oder soziale Interessen von Leuten mit wenig Geld sucht, tut das vergeblich. Präsentiert werden Rezepte, die sich ironischerweise nur insofern von der bislang praktizierten CDU-Politik Marke Späth unterscheiden, als sie deren angebotsorientierte Aspekte stärker akzentuieren: „Standortsicherung und Ausbau der Wettbewerbsposition sind eine Daueraufgabe der Wirtschaftspolitik. Zur Politik gehört deshalb die Förderung des Strukturwandels und der Abbau von Anpassungshemmnissen“, heißt es da. „Die Politik des Abbaus von Subventionen in Form einzelbetrieblicher Förderung muß weitergeführt werden, um ausreichend Spielräume für die Verbesserung der Infrastruktur zu bekommen.“ Erreichen wollen das die Koalitionäre mit altbekannten Instrumenten: Technologieförderung, Unterstützung des Mittelstandes, Markterschließung, Fort- und Weiterbildung.

In der „Technologieförderung“ setzen sie auf eine „verstärkte Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft“ und den „Ausbau und die Internationalisierung des Technologietransfernetzes“, mit anderen Worten: öffentlich finanzierte Forschung im Dienste der Konzerne. Der angestrebte Ausbau „überbetrieblicher Formen der Fort-

Große Koalition in Stuttgart gründet auf Konzerninteressen

und Weiterbildung“ hat nichts mit Ansprüchen von Lohnabhängigen und noch nicht einmal etwas mit sozialdemokratischen Chancengleichheits-Konzepten zu tun. Hier wollen CDU/SPD „Grundfähigkeiten“ wie „Selbständigkeit, Verantwortung und Leistungswille, Kreativität und soziales Engagement neu einüben“ lassen, um „vor allem den Fachkräftebedarf in Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistungen sicherzustellen“. Öffentlich finanzierte Ausbildung, maßgeschneidert für die Kapitalisten also.

Der Umsetzung dieser Ziele sollen sich ständige Expertenkreise beim Wirtschaftsministerium widmen. Von der „Verbesserung der strategischen Operationen in den Branchen der Schlüsseltechnologien und der Außenwirtschaft“ ist da die Rede; „Perspektiven und Lösungen“ sollen auf die Frage gesucht werden, wie die „Zusammenarbeit“ zwischen großen und mittelständischen Unternehmen „partnerschaftlich“ gestaltet, sprich die Zuarbeit kleinerer Betriebe für die Konzerne optimiert werden kann — „kleine strategische Allianzen“ für die Weltmarktschlachten sollen so gebildet werden.

Während Kapitalisten auch weiterhin auf tat- und finanzkräftige Unterstützung hoffen können, sieht die Sache für die werktätige Bevölkerung ganz anders aus. Denn im Abschnitt Haushalt und Finanzen schreiben CDU und SPD schlicht fest, daß „alle in dieser Koalitionsvereinbarung festgelegten Reformvorhaben und politischen Prioritäten unter den Vorbehalt einer soliden Finanzierung“ gestellt werden.

Dementsprechend will die Regierung Teufel/Spöri im Nachtragshaushalt für 1992 die Nettokreditaufnahme auf 2,5 Mrd. DM beschränken, die globale Minderausgabe erhöhen und den „restriktiven Haushaltsvollzug“ aufrecht erhalten. Im Haushalt für die Jahre 1993/94 dann soll der Ausgabenanstieg unter die Steigerung der Einnahmen gedrückt werden, für die in den Koalitionsvereinbarungen enthaltenen Vorhaben werden in beiden Jahren je 200 Mio.

DM (!) bereitgestellt. Trotzdem haben die Koalitionäre Deckungslücken von 2,0 Mrd. 1993 und 2,4 Mrd. DM 1994 errechnet. Die sollen durch „einschneidende Kürzungsmaßnahmen in allen Einzelplänen und Bereichen“ geschlossen werden. Vor allem in folgenden Bereichen soll der neue Finanzminister und CDU-Rechtsaußen Mayer-Vorfelder zulangt: Stopp aller staatlichen Neubauvorhaben; keine Ausweitung des Stellenbestandes, neue Stellen für die Polizei z. B. bedeutet anderswo weni-

ger; „Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs“, im Klartext: noch mehr Kürzungen für die Städte und Gemeinden.

Für die Bevölkerung heißen alle Maßnahmen Leistungsabbau. Dafür soll sie jedoch tiefer in die Tasche greifen müssen, nicht nur durch zu erwartende kommunale Gebührenerhöhungen. Die neue Landesregierung will eine Kommission einsetzen, um neben Ausgabenreduzierungen alle Möglichkeiten der Einnahmesteigerungen zu prüfen. — (jüg)



15 Sitze haben die Republikaner im neuen baden-württembergischen Landtag. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten erhielt der Rep-Kandidat Schlierer aber 19 Stimmen. Erwin Teufel „fehlen“ 13 Stimmen aus der Koalition, er erhielt 96 Ja-Stimmen. Während der konstituierenden Sitzung am 10. Juni demonstrierten ungefähr 500 Leute, vor allem Jugendliche, gegen den Einzug der Rep. Unter anderem sprachen die Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Gertrud Müller, ein Vertreter der Jusos und ein Mitglied des Antifaschistischen Komitees, den die Jusos eingeladen hatten aus Protest gegen die von der Stuttgarter FDP erneut geplante Veranstaltung mit Haider. Der Vertreter der Jusos griff an, die SPD habe „diese ganzen Schweinereien“ — verfehlte Wohnungspolitik, Aufrüstung, Waffenlieferungen an die Türkei ... — dadurch unterstützt, „daß sie hier in Baden-Württemberg mit der CDU eine große Koalition eingeht und damit die Republikaner zur stärksten Oppositionspartei macht.“ Gertrud Müller führte aus, daß die verfehlte Politik seit 1945 ohne Neubeginn das Wiederaufleben des Neofaschismus brachte, „denn es ging alles nahtlos weiter“. Sie wandte sich gegen eine Änderung des Grundgesetzartikels 16 und forderte die Einhaltung der Genfer Menschenrechtskonvention. — (ewc)

Ein Modell für Bonn?

Im Landtag von Baden-Württemberg sind die rechtsextremen Republikaner drittstärkste Fraktion vor den Grünen und der FDP. Sowohl die CDU als auch die SPD hatten bei den Landtagswahlen im April Stimmen verloren; die CDU kam unter 40 %, die SPD auf unter 30 % der Wählerstimmen. Die SPD-Basis wurde zu einer Regierungsbeteiligung breitgeklopft — 191 von 307 Delegierten des Landesparteitags der SPD stimmten dafür — mit dem Argument, außer Neuwahlen (mit noch höheren Republikaner-Ergebnissen) bleibe nichts anderes übrig; außerdem könnten CDU und SPD gemeinsam das Anwachsen der Rechtsextremen bremsen und erreichen, daß sie in vier Jahren wieder aus dem Landtag verschwinden. Die rechnerisch gleichfalls möglichen Koalitionen von CDU mit den Grünen bzw. von der CDU mit den Republikaner hätten wahrscheinlich zur Spaltung der CDU geführt. Im ersten Fall hätte sich die CDU in Richtung sozialreformerischer Partei auf christlicher Basis entwickeln müssen; dagegen drohte der deutschnationale Teil der Partei um den Finanzminister Mayer-Vorfelder offen mit Spaltung, auch die Kapitalistenverbände protestierten heftig. Für eine Koalition mit den Republikanern, wofür eine Minderheit der CDU durchaus zu haben ist, hätte der in christlicher Weltanschauung beheimatete Teil der Union personell und programmatisch an den Rand gedrückt werden müssen.

Soweit scheint also das Argument, es blieb nichts anderes übrig, zuzutreffen, was aber ist mit dem Bremsen der Rechtsextremen durch eine große Koalition?

Die Republikaner haben unter anderem Zulauf erhalten von Kleinbürgern, die von der monopolistischen Verkommenheit der CDU enttäuscht sind. Nun heißt es zwar in der Koalitionsvereinbarung, kein Minister dürfe Geschenke von Wert annehmen, aber gleichzeitig wird der noch aus dem Kabinett Späth stammende Wirtschaftsminister

Schäuffler, dem ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss Förderung von Spielcasinos und Beziehungen ins Prostitutionsmilieu nachwies, Verkehrsminister — und der Vorsitzende dieses Untersuchungsausschusses, der Sozialdemokrat Birzele, wird Innenminister, womit nicht nur der Untersuchungsausschuss, sondern auch eventuelle Ermittlungen von Staatsanwälten ein Ende finden. Die inhaltlichen Festlegungen der Regierungskoalition, wir haben nebenstehend einige urmissen, lassen befürchten, daß sich die bei den Personalien deutlich werdende Arroganz der Macht mit zunehmender sozialer Härte paart und so den Rechten weiter Auftrieb geben wird.

Man kann wahrscheinlich sagen, daß die enge Verbindung von Konzernwirtschaft und öffentlicher Verwaltung, wie sie unter Lothar Späth betrieben wurde, bei der Zersetzung von parlamentarisch-demokratischen Auffassungen in der Politik und öffentlichen Verwaltung beträchtlich Vorschub geleistet hat. Von daher ist von Interesse, wenn als ein zentraler Zweck der Koalition die „durchgreifende Strukturreform im Verwaltungsaufbau des Landes“ benannt wird. Trotz aller Beteuerungen, die föderalen Strukturen und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, hat auch an diesem Punkt die SPD keine Politik erzwungen, die irgendwie die Rechtsweltentwicklung stoppen würde. Ziel der Verwaltungsreform, so heißt es in der Vereinbarung, „ist es, staatliche Aufgaben auf die notwendigen zu reduzieren, die Regeldichte zu verringern, geeignete Aufgaben und Dienstleistungen zu kommunalisieren oder zu delegieren“. Weniger Regulierung durch den Staat ist die bekannte CDU-Parole, deren Fortsetzung lautet: mehr Regulierung durch die Konzerne. Bei der sogenannten Kommunalisierung von Aufgaben und Dienstleistungen steigt nicht etwa der demokratische Bügereinfluß, vielmehr wird damit die Bindung der Bürgermeister und Landräte an politische Vorgaben gelockert und somit die Einflußnahme der Kapitalisten auf örtliche Entscheidungen erhöht. „Aufgaben, die eine Bündelung und Koordinierung der öffentlichen Belange oder einen überörtlichen Interessenausgleich erfordern“ bleiben sowieso den Regierungspräsidenten und Ministerien vorbehalten. Insgesamt wird eine weitere Stärkung der Zentralgewalt angestrebt.

Ob die Erwartungen, die so manches SPD- oder Gewerkschaftsmitglied in die Koalitionsvereinbarung den Punkt „Familie und Kind“ betreffend setzte, erfüllt wurden, ist mehr als fraglich. Beim Lesen schwindet auch immer mehr die Hoffnung, daß in den nächsten Jahren das Versprechen der SPD, bei ihrer Beteiligung an der Regierung würde eine Qualitätssteigerung eintreten, eingelöst werden könnte. In der Vereinbarung werden keine Festlegungen getroffen, was ja gerade in diesem Bereich eigentlich schon zu erwarten gewesen wäre. Die Forderungen sind seit vielen Jahren mehr als klar, und die SPD war in Baden-Württemberg auf diesem Gebiet noch nie zurückhaltend, sondern hat sich im Gegenteil in positiver Weise einge-mischt.

In den Positionen zum Schwangerschaftsabbruch gab es, man muß schon fast sagen, glücklicherweise, keine Annäherung, die zwei konträren Positionen sind bekräftigt. Leider hat sich dann aber schon im nächsten Halbsatz die SPD über den Tisch ziehen lassen, indem „Hilfen“ für die Familien und Schwangeren ausgebaut werden sollen, wobei hauptsächlich Kinderbetreuungsplätze gemeint sind. Nun hat ja niemand etwas gegen diesen Ausbau, aber ihn als „Hilfe“ zu deklarieren, ist in heutiger Zeit einfach diskriminierend und paßt eigentlich nicht zur bisherigen Position der SPD, die immer Verfechterin eines positiven Anspruchs auf Kinderbetreuung war.

Angestrebt wird laut Vereinbarung eine „100 %ige Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen für alle über dreijährigen Kinder“. Dieses Bestreben ist nun nicht neu und hat vor allem im Vorfeld ziemlich massiv den Städtetag auf-treten lassen, weil über Bezuschussung und Landesmittel nichts festgelegt ist. Das heißt konkret, daß die Landesregierung die Probleme an die Kommune weitergibt, die natürlich die Mittel allein auch nicht aufbringen kann und im Gegenteil schon lange höhere Personalkostenzuschüsse fordert. Da hilft dann auch nicht weiter, daß sich beide Parteien auf Bundesebene für einen Rechts-

Vieles soll, wenig kostet und alles fast kostenlos

anspruch auf einen Kindergartenplatz einsetzen wollen. Ohne Finanzierungsvorschläge aller Ebenen bleibt er nur leere Phrase.

Des weiteren werden die bisherigen CDU-Vorstellungen von öffentlicher Kindererziehung wohl nun kritiklos von der SPD übernommen. Es werden nämlich flexible Öffnungszeiten in Kindergärten nicht nur befürwortet, sondern genau wie die Horte an den Schulen und die Kernzeitenbetreuung an der Grundschule sollen diese Betreuungsarten ausgedehnt werden. Die bisher noch angeklungene Kritik an diesen Einrichtungen, die dem Standard der bisherigen Kindertagesstätten nicht entsprechen

und deshalb auch diesen in Zukunft weiter drücken werden, scheint vergessen über der Freude der gemeinsamen Regierungsbildung.

Für den Hort an der Schule sind Landesmittel vorgesehen, sie sind ja auch das Lieblingskind von Ministerpräsident Teufel. Die Höhe wird nicht festgelegt, lediglich eine Erhöhung des bisherigen Personalkostenzuschusses von 14000 Mark wird in Aussicht gestellt. Hier allerdings wird dann mit den bestehenden Horten gleichgezogen, auch sie sollen in derselben Höhe bezuschußt werden. Dies ist ein kleiner Erfolg, durch-bricht doch dieses Vorhaben die bisherige Politik, die nur im Bereich der drei-

bis sechsjährigen Kinder Personalkostenzuschüsse vorsieht — was die Kosten für die Ganztageseinrichtungen in die Höhe getrieben hat. Es dürfte dann auch nicht mehr so schwierig sein, im Kleinkindbereich nachzuziehen.

Den „finanziellen Möglichkeiten“ angemessen, sollen nun auch Ganztages-schulen in allen Schularten eingeführt werden, was nicht auf besonders viele Einrichtungen hoffen läßt, weil Geld immer knapp ist und der Sozialbereich erfahrungsgemäß das Schlußlicht bildet.

Durch die Kürzung des Landeserziehungsgeldes bei Ausdehnung des über 24 Monate hinaus gewährten Bundeserziehungsgeldes kommt dann wieder etwas Geld in die Kassen. Da soll dann geprüft werden, ob bei Teilzeitarbeit Landeserziehungsgeld gewährt werden kann. Der Grundsatz der CDU, Geburten über Zuschüsse zu fördern, bleibt erhalten. — (unb)

Alle Zitate aus: Koalitionsvereinbarung

Die SPD will das Polizeigesetz jetzt mit erproben

Im Mai 1991 hat die damalige CDU-Mehrheit im baden-württembergischen Landtag ein neues Datenschutzgesetz beschlossen — gegen die Stimmen der gesamten Opposition, damals SPD, FDP und Grüne. Im Oktober wiederholte sich dieser Vorgang: Diesmal ging es um ein neues Polizeigesetz, mit dem die CDU erklärtermaßen auch auf Bundesebene vorpreschen und das Gesetz zur Organisierten Kriminalität vorbereiten wollte. In der Koalitionsvereinbarung steht zu beiden Gesetzen jetzt jeweils nur noch: „Mit dem am 1. Dezember 1991 in Kraft getretenen Polizeigesetz (bzw. mit dem im Mai 1991 in Kraft getretenen Landesdatenschutzgesetz) müssen erste praktische Erfahrungen gesammelt werden.“ Danach soll das Polizeigesetz novelliert, beim Datenschutzgesetz eine Novellierung geprüft werden. Die SPD hatte das Polizeigesetz zwar nicht — wie die Grünen — grundsätzlich als Ermächtigungsgesetz abgelehnt, aber doch insbesondere an den Regelungen zum Einsatz verdeckter Ermittler und der Rasterfahndung sowie dem finalen Rettungsschuß schwerwiegende Kritik vorgebracht; beim Datenschutzgesetz war u. a. der große Ermes-

sensspielraum für datenverarbeitende Stellen beanstandet worden. Von diesen Kritikpunkten ist kein einziger in die Vereinbarung eingegangen, abgesehen vielleicht von der äußerst vage formulierten Möglichkeit („Die Landesregierung wird ... prüfen ...“), daß ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung in die Landesverfassung aufgenommen werden könnte. Zweck der Novellierung soll vor allem die Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen sein. Explizit nochmals befürwortet wird das inzwischen vom Bundestag auch mit den Stimmen der SPD beschlossene Gesetz zur Organisierten Kriminalität.

Eine Hauptaufgabe auf dem Gebiet der „Inneren Sicherheit“ sieht die neue Landesregierung darin, den Polizeiparagrafen auszurichten und die aufgebrachtten Polizisten zu beruhigen, ohne den Forderungen der Gewerkschaft der Polizei voll nachzukommen. 400 Neueinstellungen jährlich, Anhebung des Anteils des gehobenen Dienstes und des höheren Dienstes sind beschlossen. Weitere Entscheidungen für eine „leistungsgerechte Bezahlung“ und Laufbahnstruktur verlangt die Koalition bundeseinheitlich. — (ewc)

Nach langer Autofahrt von Batman über Silvan und auf die andere Seite des Tigris — zuletzt über verschlungene Feldwege — erreichen wir mit unseren kurdischen Freunden ein Dorf. Es sind Ruinen zu sehen, Häuser, bei denen ganze Hauswände weggesprengt sind, Bombenkrater. In wenigen Minuten kommen fast alle Einwohner des Dorfes zusammen, mehrere hundert Frauen, Männer und Kinder. Ein etwa 10 Jahre alter Junge humpelt mit Krücken: Sein Knie ist von Soldaten zerschossen worden. Die Kinder stellen sich vor uns hin und rufen Parolen: „Es lebe Kurdistan! Es lebe unser Onkel Abu Öcalan!“ (Öcalan ist Vorsitzender der PKK, d. Verf.)

Die Bewohner erzählen, daß das Dorf am 15. April 1992 von Hubschraubern und Flugzeugen aus angegriffen wurde. Beteiligt an der Zerstörung der ein- und zweistöckigen Häuser waren auch von Deutschland gelieferte Panzer. Im folgenden Auszug aus den Gesprächen, die die Delegation mit den Dorfbewohnern führte:

„Wieso sind die Häuser bombardiert worden?“

„Darin sollen Guerillaeinheiten gewesen sein. Deswegen sind wir mit Panzerbomben und von Hubschraubern aus bombardiert worden. In einem Haus war der Besitzer noch drin. Der Mensch hatte mit der Guerilla nichts zu tun, der wußte davon auch nichts. Er ist aus dem Haus herausgeholt und einfach erschossen worden. Als das Militär ins Dorf gekommen ist, haben sie zwei Zivilisten, die mit der Guerilla nichts zu tun hatten, gefragt, wo die Häuser von bestimmten Leuten sind und haben sich die Häuser zeigen lassen. Anschließend haben sie die beiden ermordet, damit die Öffentlichkeit nichts davon erfährt, sie haben sie einfach umgebracht.“

Die Besitzerin eines zerstörten Hauses berichtet: „Sie haben mir gesagt, daß sie mich umbringen werden. Zehnmal haben sie mich nach unten gebracht, und jedesmal haben sie mir gesagt, daß sie mich umbringen werden. Sie haben mich dabei hingeschmissen und sich auf mich gestellt. Mein Mann und mein Bruder sind vor meinen Augen ermordet worden. Sie haben mir nichts gelassen, alles ist durcheinandergeworfen und zerstört. Mein Weizengries, meine gesamten Nahrungsmittel haben sie auf den Boden gekippt, unsere Betten wurden verbrannt, vom Haus wurde alles verbrannt ...“ (Die Frau kann nicht mehr weitersprechen).

Eine andere Frau: „Unsere Kinder haben sie vor unseren Augen erschossen, wenn sie gerade erwischte haben. Wir konnten nichts dagegen tun. Wir sind im Tierstall eingeschlossen worden. Unsere gesamten Sachen sind uns weggenommen worden.“

Wir fragen: „Kommen die Soldaten jetzt immer noch?“

„Die Soldaten kommen und durchsuchen unsere Häuser. Sie sagen, sie hätten den Befehl dazu, es läge eine Anzeige gegen den Besitzer vor. Aber sie plündern uns aus, sie nehmen uns die Uhren vom Handgelenk. Was ihnen gefällt, nehmen sie einfach mit.“

„Die Flugzeuge fliegen jeden Tag so tief über uns, daß unseren Kindern das Trommelfell geplatzt ist, sie können nicht mehr hören. Unsere Kinder können abends vor lauter Angst nicht mehr



Die Agas sind verschwunden. Fotos: — (loa)

„Das Volk ist die PKK“ — Delegation besucht Kurdistan

Eine 24köpfige Delegation von Gewerkschaftern, Ärzten, Rechtsanwälten und einem Pastor, überwiegend aus Hamburg, besuchte vom 23. bis 29. Mai Istanbul und die kurdische Stadt Batman. Eingeladen hatten die türkische Erdöl-, Chemie- und Kunststoffarbeitergewerkschaft Petrol Is, Sektion Batman sowie der Menschenrechtsverein Diyarbakir. Die Teilnehmer aus IG Metall, IG Medien, GEW, GdED und HBV waren von ihren jeweiligen Landes- bzw. Ortsvorständen als Beobachter/Berichtersteller zu dieser Reise delegiert worden. Die Erfolge im Befreiungskampf in Nordwestkurdistan (Türkisch-Kudistan) haben dazu geführt, daß die türkische Regierung im Westen der Türkei kurdische Institutionen teilweise legalisieren mußte. In Istanbul konnte die Delegation einige solcher kurdischen Einrichtungen besuchen, die seit einiger Zeit — beschränkt — zugelassen sind: Die Wochenzeitung *Yeni Ülke*, die vorwiegend aus Kurdistan berichtet (ca. 50 von bisher 80 Ausgaben wurden verboten), das Mesopotamische Kulturzentrum, das gerade gegründete Kurdische Insti-

tut, das die kurdische Sprache, Geschichte und Kultur erforschen soll. Der kurdische Frauenverein, mit deren Vorsitzender die Delegation sprechen konnte, war gerade wieder verboten worden. Viel haben die Teilnehmer der Reise in den wenigen Tagen in Kurdistan erlebt, gesehen, gehört: in bombardierten Dörfern mit Angehörigen gesprochen, deren Männer und Kinder umgebracht wurden, den täglichen Terror durch die Militärs erlebt, mit Opfern der Folter gesprochen, in den Städte Cizre und Sirnak, in denen bei den diesjährigen Newroz-Feiern über 110 Menschen umgebracht worden waren, die zerschossenen Häuser gesehen und erlebt, wie immer noch Panzer durch Städte und Dörfer kurven. In den Dörfern findet kein Schulunterricht statt, es gibt keine medizinische Versorgung. Es wurde aber auch die breite Unterstützung der Bevölkerung für die PKK erlebt. Sie hätten den Krieg nicht gewollt, heißt es immer wieder, aber die Herrschaft des Militärs in Kurdistan läßt keinen anderen Weg als den bewaffneten Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung. — (gea, hel, res)

einschlafen. Seht euch das Dorf an. Wenn man es ansieht, bekommt man Haß. Die Menschen verlassen die Dörfer wegen der Soldaten. Früher lebten hier in diesem Dorf 800 Menschen, jetzt sind nicht einmal 400 hiergeblieben. Sie laufen nicht vor unserer Partei, der PKK, weg. Sie laufen vor der Brutalität unserer Feinde weg. Sie laufen vor der Brutalität der türkischen Republik weg. Täglich bringen sie 20 Lastwagen mit Soldaten vor das Dorf, damit wir Angst haben. Sie wollen, daß wir alle weggehen. Aber das werden sie nicht erreichen. Unser Land ist nicht ohne Besitzer. Dieses Land hat einen Besitzer.“

Fährt man durch die fruchtbaren Gebiete Kurdistans, z.B. entlang des Tigris, ziehen sich die Felder kilometer-

weit. Sie gehören Großgrundbesitzern, den Agas. Der Feudalismus besteht noch vielfach fort. Die Landarbeiter sind kurdische Bauern. In der Umgebung des Dorfes, das wir besuchen, fallen uns die vielen kleinen Felder auf. Auf die Frage, ob das Land dem Aga gehört, sagt ein älterer Bauer: „Früher gehörtem dem Aga 35 Dörfer. Dann kam die PKK, und heute ist das alles unser Land.“

Von anderen wird berichtet: „In der Presse und im Radio, besonders im BBC-Radio wird behauptet, daß in der Türkei und in Kurdistan Menschenrechte existieren, aber das ist nicht wahr. Diejenigen, die das hören, sollen selbst in unser Land kommen, um zu sehen, daß keine Menschenrechte existieren. Wir wollen in der Weltöffentlichkeit dis-

kutieren. Wir wollen durch das Referendum unser Recht haben, und wir wollen nicht belogen werden.“

Eine Frau: „Zuerst wollten sie meinen Mann töten. Ich habe ihnen gesagt, er sei nach Diyarbakir gegangen, um Käse zu verkaufen. Da haben sie gesagt, daß sie statt seiner unseren Sohn umbringen werden. Wir haben bis jetzt unser Leben selbst organisiert, die Regierung hat uns keinerlei Hilfe geleistet. Unsere Leute gehen zur Guerilla, um mit den Guerillas zusammen gegen die Regierung der türkischen Republik zu kämpfen. Aber wenn sie gefangen werden, werden sie ermordet. Auch wenn sie sich auf den Boden werfen, schießen die Soldaten noch. Sie trauen uns nicht, und wir trauern nicht um unsere Toten. Es ist Krieg,

und es sind unsere Guerilla, die kämpfen und im Krieg sind. Es ärgert uns, wenn unsere zivilen Menschen festgenommen und ermordet werden. Da leiden wir. Wir reden nicht mit den Soldaten. Das türkische Militär sind Soldaten, und unsere sind auch Soldaten. Sie stehen gegeneinander, und wenn sie getötet werden, trauern wir nicht. Es ist Krieg.“ Alle klatschen.

Ein Mann, der zuvor berichtet hat, daß die Soldaten seinem fünfjährigen Sohn die Beine zerschossen haben, weshalb er seit Monaten im Krankenhaus liegt: „Seht mal, die Leute lachen. Erst heute lachen sie, weil ihr da seid. Sie freuen sich, daß sie euch unter uns sehen. Sonst lachen sie nie, wegen der Angst und der Trauer und dem Haß. Wir haben uns alle gefreut, als wir gehört haben, daß Deutsche kommen, daß sie wegen unserer Rechte gekommen sind.“

Die PKK ist das Volk und das Volk ist die PKK. Wir sind auch PKK, das heißt, wir sind Kurden und die PKK ist die Partei der Kurden, die Arbeiterpartei Kurdistans. Wir werden unseren Kampf weiterführen, für unsere Erde, für unser Land, wo alle Menschen ihr freies Land haben. Wir kämpfen, um unser Land zu befreien. Die PKKler sind unsere Soldaten, wir sind keine Terroristen. Sie sagen, daß sie sich mit der PKK nicht an einen Tisch setzen. Aber sie sollen wissen, daß die PKK das Volk ist, daß Abdullah Öcalan der einzige ist, der das kurdische Volk vertreten kann. Sie sollen sich mit ihm an einen Tisch setzen und versuchen, eine Lösung zu finden. Sonst wird es keine Lösung geben. Es gibt keine Rettung mit ein paar Abgeordneten, die im Parlament sagen, sie sind Kurden. Das ist für uns keine Lösung. Es reicht uns. Diejenigen, die heute ihre Väter verlieren, werden morgen Guerilla sein. Sie werden nicht schweigen. Ich bedanke mich sehr, bei euch allen, daß ihr gekommen seid.“

Die Leute rufen Parolen. Eine Frau: „Wir wollen Freiheit für die Kurden!“ Alle klatschen.

Im Nachbardorf kommen wir als erstes an ein Massengrab. Zehn Guerillas und über dreißig Dorfbewohner waren am 15. April getötet und hier hineingeworfen worden (beide Dörfer sind am selben Tag überfallen worden.) Das Grab hatten andere Dorfbewohner ausheben müssen. Der Anlaß für das Massaker war die Entdeckung einer Guerillaeinheit, die sich längere Zeit in einem Kellergewölbe unter dem Dorfplatz aufgehalten hatte. Bei dem Hubschrauberangriff wurden siebzehn Dorfbewohner sofort getötet. Das Gewölbe wurde drei Tage lang mit Dynamit gesprengt, wobei die Soldaten auch Zivilpersonen mit in die Sprenglöcher warfen und töteten. Auch hier berichten die Dorfbewohner, daß viele zur Guerilla gehen, daß sie sich alle zur PKK zählen, daß der Terror allein von der türkischen Armee ausgeht.

Nach dem Besuch dieser Dörfer, und nach Versammlungen, wie wir sie z.B. in Batman erlebt haben, gewinnen wir den Eindruck, daß das kurdische Volk — so groß das Leiden dieses Volkes auch ist — nicht seiner Würde beraubt werden kann. Die enge Verbundenheit mit dem Befreiungskampf und der PKK gibt ihm die Kraft zum Überleben und Weiterkämpfen.

Batman ist eine Industriestadt mit ca. 160 000 Einwohnern, 100 km östlich von Diyarbakir. Der größte Betrieb ist die staatliche Erdölraffinerie, in der 5000 Beschäftigte arbeiten — die meisten Arbeiter sind in Petrol Is organisiert. Der Petrol-Is-Vorsitzende, Münir Ceylan, kam am 26. 5. von Istanbul nach Batman, um den Hamburger Gewerkschaftern die Arbeit und Politik der türkischen Chemie-, Erdöl- und Kunststoffarbeitergewerkschaft zu erläutern.

Petrol Is hat etwa 70 000 Mitglieder. Sie wurde, wie die meisten türkischen Gewerkschaften, Anfang der 50er Jahre aufgebaut, zunächst im wesentlichen in den europäischen Konzernen. Petrol Is ist Mitglied von Türk Is, dem türkischen Gewerkschaftsdachverband mit 32 Einzelgewerkschaften. Mit dem Militärputsch vom 12. 9. 1980 wurden viele Gewerkschaften verboten, darunter auch Petrol Is. Aus allen Betrieben wurden die fortschrittlichen, klassenbewußten Arbeiter und militanten Gewerkschaftsfunktionäre rausgeworfen, was auch nach der Wiederzulassung von Petrol Is die Arbeit in den Betrieben unglaublich erschwert hat.

Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit standen und stehen die Lohnforderungen. Seit 1963 gab es Lohnverhandlungen. Mit Hilfe der Regierung wurde versucht, gelbe Gewerkschaften aufzubauen. Die Industrie war damals nicht weit entwickelt, es gab keine klassenbewußte Arbeiterklasse, da die meisten Arbeiter vom Land kamen.

Chemiearbeitergewerkschaft unterstützt Kurden

In den letzten 30 Jahren sind die Ansichten gewachsen, aber die Löhne sind immer noch erstrangig. Nach Ansicht von Münir Ceylan müßten demokratische und politische Forderungen genauso wichtig sein.

Die Ölraffinerien und weitere Betriebe im Organisationsbereich sind staatlich. Mit dem Vorwand der wirtschaftlichen Bedeutung haben die Gewerkschaftsmitglieder in diesen Betrieben — und das ist die Hälfte aller Petrol-Is-Mitglieder — kein Streikrecht. Auch die andere Hälfte besitzt nur ein sehr eingeschränktes Streikrecht. Das Ziel der Regierung ist, auf diese Weise die Löhne zu drücken. Petrol Is hat aber „über 100 Taktiken“ entwickelt, um trotzdem Forderungen durchzusetzen, zum Beispiel: alle gleichzeitig zum Arzt gehen oder barfuß zur Arbeit kommen.

Sicherheitsbestimmungen in den Betrieben gibt es so gut wie keine. Die Arbeiter und Angestellten können jederzeit entlassen werden. 300 000 Arbeiter sind in den letzten zwei Jahren in der Türkei entlassen worden, schätzt M. Ceylan. Die wichtigsten Entlassungsgründe sind erstens politisches Engagement, zweitens das Alter der Arbeiter,

denn jüngere kosten nur etwa ein Fünftel, und drittens Gewerkschaftsmitgliedschaft und -engagement.

Petrol Is versteht sich als Klassenorganisation: „Unsere Verantwortung ist nicht nur auf Ökonomie bezogen, wir wollen Ökonomie und Politik zusammen.“ Seit 1984/85 ist der nationale Befreiungskampf Tag für Tag stärker geworden, ebenfalls die staatliche Unterdrückung. „Wir tragen auch Verantwortung für Demokratie, Menschenrechte und Unterdrückung. Wir haben das mit unseren Forderungen gemacht.“ (M. Ceylan) Damit steht Petrol Is konträr zu Türk Is und den meisten türkischen Gewerkschaften. Innen wirft Münir Ceylan vor, daß sie den politischen Bereich den staatstragenden Parteien überlassen und keine Klassenkampfansichten haben. Türk Is suche lieber den Kompromiß mit den Arbeitgebern und der Regierung. Mehr noch: Während die türkische Regierung inzwischen zugeben muß, daß es ein „kurdisches Problem“ gibt, findet dies in Verlautbarungen der Türk Is bisher mit keinem Satz Erwähnung. Petrol Is versucht immer wieder, diese Forderungen einzubringen — bisher ohne Erfolg.

Innerhalb von Petrol Is charakterisiert M. Ceylan die Lage folgendermaßen: Von den ca. 70 000 Gewerkschaftsmitgliedern sind etwa 15 000 Kurden, davon 5 000 in den drei Gewerkschaftsbezirken in Kurdistan (davon wiederum der größte Teil in Batman). Ihr Ziel ist es, zwischen den türkischen und kurdischen Arbeitern Brüderschaft herzustellen. Anfangs war es sehr schwierig. In den letzten zwei Jahren hat es viele Gewerkschaftsdebatten gegeben, und heute, so die Einschätzung, unterstützen wohl 80 Prozent die Politik des Vorstands. Gleichzeitig weist Münir Ceylan auf die Gefahr hin, daß seit etwa einem Jahr die Regierung Politik gegen Petrol Is macht. Sie versucht, die gemeinsame Arbeit von Türken und Kurden zu spalten.

Wichtig ist in dieser Situation jegliche Unterstützung, die Petrol Is in ihrer Position von europäischen Gewerkschaften, aber auch aus einzelnen Betrieben bekommt. Am 29. 5. 92, dem Tag der Abreise der Delegation aus Istanbul, stand in der Tageszeitung *Milliyet* auf der ersten Seite ein groß aufgemachter Artikel zu einem Antrag an die UNO mit der Forderung, die PKK als Interessenvertretung des kurdischen Volkes anzuerkennen. Unterzeichnet worden sei dieser Antrag von 290 Personen, darunter dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär von Petrol Is. Gegen die Unterzeichner sollen Strafverfahren eingeleitet worden sein, je nach Anklage kann dies zwischen zwei und zehn Jahren Haft bedeuten.

USA: Starker Mann gesucht

Die Vorwahlen zur Auswahl der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im November sind gelaufen. Auf Seiten der Republikanischen Partei hat Präsident Bush genug Delegierte für die Nominierung gewonnen. Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas, hat ebenfalls genug Delegierte für die Nominierung durch den Parteikongress der Demokratischen Partei. Der Mann jedoch, dem die Medien alle Aufmerksamkeit als möglichen Präsidenten widmen, Ross Perot, hat noch nicht einmal offiziell seine Kandidatur erklärt.

Ross Perot ist ein Multimilliardär. Der Grundstock seines durch Investitionsgeschäfte vermehrfachten Vermögens war der Verkauf der von ihm gegründeten Firma Electronic Data Services (EDS). EDS war durch lukrative Aufträge von Regierungsbehörden fett geworden. Zur Einschätzung dieses Mannes sei bemerkt, daß zu seiner Zeit bei EDS ein militärisches Regiment herrschte: Stellenbewerber mußten einen Verhaltenskodex — in der Firma und außerhalb — und einen Kleidungskodex unterzeichnen.

Ross Perot gilt als ein Mann der Tat, jemand, der erreicht, was er sich vorgenommen hat. Er hat sich diesen Ruf durch Rettungsaktionen von Firmenan-

gehörigen erworben, die nach dem Sturz des Schah in Iran festsaßen. Das hat ihm begeisterte Anhängerschaft unter Leuten gebracht, die es satt haben, daß weder Präsident Bush noch der Kongreß irgendwelche ernsthaften Anstrengungen machen, die brennenden Probleme, wie etwa das riesige Haushaltsdefizit, zu lösen. Meinungsumfragen bei den Vorwahlen ergaben, daß ein großer Teil weder Bush noch Clinton wollten. Zur Zeit würden 39 % Perot wählen, 32 % Bush und 28 % Clinton. Das Merkwürdige ist, daß Perot als Problemlöser angesehen wird, obwohl er bisher die Probleme der USA nur allgemein beschrieben hat, aber keinen einzigen konkreten Lösungsvorschlag vorgelegt hat.

Perots Anhängerschaft ist hauptsächlich männlich und weiß. Er hat wesentlich weniger Rückhalt bei Frauen und sehr geringe Unterstützung bei den Minderheiten. Es ist zu befürchten, daß ein Präsident Perot ziemlich diktatorisch vorgehen wird und daß die Bill of Rights, in der die Grundrechte der US-Bürger niedergelegt sind, noch weniger Rückhalt bei Perot finden wird als beim gegenwärtigen Obersten Gericht. Die Bewunderung des weißen Mannes für den starken Mannes ist eine beunruhigende Entwicklung. — (ger)

CSFR jetzt vor der Spaltung?

Zwar haben die extremen Nationalisten, die für eine sofortige und vollständige Lostrennung der Slowakei eintreten mit 9,4 Prozent der Stimmen in der Slowakei bei den Parlamentswahlen eher schwach abgeschnitten, dennoch scheint eine Spaltung der CSFR nicht mehr ausgeschlossen. In der wirtschaftlich schwächeren Slowakei haben linke Parteien zusammen die absolute Mehrheit der Sitze im Landesparlament, nämlich die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) 33,9 Prozent und die Partei der demokratischen Linken (SDL, ehem. Kommunisten) 14,4 Prozent. Im tschechischen Landesteil dagegen verfügt ein bürgerlicher Block mit der demokratischen Bürgerpartei (ODS) als stärkste Kraft über eine absolute Mehrheit.

Bei den bisherigen Verhandlungen zwischen den jeweils stärksten Parteien der verschiedenen Landesteile über die Bildung einer Föderalregierung und die künftige Staatsverfassung zeichnet sich bislang keine Einigung ab. Während Meciar von der HZDS für die Reduzierung der CSFR auf eine Währungs- und Verteidigungsunion eintritt, fordert Klaus von der ODS — übrigens kräftig unterstützt von verschiedenen EG-Poli-

tikern vor allem aus Frankreich und Großbritannien — eine Fortsetzung der bisherigen Föderation. Was ist der Hintergrund des Streits?

Die Arbeitslosenrate in der Slowakischen Republik betrug Ende April 11,8 %, in der Tschechischen Republik dagegen nur 3,2 %. Die brutal marktwirtschaftliche Politik der alten Regierung hat eine Reihe von Industriezweigen, die in der Slowakei konzentriert sind, in die Krise getrieben. Aufgrund der geographischen Lage, dem Vorkommen von Rohstoffen und der Industriepolitik der sozialistischen CSSR sind in der Slowakei mehr Betriebe der Grundstoffproduktion, mehr übergroße Kombinate, mehr Betriebe mit jetzt zusammengebrochenen Ostmärkten und mehr Rüstungsbetriebe konzentriert als in der westlicher gelegenen Tschechien. Auch der Verkauf von Betrieben an Westfirmen und deren Fortführung findet eher in den westlichen Landesteilen statt. So ist verständlich, daß Parteien, die staatliche Wirtschaftsprogramme fordern, in der Slowakei eine Mehrheit finden. Es besteht die große Gefahr, daß aus dem Problem der ungleich entwickelten Wirtschaftsregionen ein nationalistisches Problem gemacht wird. — (alk)

Unternehmen brechen Scala mobile

In Italien haben die privaten Unternehmen und auch öffentliche bei der Maiabrechnung die fällige Teuerungsangleichszahlung nach der Scala mobile nicht mehr ausgezahlt. Sie erklären sich im Recht, nachdem sich die Gewerkschaften im letzten Jahr mit der Aufnahme von Maxiverhandlungen über die Lohn- und Tarifgestaltung ab Juni 1992 einverstanden erklärt hatten. Die Gewerkschaften bestreiten das und weisen darauf hin, daß mit der Verweigerung der Zahlung das ganze Lohntarifsystem durchbrochen ist, weil alle — zumeist mehrjährigen — Tarifverträge auf der Existenz der Scala mobile aufbauen, also regelmäßige Ausgleichszahlungen für einen Teil der Teuerung voraussetzen. Die Bedeutung der *contingenza*, der Ausgleichszahlung nach der Scala mobile, ist traditionell in den schlechtestbezahlten Bereichen am höchsten.

Die Unternehmerverbände treiben ihre Vorhaben nun weiter voran. Schon beim ersten Treffen der Maxiverhandlungen Anfang Juni haben sie einen Plan für ein neues Lohn- und Tarifsystem vorgelegt. Der Unternehmerverband will weg vom bisherigen, sogenannten

gegliederten Tarifsystern mit einem starken Gewicht auf betrieblichen Tarifverhandlungen und andererseits dem betriebsübergreifenden automatisierten teilweisen Teuerungsangleich. Confindustria will die Tarifverhandlungen und -vereinbarungen stattdessen zwischen den Verbandsspitzen zentralisieren. Begründet wird das mit der nötigen Senkung von Arbeitskosten zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die — politisch gespaltenen — Richtungsgewerkschaften haben in den ersten Stellungnahmen unterschiedlich reagiert. Eine im wesentlichen kritische Antwort kam vom größten Verband CGIL. Dessen Vorsitzender Trentin kritisierte den Bruch der tariflichen Vereinbarungen und forderte eine Regelung zur Sicherung der Kaufkraft 1992/93. Als unannehmbar bezeichnete er das Tarifkonzept von Confindustria und die völlige Abschaffung der Scala mobile. Andere Punkte seien zu „vertiefen“. Am 19. 6. soll ein Seminar der Gewerkschaftsdachverbände stattfinden, um eine einheitliche Position der Gewerkschaften für die Verhandlungen zu suchen. L'Unità 6. 6. 92 — (rok/AGM)

Internationale Umschau



Das obige Bilddokument zeigt die Methoden, mit denen die US-Nationalgarde die „Ruhe“ in Los Angeles nach den Protesten der Schwarzen wiederherstellte: Massenverhaftungen, massivste Einschüchterung und Gewalt gegen die Schwarzen. Das Bild ist der neuesten Ausgabe der Zeitschrift *Revolutionary Worker*, einer revolutionären Zeitschrift aus den USA, entnommen. Nach der Übersicht dieser Zeitschrift sollen Polizei und Nationalgarde in Los Angeles insgesamt 17000 „vorübergehende Verhaftungen“ vorgenommen haben, um die „Ruhe wiederherzustellen“. — (rül)

Libyen lehnt weiterhin Auslieferung ab

In Libyen gewinnen anscheinend zunehmend Kräfte an Gewicht, die Kritik an der bisherigen Politik Libyens, Herstellung der arabischen Einheit gegen den Imperialismus, äußern und sich für eine Annäherung an den Westen aussprechen. So werden Zeitungen zitiert, Libyen benötige „gute westliche Technologie“, keine unnütze arabische Technologie“. Es wird auch Enttäuschung geäußert über mangelnde Unterstützung gegen die seit Mitte April verhängten Uno-Sanktionen. Dennoch weigerte sich der Volkskongreß, einer Auslieferung der von USA und Großbritannien des Flugzeugattentats Beschuldigten zuzustimmen. Das Gesetz verbiete eine Auslieferung libyscher Staatsbürger. Der Kongreß-Vorsitzende bestritt jede libysche Beteiligung an dem Bombenanschlag über Lockerbie. — (alk)

Einsatzverbot für Armee Japans im Ausland entfällt

Gegen den Widerstand und zahlreiche Protestaktionen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften hat nach dem japanischen Oberhaus nun auch das Unterhaus den Einsatz von japanischen Soldaten im Rahmen von Uno-Einsätzen gebilligt. Ein Einsatz japanischer Soldaten im Ausland war bisher nicht zulässig; nach dem Zweiten Weltkrieg sollte ein Wiedererstehen des mit dem Hitler-Faschismus verbündeten japanischen Militarismus verhindert werden. Ein erster Einsatz soll nun in Kampuchea stattfinden. Das Außenministerium Südkoreas äußerte seine Besorgnis gegen Uno-Einsätze von japanischen Soldaten mit Bezug auf die leidvollen Erfahrungen. — (alk)

USA machen Druck auf die Regierung Nicaraguas

Die US-Regierung will die jährlichen Unterstützungszahlungen von 150 Millionen Dollar an Nicaragua aussetzen. Begründung: Der Einfluß der ehemals regierenden Sandinisten auf die Gesellschaft Nicaraguas sei zu groß. Die USA stützen sich auf eine Gruppe rechter Parlamentarier der nicaraguanischen Nationalversammlung, die gegen die „Politik der Versöhnung“ der Präsidentin Chamorra polemisieren. So verbreitete der Parlamentspräsident César bei mehreren Besuchen in den USA, in der Zentralbank und im Ministerium für ausländische Zusammenarbeit würden Sandinisten dafür sorgen, daß die Zahlungen aus den USA vorzugsweise an sandinistische Unternehmen fließen. Die zahlreichen Landbesetzungen, die von den sandinistisch geführten Armee- und Polizeikräften toleriert werden, dienen, so der Vorwurf der Rechten, vor allem der Bereicherung von Sandinisten. Schließlich führe der fehlende Schutz von Privateigentum dazu, daß ausländische Investitionen fast gänzlich ausbleiben. Angesichts der Abhängigkeit Nicaraguas von Zahlungen aus den USA wird erwartet, daß die Regierung Chamorra den Druckversuchen nachgeben wird. NZZ, 7./8. 6. — (alk)

Terror gegen Opposition im Iran

Am 10. Juni wurden vier Männer als Rädelsführer von Unruhen in Mesched durch den Strang hingerichtet; eine weitere nicht genannte Anzahl wurde in den letzten Monaten wegen konterrevolutionärer Umtriebe, worauf für gewöhnlich die Todesstrafe steht, laut Justizministerium verurteilt. Ende Mai hatten in Mesched Tausende von Menschen gegen den Abriss illegal errichteter Häuser in den Armenvierteln protestiert, 300 Personen wurden verhaftet. Auch in den Städten Arak und Schiras war es Ende Mai zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften und der Bevölkerung gekommen. Es sollen die schwersten Unruhen seit dem Sturz des Schah-Regimes sein. — (alk)

Forschung an Menschen ohne Einwilligung

In Polen hat die Ärztekammer im Dezember 1991 mit knapper Mehrheit neue Richtlinien für medizinische Ethik angenommen, die am 3. Mai 1992 in Kraft getreten sind: Pränataldiagnostik zur Feststellung genetischer Defekte soll verboten werden; medizinische Forschung an geistig Behinderten, Kindern und Gefangenen wird jedoch auch ohne deren Einwilligung erlaubt. Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, können nach dieser neuen Regelung aus der Ärztekammer ausgeschlossen werden, obwohl Abtreibungen bislang nicht verboten sind. Ein Anti-Abtreibungsgesetz ist in Polen zwar schon seit längerem in der Diskussion, bislang aber noch nicht verabschiedet. Die polnische Beauftragte für Menschenrechte, Eeva Letowska, hat deshalb Verfassungsklage gegen den Entwurf eingereicht — bislang allerdings erfolglos. Auch in Bezug auf die Forschung an Behinderten, Kindern und Inhaftierten verstößt die Vorschriften der Ärztekammer gegen polnisches Gesetz, das informiertes Einverständnis der Personen vorschreibt. Die neuen Richtlinien sind wesentlich von der katholischen Kirche mitbeeinflusst worden; dennoch gehören auch zu den Gegnern der Reform viele Katholiken, die fürchten, daß eine Illegalisierung der Abtreibung Frauen zu „Untergrundpraktiken“ zwingt. GID 5/92 nach *New Scientist*, 7. 3. — (iro)

Rote Khmer lassen sich nicht entwaffnen

Der aus Japan stammende Chef der UNO-Friedensmission in Kampuchea — Japan gehörte zu den Ländern, die im Indochina-Krieg die USA unterstützten — beschuldigt die Roten Khmer, den Friedensprozeß zu gefährden, weil sie sich weigerten, bis zum 13. 6. 70 % ihrer Milizen zu entwaffnen. Die Roten Khmer haben für ihre Weigerung einen guten Grund: Sie verlangen Beweise, daß die vietnamesischen Truppen, die seit 1979 das Land besetzt halten, die damalige Regierung Pol Pot gestürzt haben und so den Guerillakrieg notwendig machten, tatsächlich das Land verlassen haben. Solange die UNO-Mission dafür keinen Beweis beibringe und die Grenze zu Vietnam nicht sichere, wollen sich die Roten Khmer weder entwaffnen noch eine Stationierung von UNO-Soldaten in den von ihnen kontrollierten Gebieten zulassen. — (alk)



Mit landesweiten Streiks der Krankenhausärzte (am 15. Juni) und der übrigen Beschäftigten im Gesundheitsbereich (am 16. Juni) protestieren in Belgien die Beschäftigten der Krankenhäuser gegen die Kostendämpfungspolitik der Regierung und für einen einheitlichen Tarifvertrag. Damit verbunden fordern sie eine besondere Anhebung der Löhne für die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32 Stunden und die Einstellung von mehr Personal, um die Arbeitsbelastung zu senken. — (rül, Bild: Solidair)

Nazis auf einer Antifa-Veranstaltung

München. Die Nazis vom AVÖ-Laden werden immer frecher. Bei einer Veranstaltung des Antifa-Referats der Uni München traten nach einer Filmvorführung vier junge Männer auf, die sich als Vertreter des „Deutschen Jugendbildungswerkes“ und als „Nationalsozialisten“ vorstellten. Zuvor war der Film „Wahrheit macht frei“ gezeigt worden, der sich mit den Aktivitäten eben dieser Strömung und ihren internationalen Verbindungen beschäftigt. Die Nazis forderten die Anwesenden auf, „die Vergangenheit ruhen zu lassen“ und doch mit ihnen „über die Gegenwart“ zu diskutieren. Wir forderten die Typen sofort auf, den Saal zu verlassen, was jedoch einem Teil der Leute im Saal nicht einleuchtete, die, offenbar neugierig, Illusionen hatten, daß man mit Nazis vernünftig diskutieren könne. Daraufhin wurde zunächst etwa 10 Minuten darüber diskutiert und dann darüber abgestimmt, ob die Nazis den Saal verlassen sollten. Die Abstimmung ging etwa 60:40 dafür aus, die Nazis rauszuschmeißen, woraufhin diese dann auch mit den Worten „Wir beugen uns der demokratischen Entscheidung“ gingen.

In der Folge wurde zum Teil sehr heftig darüber gestritten, ob diese Vorgehensweise richtig war. Vor allem Schüler/innen und junge StudentInnen

brachten immer wieder vor, daß man sich doch mit den Nazis „nicht auf eine Stufe stellen“ dürfe, indem man sie ausgrenzt. Man müsse doch auch versuchen, diese Leute mit Argumenten zu überzeugen.

Im Gegensatz dazu halten wir es für ausgeschlossen, mit organisierten Nazis zu diskutieren. Wenn die Abstimmung anders ausgefallen wäre, hätten wir die Veranstaltung beenden müssen.

Hier ein paar Gründe für unsere kompromißlose Haltung in dieser Frage:

— Wer mit Nazis diskutiert, macht sie hoffähig.

— Diskussionen mit Nazis sind eine Verhöhnung ihrer Opfer.

— Es geht den Nazis im Moment gerade darum, durch ihre Revisionismus-Kampagne ihre Behauptung, in Auschwitz habe es keine Gaskammern gegeben, in die Diskussion zu bringen.

Auch wenn wir es traurig finden, daß viele junge Leute falsche Toleranz zeigen, fanden wir trotzdem die Diskussion an dieser konkreten Frage nützlich und notwendig. In diesem Sinne war die Veranstaltung trotz der Verwirrung, die die Nazis in unsere Reihen getragen haben, ein Erfolg. Jetzt kommt es darauf an, in einer gemeinsamen Kampagne aller antifaschistischen Gruppe in München den AVÖ-Laden dicht zu machen. — (anw)

OB gegen Asylrecht, für Demonstrationsverbot

Mannheim. Zu Anfang des Jahres waren im Mannheimer Stadtteil Schönau über 200 Asylbewerber in eine leerstehende Kaserne einquartiert worden. Die Schönau hat über 14.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote beträgt ca. 22 %, unter Jugendlichen ist sie noch höher. Der Anteil der Sozialhilfempfänger ist mit am höchsten im ganzen Stadtgebiet (Schönau 10 %, Stadtgebiet 4 %).

Mannheims OB hatte sich inzwischen in die vorderste Front der SPD-Bürgermeister eingereiht, die zusammen mit der CDU für eine Änderung des Grundgesetzes und Beschleunigung des Asylverfahrens eintreten. Am 5.3.92 veröffentlichte die *Bildzeitung* z.B. einen Artikel unter der Überschrift „Asyl, Aufstand der Bürgermeister“, um dann in einem Extrakasten mit Bild von Widder zu schreiben: „Für Grundgesetzänderung: Mannheims OB Gerhard Widder, SPD (50). Er ist voll auf Kronawitter-Kurs.“ und dann wahrheitswidrig: „Die 1800 Asylanten in Mannheim sind in Hotels und Mehrfamilienhäusern untergebracht.“ Die SPD Baden-Württemberg trat in den Landtagswahlen u. a. mit dem Wahltext auf: „Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungssituation nicht fertig werden.“

Am 26. Mai und zwei Tage später am „Himmelfahrts-/Vatertag“ kam es zu Ausschreitungen in der Schönau gegen die Bewohner des Sammellagers. Aus einem Fest heraus machten sich Angehörige der Gendarmeriekaserne auf. Die Polizei mußte das Sammelager schützen. Seitdem ist die Kaserne unter ständigem Polizeischutz und von der Außenwelt abgeriegelt. Mehrfach kam es zu Ansammlungen gegen die Asylbewerber vor der Kaserne, faschistische Parolen wurden gerufen, mehrmals wurde versucht, die Unterkunft zu stürmen. Dagegen wurden antifaschistische Protestaktionen durchgeführt.

Während die Vorsitzenden der Vereine in der Schönau immerhin die Ausschreitungen öffentlich verurteilten, während Vereine, Kirchen und eine Bürgerinitiative seitdem versuchen, Verständnis zwischen Asylbewerbern und den Anwohnern zu wecken und die Gewalttäter zu isolieren, findet sich in den Erklärungen des OB kein einziges Wort einer eindeutigen Verurteilung der gewalttätigen Angriffe gegen die Asylbewerber. Stattdessen lenkt er die Kritik gegen die antifaschistische Bewegung und insbesondere gegen „auswärtige Störer“. Diese Polarisierungspolitik setzte Widder an den beiden letzten Wochenenden mit allgemeinen Demonstrationsverboten und Polizeieinsatz fort.

Für den Pfingstsonntag hatten verschiedene Gruppierungen von außerhalb Mannheims zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen, wozu sie niemand beauftragt hatte. Widder verhängte ein Demonstrationsverbot für die Schönau, ließ dann das Ordnungsamt Verhandlungen mit den Veranstaltern über eine Demonstration in der Innenstadt führen, verhängte am Samstag Nachmittag ein Demonstrationsverbot für die Innenstadt und ließ anschließend eine Versammlung von ca. 200 Leuten brutal zusammenschlagen. Das Jugendzentrum wurde gestürmt. Über 140 Festnahmen wurden vorgenommen.

Nach Pfingsten fand eine öffentliche Beratung über das weitere Vorgehen statt. Aus den Reihen des „Runden Tisches“ (BWK, DKP, PDS und Einzelpersonen) wurde der Vorschlag vertreten, eine Demonstration für Samstag den 13.6. in der Innenstadt unter Forderungen gegen Bundes-, Landesregierung und OB Widder anzumelden. Dieser Vorschlag fand keine ausreichende Unterstützung. Stattdessen sollte — u. a. mit Unterstützung der Grünen — eine Demonstration um 18 Uhr für die Schönau angemeldet werden. Diese wurde verboten. Es lägen Erkenntnisse aus anderen Städten über anreisende „Gewalttäter“ vor.

Am 13.6. belagerten dann rd. 1200 Polizisten aus ganz Baden-Württemberg die Stadt. Über 230 meist von auswärts Anreisende wurden festgenommen und vorübergehend inhaftiert. In Frankfurt und Karlsruhe wurden mehrere hundert Personen an der Weiterfahrt nach Mannheim gehindert. Am Abend kam es dann in der Innenstadt zu einer spontanen Demonstration, die von zunächst 200 auf ca. 2.000 Beteiligte anwuchs. OB Widder rühmte seine Taktik am 15.6. im Fernsehen; in Mannheim könne friedlich demonstriert werden, wenn nur die auswärtigen Störer unter Kontrolle seien.

Ob „auswärtig“ oder nicht, in der Linken geht es jetzt um die Diskussion über die politischen Ziele des weiteren Vorgehens. Die allgemeine „Antirassismus“-Orientierung führt zur Ideologisierung sozialer und politischer Widersprüche, zur Zersplitterung und zur politischen Handlungsunfähigkeit. Der Runde Tisch hat am 6.6. eine Erklärung veröffentlicht (abgedruckt in *Antifaschistische Nachrichten*), die Eckpunkte einer Bündnispolitik gegen Asylpolitik und Sammelager und gegen die soziale und politische Polarisierungspolitik Widders benennt. Auf dieser Grundlage können praktische Vorschläge und konkrete Forderungen an die Stadt gemeinsam entwickelt und vertreten werden. — (che)

VW: Keine „Politik gegen das Auto“

Lüneburg. Die IHK Lüneburg-Wolfsburg beging ihr 125-jähriges Jubiläum. Der Empfang fand bezeichnenderweise im VW-Werk Wolfsburg statt. Im Zentrum der Festreden von Kammerpräsident Loges und VW-Vorstandsvorsitzendem Hahn stand eine Frontstellung gegen die Landesregierung. Die Redner mahnten eine Verkehrspolitik an, die dem Auto eine eindeutige Vorrangstellung zukommen läßt. Loges untermauerte den Druck auf die Landesregierung mit der beherrschenden Stellung des VW-Konzerns. Dr. Hahn: 33 % der niedersächsischen Investitionen und 50 % des niedersächsischen Exportes gingen auf das Konto von VW. Für den Aufbau der Wirtschaft im Osten müsse der Verkehr „explodieren“. Die Devisen hieß deshalb, Straßen, Straßen und nochmal Straßen bauen. — (thr)

Protestaktion der ÖTV im Stuttgarter Rathaus

Stuttgart. Ca. 150 Eltern und Erzieher versammelten sich vor dem großen Sitzungssaal des Gemeinderats, um die Beschlussfassung über einen Personalgewinnungsplan für die Kindertagesstätten zu beeinflussen. Es wurde in Form von Protestliedern der Erziehernotstand beklagt. Außerdem bekamen die Gemeinderäte imitierte Tausend Mark Scheine in die Hand gedrückt mit dem Hinweis, daß viele Kolleginnen immer noch auf die Nachzahlung von Lohngebern warten, die sich aus der Höhergruppierung des vor einem Jahr beschlossenen Tarifvertrags ergeben. Im Personalgewinnungsplan, der vom Personalrat erarbeitet wurde und von der Jugendamtsleitung unterstützt wird, beinhaltet u. a.

folgende Forderungen: Übernahme von Fahrtkosten, bessere Bezahlung von Tagheimleitungen in kleinen Einrichtungen (BAT Vc) und Kinderpflegerinnen (BAT VII), die immer noch unterbezahlt sind und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. — (mok)

AStA kritisiert Koalitionsvereinbarung

Konstanz. Der AStA der Universität hält laut einer Pressemitteilung die von der Großen Koalition in Stuttgart vereinbarte Einführung einer sogenannten „Verfaßten Studierendenschaft“ (VS) für völlig unzureichend: „Anstatt dringend notwendige Reformen in Angriff zu nehmen, beschränkt sich die zukünftige Landesregierung darauf, den Begriff der VS auf die alten entmündigenden Regelungen aufzupropfen.“ Der AStA kritisiert u. a., daß den Studierenden künftig ein „Austrittsrecht“ aus der VS eingeräumt werden soll. Dadurch verliere diese jegliche Möglichkeit, als „wirksame Interessenvertretung für alle Studierenden zu arbeiten“. — (aus *Kommunale Berichte Konstanz* 12/92)

Buko unterstützt Aktionen gegen Weltwirtschaftsgipfel

Stuttgart. Im Vordergrund des viertägigen Kongresses vom 28. bis 31.5., an dem etwa 350 Menschen teilnahmen, standen Diskussionen über Struktur und Arbeitsweise. Der Bundeskongress der Entwicklungspolitischen Aktionsgruppen wird weiterhin mit einem ehrenamtlichen Koordinationsausschuß arbeiten, künftig soll es aber zweimal im Jahr einen sog. „kleinen BUKO“ geben zu aktuellen Fragen. Inhaltliche Schwerpunkte waren u. a.: Umweltgipfel in Rio, Aktionen gegen das G-7-Treffen Anfang

Juli in München, die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Entwicklungsländer, Rüstungsexporte. Beschlossen wurde u. a. eine Resolution gegen Repression, Massenverhaftungen und Ausweisungen in Spanien bei der Expo und zum Weltwirtschaftsgipfel: „... Wir rufen auf zur Demonstration, zum Gegenkongress und zu den Aktionen: — für eine Weltwirtschaftsordnung, die sich nicht länger an den Interessen des Kapitals, sondern an den ökologischen und sozialen Erfordernissen der Menschheit, vor allem der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen des Südens, orientiert; — für eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder der „Dritten Welt“ und Osteuropas, — für einen bedingungslosen und umfassenden Erlaß der Auslandsschulden des Südens und des Ostens, — für Reparationszahlungen an die Völker der „Dritten Welt“ ... — für offene Grenzen für alle, die Zuflucht vor Verfolgung, Krieg, wirtschaftlicher Not und ökologischen Katastrophen suchen.“ — (evc)

Privatisierung im ÖPNV DGB protestiert

Augsburg. Die Regionalbusgesellschaft Augsburg (RBA) der Deutschen Bundesbahn, die rund 300 Strecken in Schwaben und Teilen von Oberbayern versorgt, wird zum 1. Juli verkauft. Im Vertragsentwurf des Wirtschaftsministeriums sind die Kommunen immer die Dummen: Sie dürfen mit den Privaten zwar Verträge zum ÖPNV abschließen, können sich aber nur bis maximal 49 % an den geplanten fünf bis sieben Regionalfirmen beteiligen. Trotzdem müssen die Kommunen für Verluste geradestehen. Der DGB Bayern setzte sich in einem Flugblatt für einen öffentlich kontrollierten Busverkehr ein. — (baf)



Kurdistan-Solidaritätsveranstaltung Hamburg

Hamburg. Vom 23. bis 29.5. besuchte auf Einladung der türkischen Chemie-Gewerkschaft eine Delegation von 24 Leuten die Stadt Batman in Kurdistan. Die meisten Delegations-Teilnehmer waren von Ihren Gewerkschaften delegiert worden. Am 9.6. nahmen 400 an einer Veranstaltung teil, auf der von der Reise berichtet wurde. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, jede Türkeihilfe einzustellen. Gefordert wird die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes und die Durchführung eines Referendums in Kurdistan. — (res, Bild: res)

Wie die reichen Familien in Flensburg zu ihrem Reichtum kamen

Flensburg. 500 Jahre Kolonialismus, das sind 500 Jahre Ausbeutung und Unterdrückung. Ob das Elend der Menschen in den armen Ländern tatsächlich so weit entfernt ist wie ihre geografische Lage, das wollten einige Leute um den „Arbeitskreis Internationalismus“ in Flensburg herausfinden. Einer tat es etwas gründlicher und stellte Ergebnisse seiner Recherchen u. a. auf einer Veranstaltung im Kommunikationszentrum „Volksbad“ vor.

Flensburg gehörte bis 1865 (Krieg Preußens gegen Dänemark) zum dänischen Königreich. Während des 16. und 17. Jahrhunderts entfaltete sich unter dem Schutz der weitreichenden Privilegien des Königs der Flensburger Handel. Neben der Kaufmannschaft differenzierte sich auch das weitere Sozialgefüge der Stadt, wobei wie in den Hansestädten die Kaufmannschaft politisch bestimmend ist.

Der Handel bewirkt auch eine stärkere Herausbildung des Handwerks, des Manufaktur- und Verlagswesens. Zwei Besonderheiten sind dabei bestimmend für die spätere Rolle Flensburger Kaufleute im Überseehandel mit westindischen Inseln.

Zum einen gibt es in Flensburg Ende des 17. Jahrhunderts rund 120 Schnapsbrennereien, in denen fast ein Sechstel der Bevölkerung arbeitet. Der Branntwein wird in Norwegen, in den Herzogtümern Schleswig und Holstein sowie in

Island abgesetzt.

Zum anderen bilden sich hier Gesamt-handelshäuser, was bedeutet, daß die Flensburger Kaufleute zugleich Reeder, Händler und Verarbeiter ihrer Waren sind. Der große Boom beginnt etwa Mitte des 18. Jahrhunderts. Die dänische Krone hatte sich — im Vergleich zu England, Frankreich und Spanien — erst relativ spät in den Besitz von überseeischen Kolonien gebracht. Die Insel St. Croix (heute eine der Jungfern-Inseln) war sowohl für die dänische Krone als auch für die Flensburger Kaufleute sehr gewinnbringend. Die Insel wurde vollständig abgeholzt und es wurde immer mehr und ausschließlich Zuckerrohr angebaut. Die Zahl der dabei ausgebeuteten und zu Tode geschundenen Sklaven stieg von 1742 bis 1804 um mehr als das Zehnfache. Die Sklaven wurden von der dänisch-westindischen Kompagnie von Guinea herübergeschafft.

Die Flensburger Kaufleute lieferten Lebensmittel, Textilien, Haushaltswaren und Möbel zu den Plantagenkolonien, die sich nicht selbst versorgen konnten. Zurück kamen die Schiffe mit Rohrzucker, Holz, Tabak und Kaffee. Etwa um die Jahrhundertwende tritt ein Produkt dabei immer mehr in den Vordergrund. Rum, der zuerst als Abfallprodukt bei der Zuckerherstellung entstanden ist, wird jetzt zum entscheidenden Handelsgut für die Flensburger

Handelshäuser. Die bestehenden Schnapsbrennereien werden zu Destillen umgerüstet, der Rohrum mit 80 — 90% Alkohol wird „veredelt“, und auf den bereits vorhandenen Märkten durch die Flensburger Kaufleute abgesetzt.

Die Gewinne bei diesem Geschäft waren gewaltig. Für 1765, noch vor dem großen Boom des Rumgeschäfts, kann man einen Reingewinn von 12.000 bis 14.000 Reichsbankthalern errechnen, wobei Ausrüstung und Bau eines mittelgroßen Schiffes ca. 16.000 Reichsbankthalern kosteten. Ab 1807 werden die Zeiten für Flensburger Kaufleute etwas schlechter durch den Krieg Frankreich-England und den Kriegseintritt Dänemarks auf Napoleons Seite. Es findet eine Konzentration auf wenige große Handelshäuser wie Christiansen, P. Petersen und H.C. Jensen sowie vier große Rumhersteller (Dethleffsen, Nissen, Sonnberg, Asmussen) statt.

Die gleichen Familien gehören noch heute zu den reichsten der Stadt Flensburg. Sie besitzen heute neben Holzhandel, Brauereien, Ölmühlen, Anteilen am Zeitungsverlag und vielen anderen Industrien nach wie vor ihre alten Rumhäuser.

Weil es doch zu schade wäre, wenn nur die wenigen Besucher der Veranstaltung über die Herkunft dieses Reichtums wissen, wollen die Veranstalter darüber eine Broschüre herstellen und verbreiten. — (ans)



Köln. Etwa 8000 Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen demonstrierten am 9. Juni in Köln gegen die Bildungspolitik der Landesregierung von NRW. Ihr Protest richtete sich gegen Stellenstreichungen, die Anhebung der Klassengrößen und weitere Kürzungen von Mitteln für die Schulen. Aufgerufen hatte der „Runde Tisch Kölner Schulen“. — (rül, Bild: p.b.)

Aktion gegen Bundeswehrausstellung

Walsrode. Gut 20 Leute, darunter eine ganze Reihe Schüler, protestierten am 13.5. zur Eröffnung der Propaganda-ausstellung „Unser Heer“ in Walsrode. Dabei waren auch zwei Ratsherren der Grünen aus Fallingb. und Walsrode, die auf diese Art deutlich machten, was sie von der Einladung hielten. Vor dem Eingang wurden antimilitaristische Transparente aufgebaut. In einem gemeinsamen Flugblatt der Antifaschistischen Initiative SFA/Visselhövede und der Bürgerinitiative gegen den Truppenübungsplatz Bergen-Hohne wurden insbesondere die militärischen Belastungen angegriffen und ein weltweiter Einsatz der Bundeswehr und eine dazu notwendige Grundgesetzänderung abgelehnt. Kurz vor der offiziellen Eröffnung der Schau durch den stellvertretenden Befehlshaber des Wehrbereichskommandos II verbreitete sich im Eingang des Platzes ein intensiver Güllegestank. Im Stadtrat ist die Ausstellung kein Thema gewesen. Auch im Verwaltungsausschuß soll es darüber keine Abstimmung, nicht einmal Information gegeben haben, also eine einsame Entscheidung des Stadtdirektors. — (sts)

Aktionswoche gegen Studienbedingungen

Oldenburg. Mit einer Aktionswoche ab dem 1.6. protestierte der AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität gegen die unzumutbaren Studienbedingungen. An der Oldenburger Uni kommen z.Z. 12000 StudentInnen auf 5600 Studienplätze, das heißt Raumnot, unzulängliche Bibliotheksausstattung, Defizit an Laborplätzen und überbelegte Seminar-

räume. Der AStA fordert die sofortige Anmietung von Räumen in der Nähe der Universität, die Finanzierung von mehr Tutorienstellen und 100 zusätzlichen Lehraufträgen. Die Zahl der Pflichtnachweise muß nach Meinung des AStA halbiert werden, um ein wissenschaftlich qualifiziertes Studium zu ermöglichen. — (jot)

Chemietarife West: 1 Stunde weniger + X Prozent?

Hannover. Am 23./24.6. werden die Chemietarifverhandlungen West fortgesetzt. Die IG Chemie hat bei der Kopplung der seit Ende 1991 andauernden Manteltarifverhandlungen mit der zentralen Lohnrunde 1992 auf eine Forderung gleich verzichtet. „Abschluß über der Preissteigerungsrate“ heißt die Zauberformel, über der offiziellen von 5,0%, wohlgeordnet. Der Bundesarbeitsgeberverband Chemie will ein Angebot auf Einkommenserhöhung erst vorlegen, wenn der neue Manteltarif steht, um entsprechende „Anrechnungen“ vorzunehmen. Bisher bieten die Chemiekapitalisten 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung des Urlaubsgeldes von 990 DM auf 1200 DM bei 30 Tagen in Stufen bis 1995. Die darüber hinausgehenden Forderungen der IG Chemie, u. a. 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Stunden in einem Schritt, 2-Schicht-Zulage, Nachtarbeitszuschläge ab 20 Uhr statt jetzt ab 22 Uhr und Erhöhung von 15 auf 25%, werden von den Kapitalisten weitgehend rigoros abgelehnt und sind inzwischen fast vom Tisch. Der BAVC hat das Projekt „Einzelarbeitsverträge mit 40 Stunden“ unter Ausschaltung der betrieblichen Mitbestimmung zurückgestellt. Längere Laufzeit ist zu befürchten. — (mio)

Hungerstreik HIV-Positiver beendet, Forderungen durchgesetzt?

Essen. Der über zwei Monate andauernde Hungerstreik HIV-Positiver in der JVA Essen ist Anfang Juni abgebrochen worden, nachdem ein Vertreter des Justizministeriums mit den Streikenden gesprochen und die Beseitigung der Mißstände zugesagt hatte. Damit sind vorerst alle Minimalforderungen erfüllt, aber nicht die freie Arztwahl.

Hier eine kurze Chronologie der Aktionen:

1.3.1992: Nach mehreren Diskriminierungen HIV-Positiver entschlossen sich zunächst drei Gefangene, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Sie fordern bessere medizinische Versorgung und freie Arztwahl. Bezogen auf ihren Gesundheitszustand, der sich nachweislich bei allen Betroffenen durch die Inhaftierung ungewöhnlich stark verschlechtert hat, fordern sie eine Zusatzfreistunde, Zusatzpakete mit Nahrungsmitteln, mehr Obst und Milchprodukte sowie Zusatzbesuche für Angehörige und eine HIV-Sportgruppe, da sie mit dem unbegründeten „Argument“, man habe Angst vor einer Schweißübertragung, vom Anstaltssport ausgeschlossen wurden. Verlangt wird die Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht und die Löschung des diskriminierenden Vermerks „Blutkontakt vermeiden“ auf ihren für alle zugänglichen Akten.

12.3.1992: Nach Presseveröffentlichungen und Nachfragen an die JVA-Leitung und nachdem sich fünf weitere HIV-Positive dem Streik angeschlossen haben, macht die Anstaltsleiterin Zusagen. Sie versichert, daß den Anzeigen gegen prügelnde Beamte nachgegangen wird und daß alle Bediensteten an Schulungen zum Thema „Aids“ teilnehmen sollen. Ausgenommen blieb die freie Arztwahl. Der Hungerstreik wird ausgesetzt.

1.4.1992: Mit Abflachen des öffentlichen Interesses werden alle Zusagen rückgängig gemacht. Fünf Gefangene nehmen den Hungerstreik wieder auf.

2.5.1992: Bei Zellenrazzien werden bei zwei Streikenden angeblich Drogen gefunden. Beide widersprechen und verlangen eine medizinische Untersuchung. Einem Gefangenen wird die Untersuchung verweigert, bei dem anderen verläuft der Drogentest negativ.

4.5.-6.5.1992: Solidaritätsmahnwache der Angehörigen vor der JVA.

11.5.-16.5. Befristeter Solidaritätshungerstreik zehn inhaftierter Frauen.

21.5.1992 Zwei Grüne Landtagsabgeordnete informieren sich in der JVA.

Der Forderung nach freier Arztwahl stellt sich die SPD-Landesregierung weiterhin entgegen. Auf eine Anfrage des Grünen Landtagsabgeordneten Roland Appel vom 6.5.1992 antwortete Justizminister Krumsiek zu diesem Punkt wie folgt: „Die von den Gefangenen geforderte freie Arztwahl ist vom Bundesgesetzgeber — §§ 56 ff. des Strafvollzugsgesetzes — ausgeschlossen worden. Die Gefangenen werden aufgrund dieser Vorschriften durch den Anstaltsarzt medizinisch versorgt.“

Ein Hauptargument gegen die freie Arztwahl ist die Frage der Finanzierbarkeit. Die Gefangenen in der JVA Essen haben diesbezüglich angemerkt, daß eine Fahrt ins Justizvollzugskrankenhaus nach Fröndenberg in einem Gefangenentransporter oder — in dringenden Fällen — mit dem Hubschrauber sicherlich höhere Kosten verursachen würde, als der Transport in das auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindliche Klinikum in Essen. Hier ist vor Jahren eine Station eingerichtet worden, auf der speziell ausgebildete Fachärzte an Aids Erkrankte betreuen. Daß bei einer sol-

chen Erkrankung ein Fachwissen erforderlich ist, über das der in der JVA beschäftigte Anstaltsarzt nicht verfügt, wurde innerhalb des Hungerstreiks mehrmals thematisiert. Es bleibt abzuwarten, ob es jetzt eine auf die JVA Essen beschränkte Ausnahmeregelung geben wird.

Auf eine in anderen Bundesländern bereits praktizierte Vergabe von Methadon an Gefangene, die aufgrund einer medizinischen Indikation vor ihrer Verhaftung bereits substituiert wurden, muß weiterhin gedrängt werden. Solange das Justizministerium die Tatsache bestreitet, daß innerhalb jeder Haftanstalt Drogen vertrieben werden, gleichzeitig die Substitution in NRW-Gefängnissen ablehnt, werden Gefangene durch ihre Inhaftierung schnell rückfällig, auch wenn sie zuvor frei von illegalen Drogen gelebt haben. Da Drogen zugänglich, Spritzbesteck jedoch nicht verfügbar ist, infizieren sich innerhalb der JVA's weitere Gefangene mit dem HIV-Virus, da sie sich Spritzen bzw. angespitzte Kugelschreiber-Minen teilen.

Ein von den Grünen bereits im vergangenen Jahr, im Herbst 1991, im Landtag gestellter Antrag zur Umsetzung diesbezüglicher Empfehlungen der AIDS-Enquete-Kommission wurde abgelehnt. — (BI, syb)



Zur Unterstützung des Hungerstreiks führt Ende April eine Theatergruppe in der Essener Innenstadt ein Stück zur Situation HIV-Positiver Gefangener auf.

91. Katholikentag: Auf gen Osten!

Karlsruhe. 38000 Dauerbesucher, statt der vorausgesagten 50000, werden auf dem 91. Deutschen Katholikentag in Karlsruhe vom 17. bis 21. Juni erwartet. Unter dem Motto „Eine neue Stadt entsteht — Europa bauen in der Einen Welt“ soll auf eine neuerliche Christianisierung des Ostens Europas und auf die Großmachtrolle der BRD mit katholischem Segen eingestimmt werden.

„Die Welt wird immer kleiner, Länder und Kontinente wachsen immer enger zusammen. Wirtschaftliche Verflechtungen, Kommunikationstechnik und Verkehr machen an keiner Grenze Halt. Die Probleme der nahen und ferneren Nachbarn betreffen auch uns und können nur gemeinsam gelöst werden.“ Mit solchen Worten bringt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Waschbüsch, dem Kirchenvolk die Einmischung der BRD in Angelegenheiten anderer Länder nahe.

Insbesondere dem Osten Europas widmet der Kirchentag seine Aufmerksamkeit: „Jahrzehntelang hat die Kirche in den Ländern Mittel- und Osteuropas unter Einschränkungen und Verfolgung gelitten. Jetzt kann sie wieder in Freiheit wirken.“ Weiter fragen „die großen Foren nach der Rolle Deutschlands im künftigen Europa, nach der Zukunft der Europäischen Gemeinschaft und nach den Chancen einer stärkeren Einheit ganz Europas.“ Zu Wort kommen dazu vor allem auch Kirchenleute aus der

CSFR und Polen, unter dem Titel „Wahrung der Rechte von Volksgruppen“: S. Magnago, italienischer Separatist („Südtirol“). Einen der Höhepunkte des Kirchentages „Mit Gott versöhnt — für den Frieden in der Welt“ zelebriert beim „internationalen Soldatengottesdienst“ der Erzbischof Johannes Dyba aus Fulda, bekannt dafür, den militärischen Plänen der BRD — z. B., den Einsatz von BRD-Truppen in aller Welt — die kirchliche Weihe zu verleihen.

Daneben bietet der Kirchentag reichlich Möglichkeiten zum Abarbeiten für Leute, deren Anliegen eher kritisch sind, ohne daß von Kirchenbehörden praktische Wirkungen befürchtet werden müßten.

Der deutsche Bundestag hat für den Katholikentag 1,1 Millionen DM zur Verfügung gestellt, die dem Innenministerium unterstellt sind. Der Landtag von Baden-Württemberg läßt nach offizieller Auskunft 3 Millionen aus dem Ministerium für Kultus und Sport springen. Der Stadt Karlsruhe entgehen Mittel in Höhe von ca. 3 Millionen DM für Säle und Hausmeister, Gemeinschaftsunterkünfte, Stadtverwaltung, Polizei, Verkehrsbetriebe usw.

Mehrere Gruppen führen gegen den Kirchentag eine Veranstaltung „Es rettet uns kein höheres Wesen“ durch.

Quellen: Programm des 91. Deutschen Katholikentages; Kommunale Berichte Karlsruhe; BNN vom 14.6.92 — (evd)

Stellungnahme des DGB-Kreises Pinneberg zu den Landtagswahlen

Elmshorn. Die Wahlerfolge der rechtsextremen Republikaner in Baden-Württemberg und der Nazi-Partei DVU in Schleswig-Holstein sind eine politische Katastrophe.

Die Sammlungsbewegungen von alten und neuen Nazis und Protestwählern, Frustrierten und Enttäuschten haben jetzt auch im Südwesten und im Norden der Republik ein Forum gefunden, um ihre ausländerfeindlichen und antidemokratischen Tiraden öffentlich zu vertreten.

Natürlich: Verantwortlich sind zuerst jene, die diesen Parteien ihre Stimme gegeben haben. Es sind nicht nur jene Wählerinnen und Wähler, die dort leben, „wo die Häuser hoch und die Einkommen niedrig sind“, wie Uli Maurer, SPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, bemerkte, es sind auch jene, die im Wohlstandsgürtel rund um Stuttgart leben, wo die Häuser niedrig und die Einkommen hoch sind.

Wenn jetzt Kommentatoren die „Krise des parlamentarischen Systems“ und den „Vertrauensverlust in die großen Parteien“ beklagen, ist dies interessanter Gesprächsstoff für ein soziologisches Seminar. Die Frage nach der politischen Verantwortung der beiden großen Volksparteien CDU und SPD für die Wahlerfolge der Rechtsextremen wird dabei umschifft.

Die CDU ist die große Verliererin der Wahlen. Die Christdemokraten glaub-

ten, von ihrer Politik des Sozialabbaus und der ungerechten Verteilung der Kosten der deutschen Einheit ablenken zu können.

Ausländer und Flüchtlinge wurden zu Sündenböcken für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und öffentliche Finanzmisere gemacht.

Das Kalkül ist aufgegangen — zugunsten der rechtsextremen Parteien. Die Stimmungsmache der Christdemokraten mit Schlagworten wie „Asylantenflut“, „Überfremdung“ und „Ausländerkriminalität“ machte Republikaner und DVU auch für solche Wähler hoffähig, die sich dem demokratischen Lager zurechnen.

Die SPD, obwohl sie in Kiel knapp die Mehrheit behauptet und in Stuttgart vielleicht bald am Kabinettstisch sitzt, gehört auch zu den Verlierern der Wahl. Frei nach dem Motto „in Gefahr und größter Not ist der Mittelweg der Tod“ kommt sie mit ihrer Rolle als Opposition in Bonn und als Regierung in den Ländern nicht zurecht. Die blamable Niederlage im Streit um die Mehrwertsteuererhöhung ist noch gut in Erinnerung.

Auch beim Thema Asylrecht ist die Politik der Partei ein Trauerspiel. Einerseits wirft sie der CDU zu Recht vor, mit ihrer Politik den Boden für Rechtsextreme zu bereiten, andererseits schürte sie mit dem Zählappell für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein das Vorurteil über die „Asylbetrüger“. Von Bremen hatte

die SPD offenbar nicht gelernt, wo Bürgermeister Wedemeyer kurz vor der Wahl einen „Flüchtlingsstopp“ verfügte und prompt die DVU mit großen Stimmengewinn in die Bürgerschaft gespült wurde.

Daß manch prominenter Sozialdemokrat nach den Erfolgen der Schönhuber-Truppe und der DVU jetzt mit der CDU das Grundgesetz ändern wollen, werden viele Rechtswähler als Bestätigung ihrer Entscheidung empfinden.

Die SPD droht das zu verlassen, was sie „soziale Kompetenz“ nennt.

Wenn Bundesvorsitzender Björn Engholm am Tag nach dem Wahldesaster das Gesprächsangebot von Kanzler Kohl aufnimmt und erklärt, die SPD sei nach einem Kassensturz bereit, unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, dann muß bei den Gewerkschaften die rote Warnlampe angehen. Eine Politik mit „Schweiß und Tränen“ (Engholm) erinnert fatal an die — später relativierten — Bemerkungen des SPD-Kanzlerkandidaten, „bei den sozialen Wohltaten“ sei das Ende der Fahnenstange erreicht.

Eins ist sicher: Sollte die SPD den Ausputzer für die verfehlte liberal-konservative Regierungspolitik spielen, dann gibt es Schweiß und Tränen für Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwache — und noch mehr Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen.

Quelle: Dokumentiert aus Elmshorner Gegensätze 6/92)

Kurz berichtet

Bundesweite Demonstration
gegen den Paragraphen 218

Berlin. Am 20. Juni findet in Berlin eine bundesweite Demonstration gegen den § 218 statt. Aufruferinnen sind u.a.: Frauenpolitischer Runder Tisch, Jusos Berlin, Unabhängiger Frauenverband, PDS-AG Lisa. Unterstützt wird sie von der Bundesweiten § 218-Koordination, HBV Berlin, Pro Familia Berlin und weitere Gruppen.

In einem Aufruf wird der Gruppenantrag, der am 26. Juni im Bundestag verabschiedet werden soll, abgelehnt. In dem Aufruf heißt es: „Die Frauen, die in den fünf neuen Ländern leben, das sind immerhin 22 Prozent, hätten gegenüber ihrem geltenden Recht Kriminalisierung und Zwangsberatung hinzunehmen — mithin eine deutliche Verschärfung.“ Den Frauen in Bayern und Baden-Württemberg brächte diese Änderung geringe Erleichterungen. In dem Aufruf wird kritisiert, daß in der Frage der Krankenkassenfinanzierung dem rechten Druck nachgegeben wird. „Sie, die Krankenkassenfinanzierung“ soll nur für „nicht rechtswidrige“ Abbrüche gelten, und explizit als solche sind im Paragraphen 218 Abs. (7) und (8) nur Abbrüche nach medizinischer und eugenischer Indikation benannt.“ Es heißt weiter: „Wir finden uns nicht damit ab, daß in diesem Land angeblich sowieso nichts anderes möglich ist. Wir sagen NEIN zu diesem parlamentarischen Eiertanz um Parteien-Mehrheiten über die Mehrheit der Frauen hinweg. ... Wir beharren auf unserem Recht auf Selbstbestimmung!“ — (ann)

BAG: Fristlose Kündigung
von MfS-Offizieren rechtens

Berlin. Ein folgenschweres Urteil hat das BAG am 11.6.92 gefaßt. Es gibt der Festlegung im Einigungsvertrag (wonach ehemalige offizielle Mitarbeiter des MfS, die heute im öffentlichen Dienst beschäftigt werden, mittels einer außerordentlichen Kündigung entlassen werden können) Vorrang vor der Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch (wonach eine außerordentliche Kündigung nur binnen zwei Wochen nach Bekanntwerden des Kündigungsgrundes möglich ist). Wir hatten über mehrere Fälle berichtet, bei denen Mitarbeiter des MfS mit Kenntnis der Verwaltungsleitungen z.B. bei der Post, bei der Reichsbahn eingestellt worden sind und die nach teilweise über einem Jahr Tätigkeit aus eben diesem Grund fristlos entlassen worden sind.

Dies sei rechtens, urteilt jetzt das BAG. Da diese Sonderregelung im Einigungsvertrag unbefristet gilt, werden diese Beschäftigte für den Rest ihres Berufslebens ständig mit der fristlosen Entlassung bedroht — sei's, weil ihr Gesicht einem Vorgesetzten nicht gefällt, sei's, weil mal wieder gespart werden muß. (8 AZR 474/91 u.a. — har)

Die Diskussion nach dem
Berliner Wahlergebnis

Das Ergebnis der PDS bei den Bezirksahlen in Berlin hat bundesweite Reaktionen bei nahezu allen Parteien ausgelöst. Ein Drittel der Stimmen in den Berliner Bezirken ist ein Ergebnis, das auch die PDS nicht erwartet hat. Die CDU und SPD, die in Berlin den Senat bilden, sowie die FDP, können nicht umhin, eine politische Krise ihres Einflusses festzustellen. Die CDU ist dermaßen gebeutelt, daß ein Sonderpartei-tag der Berliner CDU für den Herbst angesetzt werden mußte.

Aber auch die PDS muß ihre Rolle neu definieren. Zwar sind es in Berlin lediglich Bezirksahlen gewesen, dennoch kann die PDS nun auf respektable Ergebnisse auch bei den zukünftigen Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern hoffen. Sie hat sich stabilisiert. Als erstes hat Gregor Gysi bezüglich der Bundestagswahlen eine Verfassungsklage angekündigt, die in Frage stellt, daß eine Partei, die in den ostdeutschen Ländern 15 Prozent der Stimmen erhält, dennoch nicht in den Bundestag kommt, weil das Wahlgesetz fünf Prozent bezogen auf das gesamte Bundesgebiet vorschreibt. Zweitens ist durch die Entwicklung in der ostdeutschen CDU die Diskussion um die Bildung einer sogenannten Ostpartei entstanden. Die PDS kann sich einer solchen Diskussion nicht einfach entziehen.

Doch die bundesweite Diskussion löst

das Problem der PDS in Berlin nicht. Im Westteil der Stadt hat die PDS 0,9 Prozent der Stimmen erhalten, die besten Ergebnisse erzielte sie in Kreuzberg (2,4%) und in Schöneberg (1,4%). In zwei westberliner Bezirken kam eine Kandidatur nicht zustande.

Nicht wenige PDS-Anhänger sind vom Wahlergebnis in Westberlin enttäuscht. Sie diskutieren nun über Wege und Maßnahmen einer möglichen Westausdehnung der PDS. Sie sei dringend notwendig.

Die Beurteilung von Wahlergebnissen hängt immer auch von der Sichtweise, vom eigenem Standort ab. Gegenüber den 30%-Ergebnis in Ostberlin zum Beispiel muß fast jedes westberliner Stimmresultat der PDS als enttäuschend erscheinen. Ostberlin kann jedoch kein Maßstab sein.

Gegenüber bisherigen Wahlergebnissen linker Parteien im Westen stellt sich das Ergebnis der PDS als nicht schlecht dar. Andersherum ausgedrückt, im Westen der BRD und in Westberlin zeichnet sich keine Alternative für Linke ab, die eine Kandidatur neben der PDS rechtfertigt. Die DKP beispielsweise hat neben der PDS in Berlin-Kreuzberg kandidiert und 0,1 % der Stimmen erhalten. Solche Kandidaturen machen keinen Sinn.

Auch die Zauberformel „Westausdehnung“ der PDS bleibt hohl, wenn nicht Bündnis und Zusammenschluß der Linken im Westen die Basis für linke Kandidaturen im Westen wird. Nicht zuletzt die Erfahrungen des letzten Bundestagswahlkampfes belegen, daß weder sogenannte zugkräftige Personen noch starke personelle Unterstützung aus dem Osten die Mängel mangelnder Legitimation für linke Kandidaturen im Westen wettmachen kann. Die Westlinken sind also aufgefordert, ihre Position für Kandidaturen mit der PDS darzulegen. Andernfalls sollten sie begründen, weshalb sie an eigenen Kandidaturen festhalten. Natürlich lassen sich immer Gründe finden. Nur in Bezug auf die Wahlen zum Bundestag 1994 geht es um einiges. Wenn die Linken nach diesen Wahlen zu konstatieren hätten, daß die Republikaner in den Bundestag eingezogen sind, die PDS jedoch aufgrund mangelnder Unterstützung aus dem Westen außen vor bleibt, dann wäre etliches verloren. Danach fragt vermutlich niemand mehr nach Begründungen für eigene Kandidaturen neben der PDS. Danach geht es um die Legitimation der Existenz der Linken im Westen. Die Diskussion um die Ausgangsstellungen ist im übrigen keine Diskussion für das Jahr 1994. Die Diskussion muß jetzt begonnen und entschieden werden. — (br)

Große Mehrheit für
Brandenburger Verfassung

In der Volksabstimmung am 14. Juni unterstützte eine große Mehrheit (93,4 %) den vorgelegten Verfassungsentwurf. Allerdings betrug die Wahlbeteiligung nur 47,5 %.

Die CDU hatte zur Ablehnung aufgerufen und wollte das Referendum als Mißtrauensvotum gegen Ministerpräsident Stolpe umfunktionieren. Das ist kläglich gescheitert. Laut infas sollen selbst von den Abstimmenden, die bei der letzten Wahl CDU gewählt hatten, nur 20 % gegen die Verfassung gestimmt haben. Der ehemalige CDU-Fraktionschef Diestel forderte den CDU-Landesvorsitzenden Fink zum Rücktritt auf. Er habe mit seinem Kurs zu verantworten, daß die CDU so offensichtlich isoliert und abgelehnt wurde. Fink versucht, die Nichtwähler in Anspruch zu nehmen, bei denen sich die Ablehnung von Verfassung und Stolpe zeige. Alle anderen Parteien und Diestel bewerteten die schwache Wahlbeteiligung als Anzeichen dafür, daß die wirtschaftlichen und sozialen Tagesprobleme die Menschen stark bedrücken und sie sich daher wenig für Verfassungsfragen interessieren.

Viele Brandenburger haben laut infas mit Ja gestimmt, weil soziale Rechte aufgenommen sind. Viele sehen darin eine Verbesserung der Grundgesetzes und hoffen auf Auswirkungen bei dessen Reform. Brandenburger und Berliner CDU reden in den ersten Stellungnahmen nicht mehr von einer Klage bei dem Bundesverfassungsgericht. Diepen sieht bei einer geplanten Landesfusion in der Brandenburger Verfassung nur einen „Vorschlag“. Wirklich nötig sei ein „schlanker Grundrechtsteil“ und ausführliche Regelung der Landesorganisation. Er hofft also, ostdeutsche Vorstellungen wegweisen zu können.

Quelle: Berliner Morgenpost, 15.6.92 — (ard)

Ostdeutsche Landwirtschaft:
Der Brandenburger Weg

Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg hat im Januar 1992 ein „Agrarpolitisches Programm für den Systemwandel in der Landwirtschaft“ herausgebracht, das die Bezeichnung „Brandenburger Weg“ trägt. Warum wurde ein solches Programm, von einer SPD-geführten Regierung in einem der fünf neuen Bundesländer erarbeitet, notwendig? Im Programm werden dafür einige Gründe angeführt. Im Vorwort zum Programm betont der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Edwin Zimmermann, daß „die Menschen eine Abkehr von den ehemals geltenden Gesetzen der Agrarpolitik und die rasche Verwirklichung einer neuen Agrarverfassung“ erwarten. Unter Abkehr wird die Aufgabe von „langjährig wirkenden Dogmen und Regelmechanismen der Planwirtschaft“ verstanden, die zu 1092 sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben beträchtlicher Größe, der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, zu im Widerspruch zu den natürlichen Ressourcen stehenden Produktionsstrukturen und Intensitätsgraden, zu 180000 in der Landwirtschaft Beschäftigten (12,5 Personen/ha landwirtschaftlicher Nutzfläche = LN) und zu geringer Arbeitsproduktivität führten. Eine so organisierte Landwirtschaft könne im europäischen Wettbewerb in den Rahmenbedingungen der EG nicht bestehen. Aber es werden auch andere Gründe genannt, die schon außerhalb der eingangs erwähnten liegen. Denn, so das Programm: „Die bisherige Agrarpolitik der EG und der Bundesregierung hat die Landwirtschaft in eine Sackgasse geführt“.

Ende 1989 waren 180000 Menschen in der Landwirtschaft tätig. Jetzt sind es noch 62000 (das sind 4,9 Personen/ha LN, was unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer liegt) und „ein weiterer Rückgang wird unvermeidbar sein“. Man rechnet in Brandenburg mit 30-40000 Menschen, die in der Landwirtschaft verbleiben. 1989 arbeiteten 25 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, was sie zum dominierenden Erwerbszweig machte und das Land Brandenburg als agrarisch bestimmt ausweist. Heute sind Arbeitslosenraten zwischen 15 und 25 % in einzelnen Landkreisen des Landes keine Seltenheit. In einigen Kreisen werden sich Notstandsgebiete entwickeln, wenn die Menschen in der Landwirtschaft keine Beschäftigung mehr finden werden. Das sind vor allem solche Gebiete, die Bodenwertzahlen unter 30 aufzuweisen haben, d.h. besonders dort, wo es viel Sand und wenig Bodenfruchtbarkeit gibt. Solche Gebiete befinden sich in Nordbrandenburg, im Heidesengebiet im Kreis Beeskow und im Südwesten des Landes. Hier werden entsprechend der Normen der EG bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen aus der Produktion genommen und umgewidmet. Sie werden aufgeforstet oder in Wiesen- und Weideland verwandelt. Neben den Flächenstilllegungen, für die die EG hohe Prämien zahlt, wird der Viehbestand in etwa auf die Hälfte reduziert werden. Von den ehemals rund 1000 sozialistischen Betrieben wird nur ein verschwindend kleiner Teil übrig bleiben. Wenn 50 % aller in der EG stillgelegten Flächen auf dem Territorium der ehemaligen DDR liegen, dann ist Brandenburg damit unter den fünf neuen Ländern das Land, das am meisten von der EG-Agrarpolitik betroffen ist. „Der notwendige Prozeß des Arbeitskräfteabbaus bringt erhebliche soziale Probleme mit sich und führt zur Gefahr der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen, die die Entleerung ganzer ländlicher Räume zur Folge haben kann“ — so wird dieser Prozeß im Programm charakterisiert und geschlußfolgert, daß „tragfähige Programme der ländlichen Regionalentwicklung“ erforderlich sind und es „um den Erhalt und die Schaffung möglichst vieler sicherer Arbeitsplätze im ländlichen Raum“ geht.

Neben dem angestrebten Systemwandel in der Landwirtschaft wird die Aufgabe gestellt, einen Prozeß der Umwandlung einzuleiten und eine grundlegende Reform vorzunehmen. Der Systemwandel besteht vor allem in zwei grundlegenden Zielstellungen: — Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. Auflö-

sung und Liquidierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und der Volkseigenen Güter (VEG) und

— Durchsetzung der freien Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums in der Landwirtschaft.

Im ersten Falle geht es vor allem um die Rückgabe alles von den Mitgliedern einstmals eingebrachten Eigentums, bzw. die Realisierung von Ansprüchen, die sich aus der in der LPG geleisteten Arbeit ergeben. Im zweiten Falle wird die „Förderung einer vielfältigen Betriebsstruktur ohne Benachteiligung irgendeiner Rechtsform“ angestrebt. Alle Eigentumsformen sollen ihre Chance bekommen: Die ehemaligen LPG sollen in leistungs- und wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe nach den Bestimmungen des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes umgewandelt werden, aber auch den Wieder- und Neueinrichtern soll der Zugang zum Boden ermöglicht werden, ohne sie im Vergleich zu anderen Konkurrenten zu benachteiligen. Realistisch wird erkannt, daß dieser Umwandlungsprozeß „die Betriebe vor eine große Zerreißprobe stellt“. Es wird angestrebt, „den wirtschaftlichen Wert des vorhandenen Vermögens dadurch zu erhalten, daß es in Nachfolgebetrieben weiter produktiv genutzt wird“. Im Programm wird deutlich gesagt, daß „eine Liquidation ohne Nachfolgebetrieb(e) im Regelfall das vorhandene Vermögen entwertet und nach Möglichkeit zu vermeiden ist“. Im Programm wird weiter betont, daß die Wahl der Betriebs- und Rechtsform sowie die Größe der entstehenden Unternehmen Sache der Bauern ist und es keinesfalls angeht, wenn „anstelle des Dogmas der Kollektivierung das Dogma des bäuerlichen Familienbe-

Brandenburg belegt, und nicht zuletzt deshalb erhalten einheimische Erzeuger Preise, die unter denen für Agrarprodukte in den alten Bundesländern liegen“. Wird die Landwirtschaft in Brandenburg dem Konkurrenzdruck standhalten und sich behaupten können? Oder soll ein unliebsamer Konkurrent auf solche Weise überhaupt ausgeschaltet werden? Befürchtungen dieser Art muß die Autoren des „Brandenburger Weges“ bewegen haben, die Nachteile, die für die Brandenburger Bauern bestehen, systematisch aufzulisten:

— fehlendes Eigenkapital bei den Bauern zur Gründung eigener Existenzen.

— fehlende unternehmerische Kenntnisse,

— schon eingetretene „offensichtliche Benachteiligungen“ bereits umstrukturierter ehemaliger LPG en, die als größere Betriebe weiterwirtschaften wollen,

— Benachteiligung des Landes Brandenburg bei der Festlegung der Milchreferenzmenge (pro Flächeneinheit 215 kg unter dem Durchschnitt der anderen neuen Länder und 1025 kg = 20 % unter dem Durchschnitt der alten; der neue Bundesbürger trinkt deshalb Milch aus Hessen oder Bayern und nicht die aus der Prignitz oder anderen Gebieten Brandenburgs). Offenbar existieren auch Gegensätze zwischen der Landesregierung und der Treuhand, wenn gefordert wird, daß über die Verwendung von unter Treuhandverwaltung stehender Flächen das Land Brandenburg und nicht die Treuhand entscheiden sollte. Hier geht es scheinbar um die Zukunft der ehemaligen VEG, die nach Vorstellungen des Landes Brandenburg in Staatsdomäne umgewandelt oder verpachtet oder verkauft werden sollen. Machen die Autoren hier Front gegen Ansprüche ehemaliger Großgrundbesitzer und adliger Geschlechter, die auf ihre Besitztümer zurückkehren wollen?

Im Programm werden Schritte der Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und der EG gefordert, für die Aufhebung „bestehender oder zu erwartender Benachteiligung der Brandenburger Landwirtschaft einzutreten“.

Die im Lande Brandenburg eingeleiteten Prozesse des Strukturwandels und der Anpassung an die marktwirtschaftlichen Bedingungen werden zur Extensivierung der Landwirtschaft führen. Weniger Flächen in Bewirtschaftung, weniger Menschen pro Hektar, geringere Erträge und anderes wird diesen Prozeß charakterisieren. Brandenburg wird ein Zuschußgebiet werden, in dem die Landwirtschaft nur existieren kann, wenn sie über ausreichend Stützung verfügt. Andere Instrumente der marktwirtschaftlichen Regulierung, z.B. — wie im Programm vorgesehen — die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte können versucht werden, haben aber vorerst kaum Aussicht auf durchgreifenden Erfolg, da die landwirtschaftlichen Betriebe verschuldet und wirtschaftlich kaum rentabel sind. Nur den wenigsten wird es im laufenden Jahr gelingen, sich auf dem Markt zu behaupten. Weitere Probleme sind voraussehen. Die Autoren des „Brandenburger Weges“ setzen deshalb auch auf die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vorgesehenen Fördermaßnahmen. Sie fordern eine „förderungsmaßige Gleichstellung aller Unternehmen, die den Kriterien genügen“. Aber hier ist die Realität sehr hart. Von den insgesamt 160 Milliarden DM Transferleistungen, die die Bundesregierung bisher gebracht hat, ist offenbar wenig für die Landwirtschaft in Brandenburg angekommen. Die Unzufriedenheit über die Förderpolitik der Bundesregierung gegenüber Brandenburg ist allenthalben sehr groß. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums Brandenburgs, Herr Pilz, hat Mühe, die Vertreter der Kommunen zu besänftigen, weil sie zu wenig von den ihnen versprochenen Fördermitteln sehen. Er räumt ein, daß z.B. bei der Regelung von Eigentumsfragen „nichts läuft, weil administrativ alles verzögert wird“ und ruft dazu auf, den Boden zu verkaufen, „wem er gehört“. Der aufgesetzte Optimismus des Vertreters des Wirtschaftsministeriums Brandenburgs steht im

Unfrieden in
Deutschland

Weißbuch

Diskriminierung in
den neuen Bundesländern

Gesellschaft zum Schutz von
Bürgerrecht und Menschenwürde GBM.
Preis (West): 25,- DM, ca. 500 S.
Bestellungen an: GBM, Karl-Lade-Str. 26,
0 1156 Berlin

triebes gesetzt würde.“ Vorliegende Angaben machen deutlich, daß die Mehrzahl der ehemaligen LPGen versucht, sich in Agrargenossenschaften umzuwandeln. Wieder- und Neueinrichter im Haupt- oder Nebenerwerb sind vorerst die Ausnahme. Das hat seine Gründe. Wie im Programm an anderer Stelle deutlich gemacht wird „war ... auch in der Vergangenheit die Brandenburger Landwirtschaft durch Großbetriebe charakterisiert“. Sie waren keine Erfindung der DDR, sondern hatten „bis in unsere Zeit hinein ... die Produktionsweisen und Dorfstrukturen wesentlich geprägt“. Das entsprach auch den Trends der landwirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern, z.B. auch denen der Bundesrepublik. Große Betriebe, Konzentration der Technik, große Schläge und auch Großviehanlagen gehören hier genau so ins Bild wie in der ehemaligen DDR. Umweltschäden, die durch Überdüngung der Felder, durch Großviehanlagen bei hohem Anfall an Gülle u.a. entstanden sind, sind nicht nur für die ehemalige DDR charakteristisch, sondern treten in anderen Teilen Deutschlands und in anderen Ländern Europas in ähnlicher Weise auf.

Große Betriebe sind Grundlage für Konkurrenzfähigkeit. Das Programm der Brandenburger konstatiert deshalb auch, daß „die Chancen im Wettbewerb um landwirtschaftlich nutzbaren Boden und Vermögen nach der Öffnung der Mauer jedoch ungleich verteilt sind“. Es wird die Befürchtung deutlich, daß durch die Politik der EG und der Bundesregierung die Brandenburgische Landwirtschaft jede Chance verliert, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. „Unternehmen der alten Bundesländer sowie aus anderen EG-Ländern ... haben wesentliche Marktanteile in

Fortsetzung Seite 9

Im Moment, da dieser Text geschrieben wird, steht in der Zeitung, daß 93,5 % der an der Volksabstimmung beteiligten Brandenburger ihrer Verfassung zugestimmt haben — immerhin nahezu die Hälfte aller dort Wahlberechtigten. Hier in Sachsen kann einen darob nur Wehmut beschleichen. Schließlich war das CDU-dominierte (92 von 160 Abgeordneten) Parlament des Freistaates so frei, „seinem“ Volk am 27. Mai eine Verfassung zu geben, ohne die Bürger erst noch zu fragen, ob es die im Entwurf vorgelegte überhaupt so will. Aber gehen wir der Reihe nach...

Im Mai '91 legte der Verfassungs- und Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages einen Verfassungsentwurf zur öffentlichen Diskussion vor. Im Grunde genommen war es ein dreigeteiltes Dokument, bestehend aus — dem von CDU und F.D.P. eingebrachten Vorschlag (der sogenannte Gohrischer Entwurf), — der mehrheitlich vom Verfassungs- und Rechtsausschuß getragenen Variante und — der Liste der zu dieser Zeit noch bestehenden Dissense (Meinungsverschiedenheiten), immerhin über 100, vorwiegend von SPD, Bündnis 90/Grüne und Linke Liste-PDS initiiert.

Bürgermeinungen spielten

Dieses „Konsens-Dissensfassung“ genannte Papier sollte nun entgegen den Forderungen der Opposition in nur acht Wochen öffentlich diskutiert werden. Exakt in der Sommerpause (!) und sicher wohl kalkulierend, daß eine Verfassungsdiskussion nun nicht eben das war, was Sachsens Bürger zuhauf zum Debattieren animierte.

Etwa 1300 Bürger und Bürgergruppen schafften es dennoch in der gebotenen Eile, allerdings spielten diese Wortmeldungen, wie zu erwarten war, nach der Sommerpause so gut wie keine Rolle mehr.

Eine zunehmende Rolle jedoch spielten ab Herbst '91 parteipolitische Gepflogenheiten im Verfassungs- und Rechtsausschuß, was zur Folge hatte, daß die Arbeit am Entwurf nicht so recht vorwärts kam. Das war um so verwunderlicher, da es ansonsten nicht an Erklärungen fehlte, man wolle — vom Ehrgeiz getrieben — partout als erstes der neuen Bundesländer eine rechtskräftige Landesverfassung in Kraft setzen.

Der Hintergrund für die Zählflüssigkeit des Vorgangs war schnell auszumachen: das seit längerem schwelende, nun aber offen ausbrechende Problem, wie denn die Verfassung in Kraft gesetzt werden sollte. Sollte sie mit Zwei-Drittel-Mehrheit durch den Landtag verabschiedet oder durch Volksentscheid oder gar durch eine Kombination von beidem (wie in Brandenburg) rechtskräftig werden?

Ostdeutsche Landwirtschaft...

krassen Gegensatz zur realen Lage. Besonders auch, wenn er sich offen und drastisch gegen die Politik des Ministeriums für Umwelt- und Naturschutz und Raumordnung Brandenburgs wendet und erklärt, „der Umweltschutz dürfe nicht ausarten“. Mit dieser Haltung stehen die Vertreter des Wirtschaftsministeriums Brandenburg auch in krassen Widerspruch zu den Autoren des „Brandenburger Wegs“, die die Landwirtschaft als wesentlichen Faktor bei der Erhaltung und Sicherung der Kulturlandschaft und der Natur betrachten. „Landwirtschaft kann auf die Dauer nur noch ökonomisch sein, wenn sie gleichzeitig umweltgerecht betrieben wird“. Sie übertragen dem Landwirt Aufgaben der Landschaftspflege und des Naturschutzes, da er durch seine Tätigkeit eng mit Natur und Boden verwurzelt ist. Diese Leistungen kann der Landwirt nicht gratis erbringen, auch sie müssen durch den Staat gefördert und unterstützt werden. Die Erhaltung der Kulturlandschaft und der Natur liegt im Interesse der Gesellschaft, da sie in allem, bis hin zum Tourismus, Nutzer der Landschaft und Natur ist. Zukünftig wird die Landwirtschaft in Brandenburg sowohl Produzent landwirtschaftlicher Produkte, was unverzichtbar für ihre Existenz ist, als auch Landschafts- und Naturschützer sein. Der „Brandenburger Weg“ setzt Hoffnungen auf den Verbraucher, der „zunehmend Qualitätsprodukte, insbesondere ernährungsphysiologisch hochwertige, möglichst naturbelassene Erzeugnisse fordern und einer intakten Umwelt sowie einer gepflegten Kulturlandschaft steigenden Wert beimessen wird“.

Im Ausblick für die Zukunft der Bran-

Sachsen: Bubenstück um die neue Landesverfassung

Emsig darauf bedacht, ja ein Hintertürchen offenzuhalten

Was hier an der Jahreswende 91/92 zum parteipolitischen Grabenkrieg auszufern drohte, war zwölf Monate vorher so nicht abzusehen. Seinerzeit, als die CDU-Euphorie in Sachsen noch Wellen schlug, setzte auch die CDU-Mehrheitsfraktion auf Volksentscheid. Was, schien es, sollte ihr auch schon passieren können? Ein Vierteljahr später allerdings hörte sich das schon merklich anders an. O-Ton vom MdL Franke (CDU): „Es ist doch zu erwarten, daß, wenn wir weiterarbeiten an der Verfassung, einiges klarer wird... auch hinsichtlich der Prozedur. Und es ist eben offen, und wir wollen, daß es offen bleibt, ob die Verfassung durch Zwei-Drittel-Mehrheit oder durch Volksentscheid anzunehmen ist.“

Offenhalten wollte man sich damit ein Hintertürchen, um genügend Spielraum zu haben, den eigenen Entwurf möglichst „unbeschadet“ durchzuboxen. Immerhin: Sollte man sich vom Volksentscheid verabschieden müssen — und einiges, siehe über 100 Dissense, sprach dafür — müßte man Kompromißbereitschaft zeigen, was gewiß nicht ohne diesen und jenen Abstrich am CDU-favorisierten Entwurf abgegangen wäre.

Die Problemlage war überschaubar. Es mußten Dissense ausgeräumt werden, ohne daß Inhalte verändert würden. Mit anderen Worten: Wasch' mir den Pelz, doch mach' mich nicht naß! Wie man das macht in Sachsen?

Nun, man beraumt (wozu hat man schließlich die Mehrheit?) z.B. eine Kette von Klausurtagungen an und lädt dazu diejenigen von der Opposition, deren Stimmen man für eine Zwei-Drittel-Mehrheit braucht. Denn 92 CDU- und acht F.D.P.-Parlamentarier von 160 Abgeordneten sind eben nur knapp 63, nicht aber 66,6 %. Dann zieht man sich — getrennt — zurück und läßt „Vermittler“ mit ihren Botschaften über die Gänge huschen. Immer vorbei an den Vertretern der Fraktionen F.D.P. und LiLi-PDS, die im wahrsten Wortsinne „vor der Tür standen“. Denn auf die legte man ihren Wert bei der Mehrheitsbeschaffung. Die Stimmen vom Koalitionspartner F.D.P. hatte man ohnehin „im Sack“, und die 16 der LiLi-PDS konnte man mit dem Hinweis auf vier Stasi-belastete Abgeordnete eben dort liegenlassen, wo sie herkamen, links nämlich.

Niemand wird sich wundern: Dieses

brandenburger Landwirtschaft spielt das Ballungszentrum Berlin eine große Rolle. Es wird davon ausgegangen, daß die Expansion der Stadt Folgen für das Brandenburger Umland haben wird. Näher gelegene Gebiete werden stärker zu Naherholungszentren ausgebaut werden, die den Dörfern Wohndorfcharakter verleihen können. Hier wird die Tierproduktion keine Zukunft haben. Es werden nach Meinung der Autoren des Programms kleine und mittlere Betriebe dominieren, die extensiv und umweltschonend produzieren (Gemüse- und Zierpflanzenbau und Baumschulbetriebe). Traditionelle Standorte wie Werder oder die Uckermark oder der Fläming werden weiter, wenn auch wie Werder in eingeschränktem Maße, Produzenten von Obst, Gemüse und landwirtschaftlichen Produkten sein. Weniger gute Standorte werden angeregt, den „sanften Tourismus“ zu fördern. Zusammenfassend folgern die Autoren, werden „neben international konkurrenzfähigen landwirtschaftlichen Betrieben und großen Landschaftspflegebetrieben... eine größere Zahl landwirtschaftlicher Unternehmen durch intensive Vermarktung oder als Anbieter von Serviceleistungen im sanften Tourismus und in sonstiger Nischenproduktion“ eine Chance haben, sich ein Einkommen zu sichern. Der „Brandenburger Weg“ — ein Versuch. Es ist ein Programm mit vielen Unbekannten, das Hoffnungen weckt, aber noch nicht realisiert ist. Zu viele Unwägbarkeiten stehen noch im Wege. Für die Menschen des Landes aber würde es eine Chance bieten, wenn Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung gesichert und Instrumente gefunden werden, die den Landwirt in Brandenburg nach außen schützen. — (AB)

parlamentarisch-politische Schmierentheater zeigte Wirkung. Dissens um Dissens schwand dahin. Als Anfang April '92 die letzte Klausurtagung im Verfassungs- und Rechtsausschuß über die Bühne gegangen war, wurde eine „Atmosphäre weitgehender Einigkeit“ konstatiert. Übrigens war genau das in der Vor-Wende-Zeit die Standardformel zur Beschreibung der sogenannten Blocksitzungen.

Der Artikel 120 des Verfassungsentwurfs lautete also nun:

„(1) Diese Verfassung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages. (2) Sie wird vom Präsidenten des Landtages ausgefertigt und vom Ministerpräsidenten im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates Sachsen verkündet. (3) Die Verfassung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.“

Damit steht fest, daß laut dieser Verfassung ein Gesetz z.B. über die Hundesteuer per Volksentscheid in Kraft ge-

setzt werden kann — vom „sächsischen Grundgesetz“ aber soll das Volk gefälligst die Finger lassen.

47 000 Unterschriften — ein Sockel für einen Neuanfang?

Das sind die Fakten. Da nützt es überhaupt nichts, wenn von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Grüne im nachhinein die Illusion geweckt wird, ein Volksentscheid zur Annahme wäre ja auch noch nach der Beschlußfassung möglich. Das aber stimmt eben nicht! Denn das hätte zur Voraussetzung gehabt, daß das am 27. Mai angenommene Dokument vorläufig in Kraft gesetzt worden wäre. War es aber nicht. Denn der von CDU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Grüne (!) noch am 30. April eingebrachte und natürlich mehrheitlich angenommene Dringliche Antrag an den Landtag lief auf endgültige Annahme der Verfassung hinaus.

Alles in allem: Der Weg zur Verfas-

Spar-Anschlag des OBM auf Kindertagesstätten weggefeigt

Leipzig. Mit einem Fragezeichen verabschiedeten wir uns am Ende des Beitrages „Kahlschlag auf die ‚kalte‘...“ (siehe PB 11/92, S. 8) bei den Lesern. Aber schon am Tage des Erscheinens der genannten Ausgabe war das nicht mehr zutreffend. Stattdessen muß nun, etliche Tage später, ein dickes Ausrufezeichen hinter diesen Sachverhalt gesetzt werden. Denn: Es tat sich ganz erheblich was in Leipzig! Was genau — dazu mehr im folgenden Beitrag.

*

Sie hatten sich mächtig ins Zeug gelegt, die rund 50 Fünf- bis Sechsjährigen, die mit ihren Erzieherinnen und zum Teil mit ihren Eltern den Eingang zum Plenarsaal des Neuen Rathauses in Leipzig blockierten. Mit ohrenbetäubendem Pfeifen, mit Trommeln und anhaltenden Rufen nach OBM Lehmann-Grube machten sie ihrem Ärger Luft über das an diesem Tag der SVV vorgelegte Sparprogramm der Stadtobere.

Demzufolge sollten 1000 der bisher 3200 Erzieherinnen ab August entlassen, 46 Einrichtungen gänzlich geschlossen und die Öffnungszeiten der verbleibenden auf sieben Stunden reduziert werden. Hinzu drang die Kunde aus dem Rathaus, der OBM wolle als „sozial verträgliche Regelung“ etwa 600 der zu Entlassenden durch ABM-Kräfte aus den Jugendämtern Frankfurt/Main, Hannover und München ersetzen.

Das aber brachte das Unmuts-Faß zum Überlaufen! Rund 10000 Erzieherinnen, Eltern und jede Menge Kinder entluden auf einer in Leipzig lange nicht gesehenen Kundgebung von ÖTV und GEW Mitte Mai ihren Frust darüber. (PB berichtete.)

Tage später mutete etlichen Abgeordneten der Gang zum Plenarsaal wie eine Art Spießrutenlauf an: Mitten durch aufgeregte Kinder, erregte Eltern und Erzieherinnen mußten sie sich ihren Weg bahnen. Ein Sitzungs-Präsidium, wie es ungewöhnlicher kaum sein kann.

Hinter den Saaltüren entbrannte derweil eine hitzige Debatte um die 1006 Seiten starke Beschlußvorlage des OBM. Pro und Kontra gingen quer durch alle Fraktionen, wobei die Unzufriedenheit vieler Abgeordneter mit der Beschlußvorlage ziemlich deutlich wurde. Andererseits so deutlich nun auch wiederum nicht, um einem ebenfalls vorliegenden Änderungsantrag zuzustimmen. Sicher, da wurden alternative Lösungen angeboten, wurde gar nachgewiesen, daß der vom OBM eingebrachte Stellenplan in keiner Weise dem Sächsischen Kindertagesstätten-Gesetz entsprach, demzufolge sich das Angebot an Kita's „an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien“ zu orientieren habe.

Und was die drastische Reduzierung der Öffnungszeiten anging, so lag jedem Abgeordneten das Ergebnis einer Untersuchung vor, die klar sagte, daß sich

95 % der Eltern eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder wünschen. Auch darauf stützte sich der Änderungsantrag. Der Haken bei der Sache: Dieser Antrag kam ausgerechnet von der Fraktion PDS/DF...

Und während sich dieser und jener Parlamentarier noch völlig uneins mit sich selber war — auf dem Tisch das Papier der Ungeliebten, auf den Rängen die erregten Zuschauer (Wähler!) —, schielte mancher Abgeordnete in Richtung Bündnis 90/Grüne/UFV. Von dort nämlich war ein ähnlicher Antrag vorbereitet worden, und den hätten SPD und CDU auch mitgetragen. Aber: Zuerst wurde über den von PDS/DF abgestimmt. Ergebnis: 44 Ja-, acht Gegenstimmen und 52 Enthaltungen (fast alle CDU). Marion Ziegler von Bündnis 90/Grüne/UFV dazu: „Als der PDS-Antrag wider Erwarten durchgekommen war, zog ich meinen sofort zurück.“

Damit war der Änderungsantrag angenommen und das Papier vom OBM vom Tisch gefegt worden. Das nunmehr gültige geht von täglich neun Stunden qualifizierter Betreuung aus. Die Zahl der dennoch zu entlassenden Erzieherinnen wird von 100 reduziert auf etwa 400, für die zugleich ein Sozialplan in Kraft tre-

sung des Freistaates Sachsen lieferte alenthalben ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Allerdings hätte es dieses Lehr- (besser: Buben-) Stück nicht erst bedurft, um die Begrenztheit der hierzulande praktizierten parlamentarischen Demokratie vorzuführen.

Nicht zuletzt deshalb hat die Fraktion LiLi-PDS darauf gedrungen, daß Sachsens Verfassung sich lösen soll von ausschließlich repräsentativem Demokratieverständnis und sich stark gemacht für plebiszitäre Elemente. darin wie Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid. Auch hat man's nicht bewenden lassen bei Textformulierungen, sondern ist ganz praktisch — allerdings reichlich spät — auf die Straße gegangen, um Unterschriften dafür zu sammeln. Über 47000 sind so zusammengekommen, nach jetzigem Verfassungstext ausreichend für einen Volksantrag.

Und genau da soll nun angeknüpft werden. Die „Initiative für ein demokratisch verfaßtes Sachsen e.V. (i. G.)“, zu Jahresanfang ins Leben gerufen, sieht den Volksantrag nun als Massenpetition und will die Willensbekundung überleiten in ein Volksbegehren bzw. eine neue Aktion zur Änderung und Verbesserung der Verfassung in Gang setzen.

B. Wegner/L. Böhme

ten soll. „Riesen-Schlappe für Lehmann-Grube“ titelte die „Morgenpost“ am folgende Tage.

Das mag so sein. Sicher aber kommt der Kommentator der „Leipziger Volkszeitung“ näher an das Problem heran, wenn er hinter dieser Abstimmungsniederlage ein „Stück Ost-West-Konflikt“ ausmacht. Viele der Abgeordneten hätten in den Kindertagesstätten wohl „eines der wenigen erhaltenen Überbleibsel der DDR“ gesehen. Dem hannoverschen kühlen Rechner Lehmann-Grube fehle dafür wahrscheinlich das Verständnis. Also habe man ihn auf den Boden ostdeutscher Mentalität zurückgeholt.

Der Leipziger Stadtkämmerer indes wird fleißig suchen müssen, wo er die rund 20 Millionen DM, die das neue Konzept mehr kostet, herbekommt.

Hoffentlich hat er die Mahnung etlicher Abgeordneter im Ohr, die Landesregierung zu drängen, daß die zugesagten 37 % der Kosten pro Platz auch tatsächlich finanziert werden. Aber selbst dann bleibt ihm noch die Aufgabe, den Rotstift anderweitig ansetzen zu müssen. Denn im Moment steht fest: In Leipzig wird an den Kindern nicht gespart. — (L.B.)

Forschungsverbund zur „Aufarbeitung“ der DDR

Berlin. Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte berufen fühlt sich die Freie Universität Berlin, war sie doch 1948 als Gegenstück zur Humboldt-Universität gegründet worden mit dem Anspruch: „Es geht um die Errichtung einer freien Universität, die der Wahrheit um ihrer selbst willen dient...“

Bisher 6 Projekte sollen in einem Forschungsverbund durchgeführt werden. Für folgende Themen haben sich bereits „prominente“ Hochschullehrer von rechts (Prof. Wilke) bis „links“ (Prof. Rabehl) gefunden: Gründung der SED, Intervention in der CSSR, Staatssicherheit und Partei, Staatsverbrechen in der DDR, Einflußnahme auf West-Berliner Einrichtungen, Humboldt-Universität als Kaderschmiede der SED. Ganz im Sinne und Jargon der Bundesregierung wird als Absicht des Forschungsvorhabens genannt, man wolle eine Wiederholung des Fehlers nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes vermeiden, der in einer allzu zögerlichen, wenig umfassenden und unzureichenden wissenschaftlichen und politischen Behandlung des Dritten Reiches bestanden habe. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte dürfe sich nicht auf die juristische Würdigung von Verbrechen beschränken. Womit für sie schon von vornherein feststeht, daß die DDR-Geschichte eine Verbrechen-Geschichte war.

Zuhilfe kommt den Forschern vor allem die Öffnung der Staats- und Parteiarchive, die — im Gegensatz zu sonst —

ohne die üblichen Sperrfristen zugänglich sind.

Besonders abheben will sich der Forschungsverbund von früheren DDR-Analysen. Diese hätten sich auf die „immanente Darstellung sozialer Strukturen und Prozesse einer (aus der Perspektive der Bundesrepublik gesehen) ‚alternativen‘ Industriegesellschaft beschränkt, unter Vernachlässigung der politischen Ordnung und unter Verzicht auf einen wertenden Vergleich. Ideologie und Terror als Basis des SED-Regimes standen bei dem Bemühen, den anderen deutschen Staat ‚objektiv-neutral‘ zu sehen, nicht im Mittelpunkt...“ Hier wird mit fortschrittlichen Wissenschaftlern der FU abgerechnet, die sich nicht für die Wiedervereinigungspläne haben einspannen lassen. Deshalb interessiert sich ein Schwerpunkt des Forschungsverbundes auch für die Frage, ob SED und MfS auf die studentische Protestbewegung der 68er Jahre hat Einfluß ausüben können bzw. ob eine Einflußnahme auf den Wissenschaftsbetrieb stattgefunden hat. „... wer waren die, befreundenen Kräfte, mit denen laut einem Beschluß des Zentralkomitees von 1968 Maßnahmen koordiniert werden sollten...“ Daß es sich hierbei nicht um eine personenbezogene Untersuchung handeln soll, darf schlichtweg als gelogen angesehen werden, wird doch zusammen mit der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde gearbeitet. Neben Mitteln aus dem Bundesinnenministerium fließen auch Gelder aus der „Pressestiftung Tagesspiegel“, weitere Gelder werden bei der Volkswagenstiftung beantragt. (Quelle: FU-INFO 3-4/92 — (har)

Auf dem Gegenkongress zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG) wird es auch ein Forum zu Osteuropa geben, wo u. a. auch über die neue Rolle Deutschlands gesprochen werden soll. Anlaß genug, diesen blinden Fleck in der linken Politszene einmal genauer auszuleuchten und zur Ausgangslage für eine Neubestimmung antiimperialistischer Strategie zu machen.

Der real-existierende Machtblock der Sowjetunion ist nicht mehr. Das Aus des Sozialismus ist der gemeinsame Sieg des Weltkapitals. Dieser Kampf hat gute 70 Jahre gedauert. Und was Hitler mit dem 2. Weltkrieg nicht geschafft hat, haben die gemeinsamen Anstrengungen von USA, NATO, EG usw. dank der inneren Schwäche und Verknöcherung des real-existierenden Sozialismus schließlich erreicht. Ein historischer Sieg! Mit einem Winsler (und ohne daß ein Schuß fiel) hat sich das „Reich des Bösen“ aus der Weltgeschichte verabschiedet.

Von dem gemeinsamen Sieg des Weltkapitals profitieren aber nicht alle gleichermaßen. Die USA z. B. steht jetzt dumm da und geht leer aus. (Undank ist der Welten Lohn!) Sie verliert als „Schutzmacht“ an Bedeutung, wird nicht mehr gebraucht und aus Europa höflichst herauskomplimentiert. Außer Schulden nichts gewesen!

Der Golfkrieg war ein letztes (!) Aufbäumen gegen diese unaufhaltsame Entwicklung mit der Drohung: „Militärisch könnt ihr Möchtegerngröße doch nicht viel ausrichten. Was seid ihr ohne die militärische Absicherung der Rohstoffversorgung?“ Und die lieben Partner — Deutschland voran — haben auf ihre Weise darauf reagiert: mit dem zügigen Ausbau des Euro-Pfeilers der NATO, besonders aber mit dem neuen Euro-Korps.

Weg mit Jalta!

Die Nachkriegsordnung von Jalta besiegelte den Sieg über den Hitlerfaschismus und hatte die Schwächung Deutschlands zum Ziel. Das ist inzwischen gründlich daneben gegangen. Denn die Bundesrepublik ist im Windschatten unter dem atomaren Schirm und Schild der USA prächtig gediehen und steht da wie eine Eins. Aber jetzt ist auch noch die Teilung weg! Verständlich der Katzenjammer unserer Nachbarn. R. Chimelli drückt die Ängste der Franzosen aus, wenn er von Paris aus titelt: „Den deutschen Nachbarn zähmen.“ Er fährt fort: „Die Frage wird dringender, wie sich

Have the Germans changed? Oder: Tritt Deutschland das Erbe in Osteuropa an?

Deutschland als verträgliche Größe in das unbequem und instabil gewordene Europa ohne eisernen Vorhang einordnen läßt. (Süddeutsche Zeitung vom 21. 5. 92)

Weg mit Versailles!

Aber die Überwindung von Jalta reicht den Herren in Bonn nicht. Sie wollen sich auch vom Versailler „Diktat“ von anno 1918 befreien. Ziel: territoriale Neuordnung status quo ante 1914. Die Interventionen Deutschlands im jetzigen jugoslawischen Bürgerkrieg weisen darauf hin.

„Im Zerfall Jugoslawiens verfallen auch die Denkmäler der Versailler Friedenskunst.“ (G. Gillissen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. 9. 91) Bekanntlich wurde im Versailler Vertrag der „cordon sanitaire“ festgelegt, ein Sicherheitsgürtel neuer Staaten (Tschechoslowakei, Polen, Baltikum, Jugoslawien), den die Sieger um Deutschland legten, um es in seinem Expansionsdrang nach Osten zu hemmen. Diese Zähmung und Einzäunung hat — wie der 2. Weltkrieg bewies — wenig gebracht. Und trotzdem — so scheint es — will das neue Deutschland diesen Schutzgürtel weg haben. Mit Jugoslawien im Süden und dem Baltikum im hohen Norden ist Bonn schon ein gutes Stück vorangekommen. Im Baltikum hat sich Bonn zunächst noch zurückgehalten und erst im Verein mit Frankreich und USA die baltischen Staaten anerkannt. Jetzt reibt es sich die Hände: Man ist wieder bei 1914 und hat einen schönen geostrategischen Brückenkopf, mit dem Frankreich und USA anfangen können. (Das Baltikum rangiert dementsprechend auf der Punkteliste der Deutschen Bank als „wirtschaftlich stark“ auf den vorderen Rängen.)

Alleingang in Sachen Jugoslawien

Aber schon bald, nämlich im Fall Jugoslawiens, gab Bonn diese vornehme Zurückhaltung auf und preschte in der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vor. „Aus Potenzen werden Handlungen.“ Das bislang wohl markanteste Beispiel eines nationalen außenpolitischen Alleingangs ist die deutsche Durchset-

zung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens innerhalb der EG. Daß die Gemeinschaft schließlich auf den deutschen Kurs umschwenkte, ist also kein ruhmreiches Beispiel der „Einbindung“ Deutschlands, sondern zeigt die Instrumentalisierung der EG für deutsche Interessenpolitik. . . Kohl/Genscher drohen den EG-Partnern schließlich mit einer „schweren Krise, falls . . .“ Damit kommen die verborgenen Parallelen deutscher Außenpolitik zu fragwürdig historischen Affinitäten des Kaiser- und Dritten Reiches grell zum Vorschein.“ (Michael Kalmann vom Friedensinstitut Weilheim, in: „Frieden“ 2/92, *Mediatas*, S. 20/21)

Ja, man muß weit in die Geschichte zurückgehen, um zu kapieren, was hier gespielt wird. Nach der Annexion Bosniens 1908 durch Habsburg-Österreich (Vorspiel für den 1. Weltkrieg) war der Ruf „Serbien muß sterben!“ in aller Rechter deutscher Munde. Und auch in der Gegenwart wurde Jugoslawien in deutschen Medien immer wieder als „Kunstgebilde“, als „Zwangsstaat, in dem die Völker zusammengepfert sind“, hingestellt. Und als Schurke wird eindeutig Serbien ausgemacht — alles wie gehabt. Dagegen betont Debré, ehemaliger französischer Außenminister, daß Jugoslawien als Staat „eine wohlüberlegte Schöpfung Frankreichs und seiner Verbündeten nach dem 1. Weltkrieg ist.“ (*Figaro*, 9. 10. 91) (. . .)

Die größte Land- und Machtverschiebung seit dem 17. Jahrhundert

Bei der deutschen Bejahung der Zerstückelung der Sowjetunion in Kleinstaaten reicht selbst 1914, also die Zeit des guten Zarenreiches vor der bösen „bolschewistischen Machtergreifung“, nicht aus. Die Grenzrevision setzt vielmehr noch vor dem Zarenreich an und reicht bis ins 17. Jahrhundert zurück.

Zum Vergleich: In Deutschland gab es damals in den 335 Kleinstaaten in mehr als 1500 voneinander getrennten Gebieten, in Südamerika drei Vizekönigreiche, und die USA gab's noch gar nicht, es sei denn als englische Kolonie an der Ostküste! Unvorstellbar, wie die Weltkarte ausschauen würde, wenn die west-

liche Welt, die ja anscheinend an der Zerbröselung des Sowjet- und Zarenreiches einigen Wohlgefallen findet, in demselben Maße zerbröseln würde! In Deutschland endlich ein freies Bayern und ein freies voll autonomes Unterfranken — der Traum aller Vollblut-Anarchisten würde in Erfüllung gehen! Und auch alle Antikolonialisten und Antirasisten würden sich freuen, denn Kalifornien und Texas lägen in Mexico bzw. gehörten noch den Apachen.

Viele Linke haken den Zerfall der Sowjetunion in Kleinstaaten unter dem Stichwort „Selbstbestimmungs- und Sezessionsrecht der Völker“ ab und gehen damit der Frage aus dem Weg, ob diese Sezessionen nicht in erster Linie anderen, nämlich den Großmächten nützen. Elegant wird hier auch die heikle Frage umschifft, ob es irgendwelche Drahtzieher gibt, die diese Sezession geschürt haben und die vielleicht Interesse an diesen neuen Staatsgebilden haben könnten. Des Volkes Wille wird zu mystischer Höhe erhoben: Die Letzten haben sich aus jahrhundertaltem Zaren- und Bolschewistenjoch befreit, ebenso die Slowenen und und und. Das hörte sich 1914 im Sozi-Parteiorgan „Die Neue Zeit“ so an: „Die Grenzbevölkerung in Väterchens Reich hat mit jubelndem Zuruf die deutschen Vortruppen begrüßt, denn was in diesen Strichen an Polen und Juden sitzt, hat den Begriff Vaterland immer nur in Gestalt von Korruption und Knute zu schmecken bekommen.“ (aus dem noch immer lesenswerten Buch „Die Krise der Sozialdemokratie“ der Genossin Rosa Luxemburg) Gottseidank brauchen wir heute keine Truppen mehr . . .

Damit kein Mißverständnis entsteht: Mit Recht kämpfen Linke für Dezentralität und Autonomie in allen Bereichen, — nur sollte man da nicht auf einem Auge blind sein. Wenn man die Kleinstaaterie in Süd- und Osteuropa begrüßt, sollte man sie konsequenterweise erst recht für die Machtkolosse USA, Europa usw. fordern (s. o.).

Denn angesichts weltweiter Kapitalverflechtung und solcher Wirtschaftskolosse wie EG, Japan oder auch die USA sind das Baltikum oder Slowenien nichts

anderes als ein Spielball der Großmächte bzw. Deutschlands! Ein Marionettenregime — und nichts weiter! „Und wenn sogar die Slowenen die Devisendeckung für ihre geplante eigene Währung nicht schaffen, dann wird dies auch den Kroaten, den Litauern, den Armeniern oder Kurden nicht gelingen . . .“ (Robert Kurz, Autor des derzeit viel diskutierten Buches „Der Kollaps der Moderne“) Und genau diese totale wirtschaftliche Abhängigkeit von den westlichen Großmächten ist von eben diesen beabsichtigt. (. . .)

Verlierer und Gewinner von Territorium

Gemeinhin spielt in Europa bei der Definition von wirtschaftlicher und politischer Macht neben Bevölkerung, Ressourcen und strategischer Lage das Territorium eine große Rolle. Und das war beim Russischen Reich schon immer groß und wurde als Bedrohung angesehen. Weder Napoleon noch Kaiser Wilhelm noch Hitler waren ihm gewachsen. Und das löst sich so mir nichts mit einem Winsler auf, zersplittet sich?

Umgekehrt hat die BRD als einziges Land in Europa in jüngster Zeit an Territorium gewonnen — was nur zu gern heruntergespielt wird. Kissinger, Ex-Außenminister der USA: „Einst galt die schlichte Formel ‚Territorium = Macht‘. Aber die BRD sei „durch Landgewinn nicht gerade stärker geworden.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 20. 5. 92) Das sieht Michael Stürmer, Kohls Hof-Historiker, schon ganz anders: „In Wahrheit kamen die Deutschen im Jahr 1 der Einheit zu der Erfahrung, daß das vereinte Deutschland nicht die um fünfeinhalb Länder erweiterte BRD ist, sondern daß die neue Weltlage Deutschland, ob es will oder nicht, in die geostrategische Bruchzone Europas gerückt hat. Damit wird das Land all jenen Gefahren wieder (! — d. Verf.) ausgesetzt, die diese Lage immer enthielt und enthalten wird. Die *conditio Germaniae* ist wegen der Wiedervereinigung leichter, wegen des damit verbundenen weltpolitischen Umbruchs aber zugleich schwieriger.“ (aus: „Grenzen der Macht“, S. 247) . . . — (wih, gekürzt)

1. Der Einfluß Deutschlands besteht nicht erst seit der Wende.

Die „Ostpolitik“ seit den 70er Jahren hat die Länder zu Hauptschuldnern der BRD gemacht. Der Osthandel mit der BRD stand und steht an erster Stelle. Seit dem 12. Jahrhundert ist Deutschland Hauptwirtschaftsmacht und Handelspartner (z. B. Hanse, Polen-Preußen, Habsburg).

2. Modell Deutschland — innere Stabilität (politisch und sozial), starke stabile Wirtschaft, führende Macht in der EG, ist ein Exportschlager Nr. 1 und gilt in dem rasant zerfallenden Ostblock als erfolgversprechend.

3. In Ungarn, Polen, der CSFR sind Politiker (Präsident und Außenminister) an der Macht, die rundum deutschfreundlich sind. Sie sind fast schon Statthalter Bonns, die Bonn jeden Wunsch von der Hand lesen. Waleśa hat sich schon früh für das deutsche Selbstbestimmungsrecht eingesetzt und wartet auf Belohnung. Er ist für jedes Zugeständnis an Bonn zu haben. Havel . . . (. . .)

4. Die anderen EG-Staaten wie Frankreich, Niederlande, Großbritannien sehen das mit Argwohn. Sie wollten alle erst gar keine Wiedervereinigung, ergaben sich aber bald der Macht des Faktischen. Mitterand wurde in Polen und in der Sowjetunion abgeblitzt, als er alte Bündnispartner gegen die deutsche Einheit suchte.

Der britische Wirtschaftsminister N. Ridley, der vor zwei Jahren die Währungsunion „als Gaunerei der Deutschen“ bezeichnete, die darauf abziele, „in ganz Europa die Macht zu ergreifen“, mußte schnell seinen Hut nehmen und seine antideutsche Chefin Thatcher bald darauf. Geschichte das alles ohne irgendeinen Druck und ohne Einflußnahme von Bonn? Im westlichen Ausland, aber auch in Osteuropa weckt das neue Deutschland böse Erinnerungen, und Vergleiche wie „Großdeutschland“ oder 4. Reich (so der Titel eines Buchs von Heleno Sana, erschienen bei Rasch und Röhring) „verwirren keineswegs jeden normalen Zeitgenossen“ (aus

Thesen zur Rolle Deutschlands bei der Neuordnung Osteuropas

einem Papier der „GRÜNEN“).

5. Deutschland läßt keinen ran, wenn es um die Besetzung zentraler Schlüsselstellungen geht, trotz anderslautenden treuherzigen Beteuerungen. Die DDR ist fest in westdeutscher Hand. Selbst wenn die großen Konzerne wenig investieren, haben sie als eine Art Platzhalter ihr Terrain abgesteckt. Da sind die transnationalen westdeutschen Konzerne ganz engstirnig national (Banken, Versicherungen, Handel, Infrastruktur).

6. Die CSFR ist das beste Beispiel jüngster deutscher Wirtschaftsexpansion. Trotz schärfster Konkurrenz von Frankreich und Schweden haben VW und Siemens Skoda geschluckt, Mercedes die LKW-Firmen AVIA und Liaz. „Le Figaro“ spricht von einem „Blitzkrieg der deutschen Industrie“. Die deutschen Firmen haben den Zuschlag sicher nicht nur gekriegt von wegen „deutscher Wertarbeit“. Man möchte es sich mit dem mächtigen Nachbarn nicht verderben.

7. Projekte wie eine deutsch polnische Wirtschaftszone an der Oder, der Ausbau des Baltikums als wirtschaftlicher Stützpunkt dienen ebenso wie Freihandelszonen um Kalingrad oder St. Petersburg wirtschaftlicher Durchdringung. Wandel durch Handel — jahrhundertlang bewährt. Wenn es dabei bleiben würde, warum nicht.

8. Hat nicht der Crash-Kurs in der DDR, der die ehemalige DDR als Industriestandpunkt platt gemacht hat, nicht auch den ganzen Ostblock mit in den Strudel gezogen? Sind nicht dadurch in den RGW-Staaten, wo die Wirtschaft eng untereinander verzahnt war und fast der gesamte Warenaustausch im Binnenmarkt mit Verrechnungseinheiten abge-

wickelt wurde, diese Wirtschaften auf das jetzige Null-Niveau gebracht worden? Mitnichten herrschten vor der Wende ein solches Maß an Arbeitslosigkeit, Armut und Elend wie jetzt. Ob und wie weit der jetzige Zustand auf das Konto der Planwirtschaft geht, bedürfte auch einer genaueren Analyse und nicht der jetzt üblichen Schwarz-Weiß-Malerei.

9. Hat nicht Bonn im Alleingang die Zinsen erhöht und damit den in der Flaute befindlichen Wirtschaften Frankreichs, Italiens und Großbritanniens in schwere Nöte gebracht? Welche Auswirkungen hat das auf Osteuropa, das dringend Kredite benötigt und Schulden zurückzahlen muß, bei Hochzinssniveau? Die EG und Osteuropa sind nicht so gut bei Kasse wie deutsche Unternehmen, die sage und schreibe über die gewaltige Summe von 670 Mrd. DM verfügen. Siemens allein 20 Mrd. DM! Die Unternehmen lassen sich vom Staat beim Aufbau der DDR kräftig aushalten.

10. Deutschland war Vorreiter in der Anerkennung des Baltikums. Die Anerkennung Sloweniens war ein Alleingang, dem sich die anderen EG-Staaten wohl oder übel fügen mußten, und der überall böses Blut gemacht hat. „Jugoslawien ist eine wohlüberlegte und nicht improvisierte Schöpfung Frankreichs und seiner Verbündeten nach dem 1. Weltkrieg . . . Sind diese Tatsachen derart aus unserem Gedächtnis entschwunden, daß wir uns beeilen könnten, die Sache Jugoslawiens aufzugeben und — unter europäischem Vorwand — Deutschland zu folgen, . . . das das Ende des jugoslawischen Staates und die Anerkennung eines kroatischen Staates will?“ (Debré, in: *Le Figaro*, 9. 10. 91) Und hier redet man von einem künstlichen Gebilde Jugoslawiens.

Ist die Angst vor den Deutschen so völlig aus der Luft gegriffen? Immerhin will sich Deutschland laut Staatssekretär Köhler auf dem Weltwirtschaftsgipfel „so darstellen, wie es ist, nicht größer, aber auch nicht kleiner machen. Man bemühe sich um ein Erscheinungsbild, das nicht protzig wirke.“ Bonn spielt Theater, weiß aber sehr genau, daß es protzig ist. Teltchik droht: „Die BRD ist ein gleichberechtigter Partner, an den sich manche angesichts seines Gewichts noch gewöhnen müssen. Sie werden es umso eher tun, wenn die deutsche Politik nach innen und nach außen berechenbar bleibt.“ (*Die Zeit*) Es bleibt ihnen auch keine andere Wahl.

11. Gibt es einen deutschen Revisionismus? Welche Rolle spielen die deutschen Minderheiten in Osteuropa? Wie werden sie von den Landsmannschaften, DVU, Republikanern und den C-Parteien als Mittel zur inneren Einmischung, als Druckmittel benutzt? Waigel entdeckt die Sudetendeutschen als 4. Stamm Bayerns. (*Frankfurter Rundschau* vom 21. 5. 91)

Warum ist das Münchner Abkommen von 1938 nicht von Anfang an für null und nichtig erklärt worden? Gilt es also bis zu Hitlers Einmarsch 1939? War also die Abtretung des Sudetenlands ans Reich damals rechtens und gilt das heute noch?

Bei den Verträgen mit Polen oder der CSFR sind alle strittigen Fragen ausgelassen. Man behält sich vor, man hält sich offen. „Dieser Vertrag (polnische) befaßt sich nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und nicht mit Vermögensfragen.“ (*Bulletin*, 18. 6. 91) Warum ist bis heute kein Friedensvertrag abgeschlossen? Deutschland versteht sich weiterhin als Rechtsnachfolger des 3.

Reichs (in welchen Grenzen?).

Wie wenig unverletzliche Grenzen gelten, dazu ein Blick zurück: „Bahr: Die Grenze zwischen dem einen und dem anderen Teil Berlins sei politisch ebenso unantastbar wie die Grenze zwischen der UdSSR und Finnland. Die Grenze zwischen der CSSR und der BRD sei ebenso unantastbar wie die Grenze zwischen der BRD und der DDR . . . Das politische Entscheidende sei, daß die Grenze dort bleiben solle, wo sie jetzt ist.“ (aus den Protokollen zu den Moskauer Verträgen) (. . .)

Zusammenfassung

Alles in allem ist das größere Gewicht, das die BRD in die Waagschale zu werfen hat, nicht wegzuleugnen. Der Macht des Faktischen können sich die Staaten Osteuropas nur schwer entziehen (Wirtschaft am Boden, territoriale Zersplitterung, Mord und Totschlag . . .). Das Modell Deutschland wird als das Modell gesehen und Bonn mit jeder Art von Avancen hofiert. Die Pflege kultureller Gemeinsamkeiten (Boom der deutschen Sprache und Kultur), der Rückgriff auf die Tradition jahrhundertalten Handels sollen die Vernichtungsfeldzüge zweier Weltkriege vergessen machen. Alte Freundschaften in unseliger Tradition (Paneuropa Otto von Habsburgs) werden geschlossen, und die starken deutschen Minderheiten werden als Druckmittel zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten benutzt. Insgesamt ein Szenario, das nicht gerade in eine lichte Zukunft weist.

„Wenn die Gemeinschaft verdünnt wird, wird Deutschland Europa beherrschen. Die Deutschen erstreben selbst keine Vormachtposition. Aber wenn man die Tschechoslowakei, Slowenien, Kroatien und Ungarn nimmt, dann sieht man, daß eine deutsche Welt, ein barockes Deutschland sehr wohl existieren.“ (Francois Poncet, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. 10. 91)

(Mit Erlaubnis des Autors von der Redaktion leicht gekürzt)

Termine

19. 6. 92. B&G-Treffen der VSP zum Tarifvertrag 2000. Thema: Fraueninteressen. Beginn 17 Uhr, Ort: Glashüttenstr. 106, 2000 Hamburg.

20. 6. 92 Bundesweite Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen“. Beginn 11 Uhr, Ort: Bonn.

20. 6. 92 15. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen. Beginn 10 Uhr; Schulzentrum Ostheim, Hardtgenbuscher Kirchweg 100, Köln-Ostheim.

3.-5.7.92 Gegenkongress und Demonstration zum Weltwirtschaftsgipfel. München.

3. 8.-6./7. 8. 92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort steht noch nicht fest. Die methodisch-methodologischen Grundsätze der Kurse sollen sein: — Brückenschlag zwischen Generationen sowie zwischen Linken unterschiedlicher Herkunft, besonders auch aus Ost und West. — Einstiege schaffen gegen die Verweigerung von Sachkompetenz durch die Herrschenden. — Soziales Wissen als sozialer Prozeß aneignen. — Zeit und Möglichkeit schaffen, sich selbst zu vergewissern. — Lernen, eigene Interessen zu formulieren, kenntlich zu machen und darüber in den Diskurs zu kommen. Folgende Kurse werden angeboten:

— Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesellschaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln?
— Strukturpolitik in den neuen Bundesländern und moderne ökonomische Theorien
— Das Jahr 1945 — eine verpasste Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 623 26 10, Fax Gera 231 80; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/220 42 78, Fax: 229 74 19.

29. 8. 92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

26./27. 9. 92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: voraussichtlich Nähe Leipzig.

26./27. 9. 92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Ort: Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10./11. 10. 92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

31. 10./1. 11. 92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Baldige Anmeldung erbitten.

6. bis 8. 11. 92. Berlin: Antirassismuskongress der PDS.

7. 11. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. 11. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

14./15. 11. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen und Ort werden noch bekanntgegeben.

28./29. 11. 92. a.o. Bundeskongress der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Genauer Zeitplan und die genauen Themen des Kongresses werden noch bekanntgegeben.

Zur programmatischen Neuorientierung der RAF

Im Frühsommer des vorigen Jahres hielten es Gefangene aus der RAF nicht mehr für angemessen, wie eine militärische Formation über Operationsgeheimnisse zu schweigen. Sie erörterten ihre Zusammenarbeit mit Behörden der damaligen DDR wie eine Sache, die Geschichte geworden ist. Die im Mai dieses Jahres herausgekommene anonyme Erklärung der RAF begründet nun die einseitige Einstellung der Kampfhandlungen politisch. Aus dem Untergang des Weltsystems des realen Sozialismus zieht die RAF den Schluß, „daß die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können“. Damit hat die RAF zu verstehen gegeben, daß die Argumente, die sie seinerzeit bewogen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, aus ihrer Sicht jedenfalls heute nicht mehr greifen. Es geht nicht mehr um die Entscheidung derer, die „den Schritt tun“, sondern um das „Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker“. Niemand wird sich anmaßen, dieses Selbstbewußtsein zu repräsentieren, jedenfalls nicht „authentisch“. Konsequenter kommt die Erklärung, nachdem sie die Position des staatlichen Gewaltmonopols in den sozialen und politischen Kämpfen der Zeit charakterisiert, zu der Feststellung: „Vor allem daran, wie ... Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer Raum für Lösungen erkämpft werden kann ... Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen. Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält; und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussion und Aufbau schützen.“ Gemeint sein muß hier, daß die Situation der Eskalation für die entstehenden sozialen und politischen Bewegungen gefährlich werden kann. Dabei könnte man es bewenden lassen. Der Text fährt jedoch in einer gefährlichen Wendung fort: „Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen uns setzen, dann ist für uns die Phase des Zurück-Nehmens der Eskalation vorbei — wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.“ Diese Ankündigung geht an der Realität vorbei. Wir sind alle nicht in der Lage, uns Angriffe anzu-

schauen, etwa wie ein Drama. Auch die RAF hat nicht gleichsam eine Option, entweder auf „Anschauen“ oder „Tätig-werden“. Wir sind doch, ob es uns dabei übel geht oder gut, Teilnehmer der Geschichte. Die Erklärung der RAF ist offensichtlich von der Absicht geleitet, dem Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu nützen. Sie nimmt Anteil an deren Bewegungen und respektiert deren authentisch erklärte Ziele. Daran soll nicht gedeutelt werden. Es ist außerdem eine große politische Leistung, unter so extremem Druck, wie ihn die RAF erleidet, eine politische Neuorientierung richtig zu begründen. Aber trifft die nachfolgend zitierte Schlußbemerkung der Erklärung wirklich zu? Sie lautet:

„Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können. Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden.“

Dazu einige Fragen und dagegen einige Einwände. Wer sind „sie“? Wer sind „ihre Eliten“? Ist mit „Krieg“ gemeint, einzelne Angehörigen und/oder Handlungsbevollmächtigte der herrschenden Klasse zu töten? Ist es überhaupt ein revolutionärer Grundsatz, daß Gleiches mit Gleichem vergolten werden soll? Dagegen wird hier die Meinung vertreten, daß die angemessene Antwort auf den Krieg nicht der Krieg ist, sondern Defätismus, Eintreten für die Niederlage der eigenen herrschenden Klasse, politische Revolution und soziale Befreiung. In Begriffen des täglichen Lebens: Wenn z.B. Kinkel, wie er tat, davon redet, Serbien müsse in die Knie gezwungen werden, so kann diese gefährliche Kriegsvorbereitung und Mordbeihilfe nicht durch ein Attentat auf seinen Redenschreiber abgewendet werden. Revolutionäre Politik in ihrer ganzen Breite muß sich der Sache annehmen. Es muß einige zehntausend Verweigerer mehr geben, Rüstungsprojekte müssen platzen, im Ausland, z.B. bei den dänischen Nachbarn, muß man aufpassen, was sich hier zusammenbraut, und Konsequenzen ziehen.

In der RAF-Erklärung heißt es ja

auch: „Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann, zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt.“

Hier wird vertreten, daß einen Beweis für diese Möglichkeit auch die Inhaftierten der RAF selbst geliefert haben, die unter den Bedingungen einer grausam entnervenden Haft und gezielter Desinformation am politischen und sozialen Widerstand teilgenommen und zu seiner Festigung beigetragen haben. Ihr Verhalten war und ist eine wirkliche Alternative zur geforderten Unterwerfung. Die herrschende Klasse kann politische und soziale Bewegungen eben nicht

„plattmachen“. Es ist schon wahr, daß im politischen Leben die Situation Steine gegen Panzer oberflächlich gesehen die Ausgangslage ist. Da liegt der Gedanke schon nahe, daß Panzerabwehrwaffen her müssen. Die politischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die auch in der Erklärung der RAF so reflektiert werden, haben jedoch eine andere Antwort hervorgebracht: Es geht um einen zähen Kampf mit dem Ziel der Mäßigung des staatlichen Gewaltmonopols, der Zivilisierung des gewaltbereiten Haufens, den man Staat nennt. Denn gerade wer davon ausgeht, daß die herrschende Klasse soziale und politische Errungenschaften mit Gewaltmitteln angreift, muß sich doch vor allem darum bemühen, daß sie weniger davon einsetzbar, verfügbar hat, wenn sie auf das Neue, das in der Gesellschaft entsteht, reaktionär und gewalttätig losgeht. — (maf)



Berichte

Arbeitstagung des Arbeitskreises öffentlicher Dienst

Am 13./14. Juni fand die diesjährige Arbeitstagung des Arbeitskreises öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik mit 20 Teilnehmern in Frankfurt statt.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand die Eingruppierungssystematik und die Zielsetzung, durch Gestaltung der Eingruppierungskriterien ein Abrutschen in Armut zu verhindern und vor Diskriminierungen zu schützen. Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz waren geänderte Wertvorstellungen, die erfordern, daß tarifliche Regelungen geschaffen werden müssen, die z.B. diejenigen Beschäftigten absichern, die nicht oder nicht in Vollzeit bei der Erreichung des Rentenalters arbeiten wollen. Gleichzeitig müssen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die Vollzeitarbeit bis zur Rente ermöglichen, d.h. vor allem tarifliche Begrenzung des Arbeitspensums und weitere generelle Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere als Ausgleich für besondere Belastungen.

Auf einer Abendveranstaltung wurde dann noch am Beispiel der Postreform erläutert, welche Probleme — verstärkt im Zusammenhang mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes — auf Dienstleistungsempfänger aber auch auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zukommen, daß Privatisierungsmaßnahmen neue Dimensionen und neue Qualität gewinnen werden. — (kar)

VSP-Delegiertenkonferenz

Am 13. und 14. Juni fand in Oberhausen die 5. ordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz der VSP statt. Die etwa über 40 Delegiert/innen (sie vertraten etwa 300 Mitglieder) berieten über eine kri-

senhafte Entwicklung: Ein Teil der Mitglieder, die sich zur IV. Internationale bekennen, fordert die Umwandlung der VSP in einen „Dachverband“, das Frauen-ZK, das im vergangenen Jahr die Organisation leiten sollte, machte einen erschöpften Eindruck.

Die DK beriet eingangs über ein Diskussionspapier „Flucht, Einwanderung, Rassismus“, in dem u.a. die These vertreten wird, die Forderung nach „offenen Grenzen“ sei „die einzig mögliche, nicht-rassistische Position“ und gefolgt wird: „Wir stehen damit (mit dem „Anti-Rassismus“) gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, auch gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse“.

Eine Abstimmung über dieses Papier fand am Ende nicht statt, auch nicht über ein Diskussionspapier zum „Feminismus“, in dem die „feministische Theorie“ in Gegensatz zur marxistischen Gesellschaftsanalyse zur „unverzichtbaren Erklärung und politischen Strategie der Befreiung der ganzen Menschheit“ erklärt wird.

Bei der anschließenden Statutendiskussion wurde ein Antrag, das Statut vorläufig auszusetzen, mit großer Mehrheit verworfen. Anstelle des geltenden, an der Tradition des „Demokratischen Zentralismus“ festhaltenden „Zentralkomitees“ wollten die Antragsteller ein Koordinierungsgremium und als höchstes Organ die Zentrale Delegiertenkonferenz. Stattdessen wurde beschlossen, daß eine „Strukturkommission“ über Änderungen am Statut beraten soll.

Ein Antrag, schon jetzt anstelle des ZK eine Art „Koordinierungsrat“ zu bilden, erhielt nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Dem darauf gewählten acht Personen umfassenden ZK gehört nun kein einziges Mitglied mehr an, das noch die Erfahrungen der KPD/ML, einer der beiden Gründer-Organisationen der VSP, mitbringt.

Die Konferenz beschloß mit großer Mehrheit, die nächste außerordentliche

ZDK müsse sich erneut mit der Frage VSP/IV. Internationale befassen.

Über die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Richtungen, etwa bei den kommenden Wahlen, wurde nicht beraten.

Als bundesdeutsche Gäste auf der Konferenz waren anwesend: BWK, PDS/LL NRW und Ökoli. — (rül)

Mitgliederversammlung des Herausgeberkreises Nachrichten Chemische Industrie

Am 13. Juni hat die Jahresversammlung des Herausgeberkreises Nachrichten Chemische Industrie stattgefunden. Zur Diskussion über die aktuellen Mantel- und Entgelttarifeinsetzungen in der chemischen Industrie West lag ein Bericht vor, der sich auf Veröffentlichungen in NCI stützte (siehe Heft 12/92, 5/92). Zur Fortsetzung der Diskussion über „Moderne Managementmethoden“ (Sozialtechniken/Konzernstrategien zur Personalführung) lag der Mitgliederversammlung ein Vortrag vor, der in Heft 14/92 der Nachrichten Chemische Industrie veröffentlicht wird. Projekte für die Hefte bis zur nächsten Redaktionssitzung am 16. 9. 92 in Hannover wurden festgelegt.

Der Vorschlag einer kleinen, regionalen Beteiligung des Herausgeberkreises am GNN-Verlag in Niedersachsen/Bremen wurde von den Anwesenden unterstützt. — (mio)

Seminar sozialistischer Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg

Am 13. 6. 92 fand in Kiel das 5. Seminar sozialistischer Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg mit 20 Teilnehmern statt.

Zum ersten Thema „Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern“ wird das Referat der PDS und ein schriftlicher Diskussionsbeitrag in dem nächsten Rundbrief der ARGE veröf-

fentlicht. Das Referat eines Mitglieds der Volksfront Hamburg zur deutschen Expansionspolitik gegenüber Polen wird im September überarbeitet im Volksecho erscheinen.

Als Termin für das nächste Treffen wurde der 19. 9. 92 vereinbart, 10 bis 16 Uhr in Schwerin, u.a. zu dem Thema „EG, Maastricht und die Europawahlen“. — (sul)

Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung“ bei der PDS

Am 14. 6. 92 traf sich die „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung / Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ in Schweinfurt. Zum Thema „Wirtschaftsdemokratie — Utopie oder Perspektive? Ist immer mehr Wachstum global und wirtschaftlich vertretbar?“ referierte F. Plate von der PDS Halle. Über Hintergründe und Ziele der geplanten Autobahntrasse A 81 Schweinfurt-Erfurt-Magdeburg, die angewandten Verschleierungspraktiken und die diktatorischen Inhalte des neuen Beschleunigungsgesetzes referierte ein Vertreter der Bürgeraktion B 19.

Gegenstand kontroverser Diskussion war die geplante Sammlungsbewegung Ost um Diestel und Gysi. Während alle Anwesenden aus der PDS Thüringen die Absichten einer Bewegung mit dem Ziel der Veränderung des Einigungsvertrages unterstützten, lehnten die Teilnehmer des Treffens aus Bayern sämtlich Schaden dieser „Bewegung für nationale Ziele“ für die PDS und die Linke. Referate und Diskussionsprotokoll des Treffens werden im nächsten Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft (erhältlich über GNN Bayern, Holzstr. 2, München) veröffentlicht werden.

Dem Treffen lagen auch ca. 30seitige „Materialien zur Berufsverbotspraxis in Bayern“ von der Arbeitsgemeinschaft antifaschistische Bildungspolitik vor. — (cls)

Die BRD-Justiz bei ihrem „Roll-back“ — Interview mit dem Antifaschisten Kielhorn

Kurz nach dem Vollzug der Annexion der DDR ließ die BRD-Justiz die Antifaschisten Karl Kielhorn in Ost-Berlin und Gerhard Bögelein in der Nähe von Leipzig verhaften. Darauf hatte die rachsüchtige westdeutsche Klassenjustiz lange gewartet. Den beiden wurde vorgeworfen, 1947 in dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Kłajpeda 57 als Mitglieder der Lager-Antifa den faschistischen Stabsrichter Kallmerten, der für die Ermordung vieler sowjetischer Partisanen und Partisaninnen verantwortlich war, nach einer Auseinandersetzung erschlagen zu haben. Die 22. Strafkammer des Oberlandesgerichts Hamburg eröffnete den Prozeß und sprach am 18.5.92 das Urteil: Freispruch für Karl Kielhorn (73 Jahre alt) und lebenslange Haftstrafe für Gerhard Bögelein (69), obwohl dieser bereits in der Sowjetunion verurteilt worden war. Das Gericht begründete diese Abkehr vom Prinzip des Verbots doppelter Bestrafung damit, daß es das Urteil des sowjetischen Gerichts von damals nicht anerkenne — die Prozeßunterlagen hingegen hatte es benutzt. Der Prozeß, der in der linken Öffentlichkeit wohl zu wenig Aufmerksamkeit erhielt, basierte auf Ermittlungen eines Richters aus den fünfziger Jahren, der kurz zuvor noch am Volksgerichtshof Freislers beschäftigt gewesen war.

Das folgende Interview führten die Politischen Berichte einige Tage nach dem skandalösen Urteilsspruch, der Gerhard Bögelein, einen erkennbar schwer angeschlagenen alten Menschen, für den Rest seines Lebens hinter Gitter verbannen soll und ihm — im Unterschied zum am selben Tage verurteilten faschistischen Schlächter Schwammberger — nicht einmal Haftverschonung gewährt. — (uga)

triert. Von dort aus gingen dann die Transporte in die verschiedenen Städte Litauens. Ich kam mit ca. 4000 Kriegsgefangenen nach Kłajpeda, das war das vor dem Krieg von Hitler annektierte Memel.

PB: Wie war nun die Lage in Kłajpeda, und welche Aufgaben hatten dort die deutschen Kriegsgefangenen zu lösen?

K.K.: Kłajpeda war fast völlig von der faschistischen Kriegsmaschinerie zerstört — der Hafen gesprengt, das Verkehrsnetz vernichtet, kein Strom, wenig Wasser; Trümmer, Trümmer so weit man sehen konnte. Deutlicher konnten uns die Verbrechen Hitlerdeutschlands gar nicht vor Augen geführt werden.

Daher bestand die erste Aufgabe der Kriegsgefangenen darin, einen kleinen Teil dieser historischen Schuld durch ehrliche Wiedergutmachungsarbeit zu tilgen. In Kłajpeda bauten wir uns erstmal unsere eigene Kriegsgefangenenunterkunft in einer ehemaligen fünfstöckigen Zigarettenfabrik auf bzw. aus. Anfangs hatten noch die ehemaligen Offiziere die Leitung in der Hand, sowohl im Lager als auch auf den einzelnen Außenbaukommandos.

Das änderte sich jedoch im Laufe des Jahres 1956. Eine Gruppe von Antifaschisten um den früheren KP-Reichstagsabgeordneten Willi Agatz wurde immer aktiver und strahlte immer mehr Anziehungskraft aus. Bereits Ende 1945 fanden jede Menge politische Gespräche, Versammlungen und Auseinandersetzungen statt. So entwickel-

zur Sowjetunion war immer noch durch die Goebbelsche Brille von „Sibirien“ und „Gennickschuß durch die Russen“ getrübt. Jetzt erst begann ich zu begreifen, welche Schuld das deutsche Volk auf sich geladen hatte, welche großen Verbrechen die Naziwehrmacht gegenüber dem Sowjetvolke begangen hatte. Ich begann das Unrecht zu begreifen, die vielen, vielen Toten, die zerschossenen Städte und Dörfer ... — das alles verlangte in mir nach einer Klärung.

Die sowjetische Lagerleitung in Kłajpeda übergab uns Material, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. So hatte ich erstmals in meinem Leben die Gelegenheit, Bücher von Engels, Marx und Lenin zu lesen. Dabei gewann ich die ersten marxistischen Erkenntnisse.

PB: Welche Erkenntnisse waren das z.B.?

K.K.: Na, die wichtigste erste Lehre bestand darin, daß ich begriff: Die Gesellschaft ist in zwei Klassen gespalten — in die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten. Wie las ich das bei Lenin? — „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klasse zu suchen.“

Und die zweite Erkenntnis folgt logisch daraus: Will ich eine Frage politisch sehen, muß ich sie vom Klassenstandpunkt

dergutmachungsarbeit“ verstanden, weil vieles jetzt schon politisch begriffen wurde. Das war die Zeit, als die Antifa auch die ehemaligen Offiziere aus ihren Leitungsfunktionen ablöste.

PB: Wie stand denn die sowjetische Verwaltung dazu?

K.K.: Die sowjetische Leitung des Lagers hat die antifaschistische Schulungsarbeit unterstützt. Sie gab uns Material — sagte uns aber über die zuständigen sowjetischen Offiziere: „Ihr habt unsere Unterstützung, den Weg müßt Ihr aber alleine gehen.“ Es war ja so wichtig, den Kriegsgefangenen wieder eine Perspektive zu geben, sie von der Lethargie zu befreien.

Und so entwickelte die Antifa viele Initiativen, um möglichst viele einzubeziehen: Es wurde die Kulturarbeit aufgebaut; Orchester, Theater — die ersten Aufführungen. Es wurde ein Sportplatz gebaut — Spiele, Wettkämpfe und Erholung. Und es wurde viel für die Bestarbeiter getan. In allem hatte die Antifa die Unterstützung der sowjetischen Offiziere.

Es gab, wie wir später erfahren, die antifaschistische Bewegung in fast allen sowjetischen Kriegsgefangenenlagern — natürlich in unterschiedlichen Formen. Es gibt dazu ein interessantes Buch, „Kriegsgefangene in der Sowjetunion“, in dem aus tausenden von Dokumenten ein historisch aussagekräftiges Werk entstanden ist.

Vielleicht reicht das zunächst für eine relativ kurze Beantwortung des ersten Fragenkomplexes.

PB: Kannst Du mal möglichst knapp die Geschichte Eures Prozesses darstellen?

K.K.: Ich will versuchen, in kurzer Fassung zu antworten. Ich setze voraus, daß der Umstand inzwischen bekannt ist, daß im Sommer 1947 im vorgeannten Kriegsgefangenenlager 57 in einer Nacht der ehemalige Oberstabsrichter Erich Kallmerten, nachdem er erstanden hatte, 176 Menschen als Kriegsrichter zum Tode verurteilt zu haben, von den Kriegsgefangenen Weniger und Bögelein erschlagen worden sein soll. Beide sind von dem Militärgericht in Kłajpeda im Dezember 1947 zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Sie wurden „auf Bewährung“ verurteilt, weil das sowjetische Gericht als Tatmotiv „Haß gegen die faschistische Militärjustiz“ anerkannte. Damit war nach sowjetischer Auffassung dem Recht genüge getan. Die Antifa hat sich auf einer Lagerversammlung von der Tat distanziert, weil sie gegen jegliche Form individueller Lynchjustiz war und die Auffassung vertrat, Kallmerten hätte seine gerechte Strafe für die von ihm begangenen Verbrechen durch ein ordentliches sowjetisches Gericht auf alle Fälle erhalten.

PB: Es gab während des Prozesses doch schwerwiegende Enthüllungen über die Nazivergangenheit des inzwischen verstorbenen Landgerichtsdirektors Steckel?

K.K.: Ja, das stimmt. Es gab dazu Hinweise aus dem „Braunbuch“ der ehemaligen DDR. Auf Antrag meines Rechtsanwaltes ist dann die Personalakte Steckels dem Gericht zugänglich gemacht worden. Es stellt sich heraus, daß Steckel seine Tätigkeit beim Sondergericht und beim Volksgerichtshof verschwiegen bzw. kaschiert hatte. Kein Anwalt konnte nachweisen, daß Steckel als Untersuchungsrichter befangen war und weniger Tatsachen als vielmehr Wertungen gegen den Antifaschisten Kielhorn zusammengetragen hatte.

PB: Du wurdest nach der Annexion der DDR im November 1990 in Deiner Berliner Wohnung verhaftet. Hastest Du damit noch gerechnet?

K.K.: Damit hatte ich gerechnet, allerdings unter ganz anderen

Landgerichtsdirektor Steckel vom Landgericht Hamburg erneut zu ermitteln?

K.K.: Das stimmt. Er hat in vielen Jahren hunderte von Zeugen aus dem ehemaligen Lager 57 vernommen. Ihm ging es vor allen Dingen darum, als eigentlicher Drahtzieher der Tötung Kallmertens die Antifa und die sowjetische Verwaltung hineinzuverstricken. Da ich zum Zeitpunkt der Tötung Kallmertens Leiter der Antifa war und auch in der Lageröffentlichkeit gegen reaktionäre Auffassungen eines Teils der ehemaligen Offiziere aufgetreten bin, hat mich der Ermittlungsrichter 1951 der „Anstiftung zum Mord“ angeklagt. In der damaligen BRD fand dann zunächst mal 1953 ein Prozeß gegen den ehemaligen Kriegsgefangenen Berkemann wegen „Beihilfe zum Mord“ statt. Ihm wurde zur Last gelegt, aufgepaßt zu haben, daß die Täter bei der Tat nicht gestört wurden. Er mußte mangels Beweisen freigesprochen werden. Es hieß im Urteil damals: „Wenn somit der Mord an dem damaligen Oberstabsrichter Kallmerten auch nicht gesühnt werden konnte, da die Täter sich jenseits der Grenze der Bundesrepublik befinden, so hat die Schwurgerichtsverhandlung doch wenigstens ein Ergebnis zeitigt: Durch Aufdeckung der Hintergründe ist ein System gebrandmarkt, das durch Unduldsamkeit, skrupellose Hetze, durch Verleumdung und durch Terror dieses ruchlose Verbrechen vorbereitet und ermöglicht hat.“

Und Gerichtsdirektor Steckel ließ nicht locker: Er setzte seine Vernehmungen landauf landab fort. Vor allem fand er viele Zeugen unter den 1955 vorzeitig von der Sowjetmacht entlassenen Kriegsgefangenen, die in die BRD zurückkehrten.

PB: Es gab während des Prozesses doch schwerwiegende Enthüllungen über die Nazivergangenheit des inzwischen verstorbenen Landgerichtsdirektors Steckel?

K.K.: Ja, das stimmt. Es gab dazu Hinweise aus dem „Braunbuch“ der ehemaligen DDR. Auf Antrag meines Rechtsanwaltes ist dann die Personalakte Steckels dem Gericht zugänglich gemacht worden. Es stellt sich heraus, daß Steckel seine Tätigkeit beim Sondergericht und beim Volksgerichtshof verschwiegen bzw. kaschiert hatte. Kein Anwalt konnte nachweisen, daß Steckel als Untersuchungsrichter befangen war und weniger Tatsachen als vielmehr Wertungen gegen den Antifaschisten Kielhorn zusammengetragen hatte.

PB: Du wurdest nach der Annexion der DDR im November 1990 in Deiner Berliner Wohnung verhaftet. Hastest Du damit noch gerechnet?

K.K.: Damit hatte ich gerechnet, allerdings unter ganz anderen

ren Konditionen. 1956 hatte die westdeutsche Justiz bei der damaligen Generalstaatsanwaltschaft der DDR meine Auslieferung beantragt. Sie wurde DDR-seitig jedoch abgelehnt. Nach fünf Wochen Untersuchungshaft in Hamburg wurde ich im Dezember 1990 gegen Kautionsunter Haftverschonung entlassen. Das habe ich vor allem dem energischen Kampf meiner Frau und meinem Anwalt zu danken. Aber die noch folgenden anderthalb Jahre bis zu meinem Freispruch am 18. Mai 1992 gehören zu den bedrückendsten unseres Lebens. Sie hätten uns erspart werden können, wenn man mir von Anfang an geglaubt hätte. Zum prozessualen Ablauf möchte ich mich nicht weiter äußern, das ginge dann zu sehr ins Detail. Ebensowenig kann ich mich über das äußern, was Gerhard Bögelein jetzt unternehmen wird, nachdem er zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Ich persönlich bin nicht von der Schuld Gerhard Bögeleins überzeugt und glaube, daß sowohl ein Gnadengesuch als auch eine Revision Erfolg haben könnte.

PB: Worin siehst Du heute — als weiter aktiver politischer Mensch — die Aufgaben der linken, antifaschistischen Kräfte?

K.K.: Laß mich meine Antwort mit einer Feststellung beginnen.

Was mir die meiste Kraft zum Durchhalten in dieser schweren Zeit und insbesondere in den 47 Prozeßtagen seit November 1991 gegeben hat, das ist die Unterstützung, die Hilfe und Solidarität vor allem eines Teils der Hamburger Linken. Das hat in mir die Erkenntnis vertieft, daß Friedrich Schiller recht hatte, wenn er im „Wilhelm Tell“ sagen ließ: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“ Und darin sehe ich auch eine ganz aktuelle politische Aufgabe. Es geht darum, unter Zurückstellung alles Trennenden das Gemeinsame und Verbindende für die gute linke antifaschistische Sache programmatisch zu formulieren und in einheitlichen Aktionen durchzusetzen. Gerade im letzten halben Jahr gibt es hier erfolgversprechende Ansätze.

Während der Kriegsgefangenschaft war ein politischer Leitgedanke unserer Arbeit das bekannte Wort von Thomas Mann: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“ Daran anknüpfend gelang es uns, eine optimistische Orientierung für die bevorstehende politische Arbeit in der Heimat zu erarbeiten ... Ideale und Traditionen können enttäuscht und verraten werden. Es bleibt aber der Glaube an das Gute im Menschen, an seinen humanistischen friedlichen Auftrag in dieser Welt. Diesen Auftrag zu verwirklichen, ist die tägliche Aufgabe aller Antifaschisten getreu unserer Losung: „Nie wieder Faschismus!“



Deutsche Juristentradition: Beschäftigte der Düsseldorfer Justizbehörden sammeln sich am 19. April 1933 zu einem Fackelzug zu Ehren von Hitlers Geburtstag.

Politische Berichte: Bitte erläutere mal die Umstände in dem Kriegsgefangenenlager 57 Kłajpeda und die Funktion der Antifa dort.

Karl Kielhorn: Nach der Kapitulation der Kurlandarmee am 8. Mai 1945 wurde ein großer Teil davon — etwa 30 bis 40000 Mann — zunächst im litauischen Sammellager Telschai konzen-

trierte sich daraus die Bewegung der Antifa im Lager. Eine Bewegung, die sich eine Leitung von 8-10 Antifaschisten wählte, die selbst die Hölle des Faschismus wie Konzentrationslager, Straf- und Bewährungsbatallion erfahren hatten. Ich selbst kam als ein Suchender dazu, hatte zwar KZ, Gefängnis und Strafbatallion hinter mir, aber mein Verhältnis

aus betrachten. „Dient das meiner Klasse oder schadet es ihr?“ Mit solchen Erkenntnissen war es natürlich doch schon leichter, sich in Zirkeln und Schulungsveranstaltungen zu engagieren und immer mehr Kriegsgefangene einzubeziehen. Die Antifa begann an Breite zuzunehmen.

Die Arbeit wurde wirklich in zunehmendem Maße als „Wie-

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zöllicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeits-

kreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Post-

fach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zöllicher Str. 7, Tel. 0221/21 6558, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 11 44 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement: Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement: Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veröffentlicht: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zöllicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zöllicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz